Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 9. Wahlperiode: 1975/76

16.02.1977 - Plenarprotokoll - 32. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
9. Wahlperiode

Plenarprotokoll
32. Sitzung
16. 02. 77

32. Sitzung

am Mittwoch, dem 16. Februar 1977

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 2110
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . 2110
Sonstiger Eingang 2110
Abg. Kähler (SPD) zur Geschäftsordnung . . 2110
Abg. Lahmann (FDP) zur Geschäftsordnung . 2110
Abg. Neumann (CDU) zur Geschäftsordnung . 2110
Abg. v. Hassel (SPD) zur Geschäftsordnung . 2111
Abg. Lahmann (FDP) zur Geschäftsordnung . 2112
Abg. Neumann (CDU) zur Geschäftsordnung . 2112
Abg. Fluß (SPD) zur Geschäftsordnung . . . 2113
Abg. Kähler (SPD) zur Geschäftsordnung . . 2113
Abg. Dr. Schulte (CDU) zur Geschäftsordnung 2113

Fragestunde

1. **Tätigkeit von Extremisten an der Universität Bremen**
   hier: KBW-Aktivist Mützelburg
   Anfrage der Abgeordneten Kandolf, Neumann und Fraktion der CDU vom 8. Februar 1977
   (Drucksache 9/417/1) 2114

2. **Tätigkeit von Extremisten an der Universität Bremen**
   hier: Disziplinarverfahren gegen Professor Biesecker
   Anfrage der Abgeordneten Immermann, Neumann und Fraktion der CDU vom 8. Februar 1977
   (Drucksache 9/417/2) 2116

3. **Gefahr der Nichtanerkennung bremischer Universitätsabschlüsse**
   Anfrage der Abgeordneten Dr. Schulte, Neumann und Fraktion der CDU vom 8. Februar 1977
   (Drucksache 9/417/3) 2117

4. **Ehe- und Familienrechtsreform**
   Anfrage der Abgeordneten Pöting, Kähler und Fraktion der SPD vom 9. Februar 1977
   (Drucksache 9/417/4) 2120

5. **Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Justizdienst**
   Anfrage der Abgeordneten von Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP vom 10. Februar 1977
   (Drucksache 9/417/5) 2122

6. **Geringeres Arbeitslosengeld nach Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen**
   Anfrage der Abgeordneten Urban, Neumann und Fraktion der CDU vom 10. Februar 1977
   (Drucksache 9/417/6) 2123

7. **Unzureichende personelle Ausstattung des Deutschen Schiffahrtsmuseums**
   Anfrage der Abgeordneten Kandolf, Neumann und Fraktion der CDU vom 10. Februar 1977
   (Drucksache 9/417/7) 2123

8. Ausdehnung des Gesellschaftszwecks und der Zuständigkeit der Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung
Anfrage der Abgeordneten John, Lahmann und Fraktion der FDP vom 10. Februar 1977
(Drucksache 9/417/8) 2126

9. Sondertarif im Fernsprechverkehr
Anfrage der Abgeordneten Eva Schütte, Lahmann und Fraktion der FDP vom 10. Februar 1977
(Drucksache 9/417/9) 2126

Aktuelle Stunde

Mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen in der Strafanstalt Oslebshausen
hier: Ausbruch von Häftlingen
Abg. Blöchl (CDU) 2127
Abg. Pöting (SPD) 2128
Abg. v. Schönfeldt (FDP) 2130
Senator für Rechtspflege und Strafvollzug Kahrs 2131
Abg. Klein (CDU) 2133
Abg. v. Schönfeldt (FDP) 2134
Abg. Senft (SPD) 2135

Gesetz zur Regelung der Zulassungsbeschränkung zum Vorbereitungsdienst im Lande Bremen und über die Begrenzung der Mittel für die einstufige Juristenausbildung nach dem Bremischen Juristenausbildungsgesetz (Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetz)
Mitteilung des Senats vom 24. Januar 1977
(Drucksache 9/405)

Gesetz zur Regelung der Zulassungsbeschränkung zum Vorbereitungsdienst im Lande Bremen und über die Begrenzung der Mittel für die einstufige Juristenausbildung nach dem Bremischen Juristenausbildungsgesetz (Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetz)
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Februar 1977
(Drucksache 9/425)
Abg. v. Hassel (SPD) zur Geschäftsordnung . 2137
Abg. Dr. Illigner (FDP) zur Geschäftsordnung 2137
Abg. v. Hassel (SPD) zur Geschäftsordnung . 2137
Abg. Lahmann (FDP) zur Geschäftsordnung . 2138
Abg. Dr. Cassens (CDU) zur Geschäftsordnung 2138

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Zivilprozeßordnung, der Konkursordnung und des Zwangsversteigerungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 13. Dezember 1976
(Drucksache 9/383)
2. Lesung 2138

Gesetz über den Wegfall von Genehmigungen und Zustimmungen nach dem Bundesbaugesetz
Mitteilung des Senats vom 31. Januar 1977
(Drucksache 9/407)
1. Lesung 2139

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 21 vom 10. Januar 1977
(Drucksache 9/396) 2139

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 22 vom 24. Januar 1977
(Drucksache 9/406) 2139

Probleme der angestrebten europäischen Einigung
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 1977
(Drucksache 9/408)
Senator für Inneres Fröhlich 2139
Abg. Neumann (CDU) 2142
Abg. Lahmann (FDP) 2147
Abg. Dittrich (SPD) 2149
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 2152

Schulstreß / Belastung der Schulkinder
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 1977
(Drucksache 9/409) 2157

Einsturzgefahr von Brücken
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 1977
(Drucksache 9/410)

Dazu

Antwort des Senats vom 14. Februar 1977
(Drucksache 9/422) 2157

Wirtschaftskriminalität
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 1977
(Drucksache 9/411)

Dazu

Antwort des Senats vom 14. Februar 1977
(Drucksache 9/423) 2157

Prüfungsergebnisse bei Lehrabschlußprüfungen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 2. Februar 1977
(Drucksache 9/415)

Dazu

Antwort des Senats vom 14. Februar 1977
(Drucksache 9/424) 2157

Gesetz zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen des Landes Bremen sowie der freien Berufe und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der mittelständischen Wirtschaft

(Mittelstandsförderungsgesetz/MFG)

Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 1977
(Drucksache 9/412)

Abg. Hockemeyer (CDU) 2157
Abg. Ostendorff (FDP) 2161
Abg. Kunick (SPD) 2162
Senator für Wirtschaft und Außenhandel Tiedemann 2164
Abg. Hockemeyer (CDU) 2165
Abstimmung 2165

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Ursula Kaltenstein, Scherer.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Bugla **Schriftführer Eva Schütte**

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats

Bürgermeister **Dr. Franke** (SPD), Senator für Soziales, Jugend und Sport und für Arbeit

Senator für das Bauwesen **Seifriz** (SPD)

Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug **Kahrs** (SPD)

Senator für Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Tiedemann** (SPD)

Senatsdirektor **Bohle** (Senator für Rechtspflege und Strafvollzug)

Senatsdirektor **Dücker** (Senator für Bildung)

Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Dr. Kapust** (Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr)

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.17 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die 32. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich.

Folgende Gruppen sind anwesend: Eine Klasse des Schulzentrums In den Sandwehen, eine Klasse der Katholischen Gesamtschule Sankt Johann, eine Klasse der Hauptschule Schaumburger Straße und eine Klasse der Realschule Schaumburger Straße.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Ölabschöpfboot, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD vom 9. Februar 1977, Drucksache 9/416.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung muß das Plenum zunächst einen Beschluß über die dringliche Behandlung des Antrags fassen.

Wird das Wort zur Begründung der dringlichen Behandlung gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu. (B)

(Einstimmig)

Ich werde den Antrag nach Punkt 15 der Tagesordnung zur Verhandlung stellen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

2. Kunst- und Musikunterricht in der Orientierungsstufe, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU vom 11. Februar 1977, Drucksache 9/419.

Dieser Entschließungsantrag gilt gemäß Paragraph 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung als dringlich. Ich werde ihn zum Schluß der Tagesordnung aufrufen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

3. Gesetz zur Regelung der Zulassungsbeschränkung zum Vorbereitungsdienst im Lande Bremen und über die Begrenzung der Mittel für die einstufige Juristenausbildung nach dem Bremischen Juristenausbildungsgesetz, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 15. Februar 1977, Drucksache 9/425.

Über die dringliche Behandlung dieses Antrags muß gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung zunächst ein Beschluß herbeigeführt werden.

Wird das Wort zur Begründung der dringlichen Behandlung gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben. (C)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich werde diesen Antrag zusammen mit Tagesordnungspunkt 3 zur Verhandlung stellen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir entsprechend verfahren.

4. Musik- und Kunstunterricht in der Orientierungsstufe, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP vom 16. Februar 1977, Drucksache 9/426.

Über die dringliche Behandlung dieses Antrags ist nach der Geschäftsordnung zunächst wiederum ein Beschluß herbeizuführen.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer der dringlichen Behandlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich werde den Antrag mit dem soeben auf die Tagesordnung gesetzten Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zum gleichen Thema verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann wird auch hier entsprechend verfahren. (D)

5. Ausgestaltung der Orientierungsstufen — Stundentafel, Entschließungsantrag der Fraktion der SPD vom 16. Februar 1977, Drucksache 9/428.

Dieser Entschließungsantrag gilt gemäß Paragraph 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung als dringlich. Ich werde ihn zusammen mit dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und mit dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP zum gleichen Thema außerhalb der Tagesordnung verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

6. Zulassungsbeschränkungen, Entschließungsantrag der Fraktion der SPD vom 16. Februar 1977, Drucksache 9/427.

Dieser Entschließungsantrag gilt gemäß Paragraph 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung als dringlich und steht in wesentlicher Verbindung mit dem Tagesordnungspunkt 3. Ich werde ihn zusammen mit diesem Punkt aufrufen.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Gesonderter Punkt, Herr Präsident!)

Er soll als gesonderter Punkt auf die Tagesordnung. Dann werde ich ihn zum Schluß der Tagesordnung aufrufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

(A) Die übrigen Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Wirtschaftsstruktur und Arbeitsmarkt im Lande Bremen. Große Anfrage der SPD vom 14. Februar 1977, Drs. 9/420.
2. Prüfungsordnung für die Prüfungen an der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie (HfSS). Kleine Anfrage der CDU vom 15. Februar 1977, Drs. 9/421.

Die Anfragen kommen auf die Tagesordnung der März-Sitzung.

II. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Resolution der Hochschule für Wirtschaft zur Festlegung der **BAföG-Förderungs-Höchstgrenze.**
2. Schreiben des stellvertretenden Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein zur **Entschließung der Bürgerschaft (Landtag) vom 19. Januar 1977, (Drs. 9/407).**
3. Schreiben des Deutschen Musikrats zu den **Rundfunkgebühren.**
4. Schreiben der Fachkonferenzen Französisch und Latein des Kippenberg-Gymnasiums zum **Fremdsprachenangebot in der Orientierungsstufe.**

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

III. Sonstiger Eingang

Schreiben des Präsidenten des Senats mit dem Finanzplan 1976 bis 1980. Der Finanzplan ist den Mitgliedern der Bürgerschaft zugeleitet worden.

(B) Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, die Punkte 6 und 7 — es handelt sich um die Berichte des Petitionsausschusses — miteinander zu verbinden.

Ich stelle fest, daß sich dagegen kein Widerspruch erhebt. Dann werden wir so verfahren.

Bei den Tagesordnungspunkten 14 und 15 sind keine interfraktionellen Vereinbarungen zustande gekommen. Ich gehe davon aus, daß sie auf der Tagesordnung verbleiben.

Das Wort hat der Abgeordnete Kähler zur Geschäftsordnung.

Abg. **Kähler** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Punkt 15 der Tagesordnung beinhaltet ein Thema, mit dem sich dieses Haus bereits des öfteren beschäftigt hat. Im März hatten wir eine Diskussion,

(Abg. Lahmann [FDP]: Im April!)

bei der davon ausgegangen werden konnte, daß nach Ablauf einer bestimmten Zeit das Thema erneut zur Beschlußfassung hier anstehen würde. Die Fraktionen haben sich mit dieser Problematik beschäftigt. Wir sind in unserer Fraktion soweit, daß in Kürze die abschließende Meinungsbildung stattfinden kann, und wir bitten daher, heute diesen Tagesordnungspunkt auszusetzen.

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Lahmann.

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben mit diesem Vertagungsantrag der SPD-Fraktion zu Punkt 15, der angekündigt war, gerechnet. Es handelt sich um ergänzende Richtlinien für die Beurteilung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst. (C)

Die FDP-Fraktion möchte im Anschluß an die Richtlinien, die auf ihren Antrag im April vergangenen Jahres in diesem Hause beschlossen worden sind, zusätzliche Richtlinien einbringen, durch die die Anfragepraxis beim Verfassungsschutzamt auf das verfassungsrechtlich zwingend gebotene Maß beschränkt und ferner zwischen den verschiedenen Gruppen des öffentlichen Dienstes differenziert werden soll.

Wir brauchen nicht zu zitieren, Herr Kollege Kähler, Sie haben selbst davon gesprochen, daß bereits in der Debatte im April 1976 darauf hingewiesen worden ist, daß dieser Sachverhalt noch geregelt werden muß. Mein Kollege von Schönfeldt hat darüber hinaus in der Haushaltsdebatte am 9. Dezember 1976 ausdrücklich angekündigt, daß die FDP-Fraktion in Kürze, nachdem sie nämlich — wie im April vergangenen Jahres versprochen — daran intensiv gearbeitet hat, ergänzende Richtlinien einbringen würde. Es ist also nicht überraschend, daß wir jetzt diese ergänzenden Richtlinien vorlegen.

Meine Damen und Herren, wir bitten als antragstellende Fraktion — ohne daß wir gegen den Brauch verstoßen wollen, daß auf Wunsch einer Fraktion Tagesordnungspunkte grundsätzlich vertagt werden — doch sehr nachdrücklich darum, die Beratung in dieser Angelegenheit aufzunehmen. Sollte es gleichwohl bei dem Vertagungsantrag der SPD-Fraktion bleiben, so überlassen wir der kritischen Öffentlichkeit die Bewertung dieses Verhaltens. (D)

Es scheint so, daß die SPD-Fraktion sich intern bisher nicht hat verständigen können in dieser — zugegeben — schwierigen Materie. Das hätte aber möglich sein müssen, weil eine lange Beratungszeit zur Verfügung gestanden hat. Diese Bemerkungen beziehen sich ausdrücklich nur auf den Punkt 15. Ich spreche nicht zu dem Punkt 14, weil insofern ein Vertagungsantrag nicht gestellt ist.

Ich bitte noch einmal herzlich darum, daß die SPD-Fraktion ihren Wunsch überprüft. Wir wären sehr daran interessiert und halten es für dringlich, daß der Punkt „Richtlinien" heute behandelt wird. — Ich danke sehr!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann zur Geschäftsordnung.

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fasse dies so auf, daß wir jetzt in einer Geschäftsordnungsdebatte sind über Aussetzungsanträge.

(A) **Präsident Dr. Klink:** Ja, ich müßte jetzt erst einmal abstimmen lassen über den Antrag des Abgeordneten Kähler. Das ist die Frage gewesen. Aber, bitte, Herr Neumann, fahren Sie fort.

(Abg. Kähler [SPD]: Ich habe einen Antrag gestellt!)

Ja, selbstverständlich! Wir müssen erst einmal hören, was der Abgeordnete Neumann sagt. — Bitte!

Abg. **Neumann** (CDU): Meine Damen und Herren, in der Regel ist es so üblich gewesen, zumindest haben wir es bisher bis auf einige Ausnahmen — bei uns ist dies einmal gemacht worden im negativen Sinne — so gehalten, daß, wenn eine Fraktion Aussetzung beantragt aus bestimmten Gründen, man dem Wunsch Folge leistet. Ich hielte es für gut, wenn wir dies auch weiterhin so praktizierten.

Auf der anderen Seite halte ich es natürlich auch für problematisch, wenn man gegen den Willen der Antragsteller, mit Mehrheit sozusagen, Tagesordnungspunkte einfach aussetzt.

(Beifall bei der FDP)

Das kann dazu führen, daß immer dann, wenn es der SPD beliebt, etwas ausgesetzt wird, was aus ihrer Sicht noch nicht reif für die Beschlußfassung ist.

Daher war das Verfahren so, daß wir dies immer im Einverständnis mit dem Antragsteller gemacht haben, und es sollte auch noch einmal an den Kollegen Lahmann appelliert werden, ob es nicht doch (B) möglich ist, auf die Diskussion des Punktes 15 zu verzichten. Herr Kollege Lahmann, wir hatten ja in der Interfraktionellen Sitzung beantragt — aus ähnlichen Gründen wie Sie —, den Tagesordnungspunkt 14 auszusetzen. Wenn wir dies auch mit Mehrheit täten, hätte das zur Folge, daß keine Ihrer Initiativen hier heute behandelt würde.

(Abg. Lahmann [FDP]: Das ist richtig!)

Wir haben dafür Verständnis und bieten deshalb an — auch als Entgegenkommen, damit wir keine Kampfabstimmung bekommen —, daß wir uns vielleicht darauf einigen, doch die Debatte zu Punkt 14 durchzuführen — die SPD-Fraktion hatte sich mit der Vertagung einverstanden erklärt — und dann ohne Kampfabstimmung dem Wunsch der SPD Rechnung zu tragen im Einvernehmen mit dem Antragsteller, Punkt 15 heute nicht zu behandeln, obwohl wir in der Lage sind, auch darüber zu debattieren. Das wäre der Vorschlag.

Jetzt habe ich aber in diesem Zusammenhang, Herr Kollege Kähler, eine Bitte an Sie. Sie haben eben einen Entschließungsantrag eingebracht, der die gesamten Fragen der Neuregelung des Hochschulzuganges betrifft. Nun ist es in der Regel üblich, daß wir wichtige Dinge rechtzeitig auf die Tagesordnung bringen, damit sich die Kollegen aller Fraktionen darauf vorbereiten können. Wir machen davon jedoch immer wieder Ausnahmen. Auch heute liegen mehrere Entschließungsanträge vor, zwei von Ihnen, einer von uns. Die sind überschaubar. „Orientierungsstufe" ist kein neues Thema, und das Thema „Ölabschöpfboot" kann man auch übersehen, weil das zwei oder drei Sätze sind. (C)

Meine Damen und Herren, es ist uns aber schier unmöglich, jetzt aus dem Handgelenk ein zweiseitiges Papier über den Hochschulzugang zu debattieren, zumal diese Entschließung ausgelöst ist durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Dieses Urteil haben unsere Kollegen in dem zuständigen nichtständigen Ausschuß der Bürgerschaft angefordert, sie haben es aber noch nicht.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Doch, sie haben es!)

Die Kollegen aus dem Ausschuß sagen, sie haben es noch nicht zugestellt bekommen, so daß wir in die Situation gesetzt werden, aus dem Handgelenk ein Problem zu debattieren, das im Grunde alle anderswo beschäftigt.

Unsere Bitte wäre, mit der gleichen Argumentation, die Sie auf den Punkt 15 bezogen haben, uns die Möglichkeit zu geben, uns damit zu befassen, und wenn wir dies tun, könnten wir uns auch zu Punkt 15 vielleicht ohne Kampfabstimmung einigen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Hassel zur Geschäftsordnung. (D)

Abg. **v. Hassel** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Neumann, dies ist an sich, unabhängig vom Urteil, eine Materie, mit der sich mindestens die Experten in den einzelnen Fraktionen nun seit Monaten und Jahren, praktisch seit dem ersten Staatsvertrag, beschäftigen.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das gilt auch für Punkt 15!)

Wer in der Materie steht, kann das, was hier aufgeworfen ist, beurteilen und übersehen.

Der Hauptgrund für uns ist, was die Eilbedürftigkeit angeht, daß nach unseren Informationen im März vor unserer nächsten Bürgerschaftssitzung die Kultusministerkonferenz zu diesem Thema entscheidende Beschlüsse fassen wird und wir ganz gern als Landesparlament, ehe da wieder auf der exekutiven Ebene — Sie erinnern sich an den Vorgang zum ersten Staatsvertrag — Vorentscheidungen fallen, uns zu der Sache selbst äußern möchten. Deshalb geht das nur heute oder morgen.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Neumann, ich habe noch eine Frage! War das vorhin auch ein Vertagungsantrag, den Sie gestellt haben, oder war das nur die Ankündigung, daß Sie die Absicht hätten?

(Abg. Neumann [CDU]: Nein, das war ein offizieller Vertagungsantrag!)

(A) Damit liegen zwei Vertagungsanträge vor, einmal zu Punkt 15 und zum anderen zum Entschließungsantrag „Zulassungsbeschränkungen".

Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Lahmann.

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollten uns ja selbst an die Kandare nehmen, in relativ kurze Sachdebatten zu den einzelnen Punkten einzutreten. Deswegen haben wir uns noch einmal überlegt, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, auf den Vorschlag des Kollegen Neumann einzugehen.

Zuvor: Ich finde die Argumentation des Kollegen von Hassel, die er eben vorgetragen hat, trefflich. Sie bezog sich auf den Antrag der SPD-Fraktion zum Numerus clausus und gipfelte darin, daß die Kollegen, die sachkundig seien, die Problematik kennen müßten. Das ist sicher richtig, und insofern biete ich auch an, daß die FDP-Fraktion im Laufe des Tages, nachdem sie den Antrag gelesen haben wird, sich darüber Gedanken macht, ob sie heute in der Sache entscheiden kann. Das ist im Augenblick noch gar nicht möglich, denn ich habe noch keine Chance gehabt, den Antrag überhaupt zu lesen. Ich habe ihn eben erst auf meinem Tisch vorgefunden. Er ist, glaube ich, anderthalb Seiten lang.

Zum anderen, Herr Kollege von Hassel, ist natürlich völlig klar, daß zu Punkt 15 Ihre Argumentation viel besser zutreffen würde,

(B)

(Beifall bei FDP und CDU)

denn die Diskussion über Richtlinien für die Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst ist Jahre alt, und da ist im Grunde jeder Kollege, der in diesem Hause schon an Debatten teilgenommen hat, nach mehreren Debatten über diesen Punkt unmittelbar orientiert, so daß also die Beratung dieses Punktes, jedenfalls mit der Begründung, die Sie zum Numerus-clausus-Antrag vorgetragen haben, sehr wohl möglich sein sollte.

Aber nun gut! Was haben wir davon, wenn die SPD-Fraktion sich tatsächlich noch nicht einig ist in dieser Frage der Richtlinien für die Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst! Es wird dann keine sachgerechte Debatte geben. Sie haben in diesem Hause die Mehrheit. Das muß respektiert werden.

Insofern würden wir uns damit einverstanden erklären, daß der Punkt 15 nicht heute, dann aber bitte bestimmt in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) behandelt wird, unter der Voraussetzung, daß jedenfalls der Punkt 14, wie die CDU-Fraktion angedeutet hat, wenigstens andiskutiert wird. Es handelt sich dabei bekanntlich um den Gesetzentwurf über einen Vorbereitungsdienst außerhalb des Beamtenverhältnisses, den die FDP-Fraktion eingebracht hat.

Wenn das Haus sich damit einverstanden erklären könnte, daß jedenfalls dieser Punkt 14 behandelt wird, würden wir unsere dringenden Vorstellungen zu Punkt 15 für heute zurücknehmen, bitten aber, nun auch diese Bereitschaft zu honorieren. — Danke sehr! (C)

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Ich habe noch zwei Wortmeldungen, vom Abgeordneten Fluß und vom Abgeordneten Neumann. Könnten wir danach die Geschäftsordnungsdebatte beenden?

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Neumann.

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehen Sie, das kommt dabei heraus, wenn man versucht, selbst einen Kompromißvorschlag zu machen, indem wir anboten, Punkt 14 zu debattieren, bei Punkt 15 Ihnen entgegenzukommen, und Sie sagen mit der entgegengesetzten Begründung, wir müssen in jedem Fall den Entschließungsantrag der SPD behandeln!

Kollege von Hassel, das ist kein Stil! Es kann doch nicht so sein, daß es immer dann angewendet wird, wenn es Ihnen paßt, und wenn wir eine Bitte mit der gleichen Argumentation äußern, sagen Sie, es tut uns leid, das ist furchtbar dringend, wir müssen das hier heute debattieren!

(Beifall bei CDU und FDP)

Überall wird geredet über die Verlängerung von Debatten. Wenn dann außerhalb der Tagesordnung ein gewichtiger Antrag zu einem außerordentlich gewichtigen Problem einfach auf den Tisch gelegt wird und wir überhaupt keine Zeit haben, darüber zu verhandeln, uns Gedanken zu machen, Anregungen zu geben, und wir dies heute behandeln sollen, ist das wirklich etwas, was auch zur Verlängerung der Debatten beiträgt. (D)

Meine Damen und Herren, dieses Thema ist ein ernstes Thema! Ich kündige hiermit bereits an, wir sind nicht der Auffassung, daß wir dies heute im Handumdrehen machen. Dafür müssen Sie uns im Laufe der Sitzung mindestens zwei Stunden Zeit geben. Dann verlängern wir das, machen wieder bis Donnerstag nacht oder Freitag früh, um diesen Antrag ausführlich zu behandeln.

Die Situation bei dem FDP-Antrag sieht doch anders aus. Das Thema ist auch alt. Wenn Sie sagen, Herr von Hassel, das habe nichts zu tun mit dem Urteil, dann stimmt das nicht. Das Testverfahren ist ausdrücklich angesprochen. Das steht doch hier! Unsere Kollegen im nichtständigen Ausschuß baten darum, dieses Urteil zugestellt zu bekommen, um sich Gedanken zu machen. Sie haben es noch nicht. Sie haben da möglicherweise einen direkteren Draht!

Dennoch sollen wir hier heute verhandeln. Das ginge praktisch nur, wenn Sie uns dazu zwängen und wir eine Sitzungsunterbrechung machten, etwa zwei bis drei Stunden, denn wir müssen das Urteil erst einmal haben und lesen. Nur so wäre es doch eine ordnungsgemäße Arbeit.

(A) Ich finde, daß dies nicht der rechte Stil ist. Wenn wir darauf hinaus wollen, dann werden wir demnächst auch eine Minute vor der Sitzung entsprechende Entschließungsanträge vorlegen zu irgendwelchen Themen und Sie zwingen, diese mit uns zu behandeln.

Meine herzliche Bitte an Sie ist, noch einmal zu überlegen, ob wir nicht doch diesen Antrag — möglicherweise im nichtständigen Ausschuß, wenn Sie eine Meinung der Bürgerschaft haben wollen, oder in der Deputation für Wissenschaft und Kunst — behandeln, mit dem Ziel, das im März noch einmal vor der Kultusministerkonferenz einzubringen, aber mit der Möglichkeit, daß wir uns vorbereiten können.

Unser Angebot noch einmal: Wir ziehen unseren Vertagungsantrag zu Punkt 14 zurück, beginnen eine Diskussion, die dann fortgesetzt wird in der Deputation, Punkt 15 würden wir gemeinsam vertagen, und die Bitte ist, daß Sie uns dann auch entgegenkommen und wir Ihren Antrag heute hier nicht behandeln.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Fluß.

Abg. **Fluß** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Neumann, ich möchte Sie bitten und an Sie noch einmal appellieren, ob Sie vielleicht den Vorschlag des Kollegen Lahmann übernehmen könnten und sich erst einmal den Antrag durchlesen. (B) Er stünde sowieso am Schluß der Tagesordnung, das heißt, voraussichtlich morgen, zur Debatte. Ich glaube, Sie werden dann feststellen, daß es doch unproblematisch ist, die Punkte hier zu diskutieren.

Der Antrag ist zugegebenermaßen erst deswegen so spät gekommen, weil wir natürlich noch gern wissen wollten, ob das Urteil des Bundesverfassungsgerichts Einfluß hat. Es hat aber auf die ersten fünf Punkte keinen Einfluß, es könnte auf den sechsten Punkt Einfluß haben, aber wenn Sie sich das durchlesen, werden Sie sehen — —

(Abg. Neumann [CDU]: Wann sollen wir das denn lesen?)

Das Urteil ist eine Woche alt, Entschuldigung, aber die Leitsätze kennen Sie! Ich kann sie Ihnen gleich übergeben. Darin steht zu diesen Punkten nichts.

Ich würde also bitten, das einmal durchzulesen, mit Ihren Experten noch zu besprechen, und vielleicht können wir uns darauf einigen, diesen Punkt doch zu behandeln.

Es ist meiner Ansicht nach auch in Ihrem Interesse, denn vor fünf Jahren beim Staatsvertrag über den Numerus clausus haben alle drei Fraktionen gemeinsam hier geklagt, daß wir nur noch hinterher ratifizieren konnten, daß wir vorher keinerlei Meinungsäußerung abgeben konnten.

Jetzt werden im März die Weichen auf Bundesebene bei der Kultusministerkonferenz gestellt. Wenn wir überhaupt noch Einfluß haben, dann können wir ihn nur noch heute geltend machen durch (C) Beschluß allgemeiner Grundsätze. Der Antrag ist so formuliert, daß wir uns, glaube ich, auf eine gemeinsame Linie verständigen können.

Sie sollten dem Vorschlag von Herrn Lahmann folgen, das noch einmal intern besprechen, und dann können wir — ich glaube, das ist geschäftsordnungsmäßig möglich — am Schluß der Tagesordnung, wenn dieser Punkt an der Reihe ist, eventuell zu einer gemeinsamen Absetzung kommen, wenn es zu problematisch wird.

(Abg. Dr. Menke [CDU], Abg. Ostendorff [FDP] und Abg. Dr. Schulte [CDU] melden sich zu Zwischenfragen — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Präsidium ist der Meinung, daß bei Geschäftsordnungsdebatten Zwischenfragen nicht möglich sind. Sie haben die Möglichkeit, sich hier zu Wort zu melden. Ich werde jetzt von jeder Fraktion nur noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung zulassen, dann ist Schluß.

Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Kähler. Damit ist das Kontingent der SPD erschöpft.

Abg. **Kähler** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion ist einverstanden, Punkt 14 anzudiskutieren und dann zu überweisen.

Zweitens: Herr Kollege Neumann, wissen Sie, (D) wenn wir einmal nachrechnen, wer die meisten Anträge, Entschließungen und Anfragen kurzfristig einbringt, dann kommt meine Fraktion sehr gut dabei weg! Wenn hier im Hause kurzfristig Dinge auf den Tisch kommen, dann in der Regel von der Opposition. Wenn die Tagesordnung durch Anfragen nach der Interfraktionellen Besprechung noch verlängert wird, dann in der Regel von Ihnen oder von einer anderen Fraktion, aber nicht von der SPD.

Im übrigen kann man das nicht so abtun, wie Sie es machen, indem Sie immer sagen, ihr mit eurer Mehrheit! Herr Neumann, wir wollen unsere Mehrheit hier im Hause nicht mißbrauchen! Daß wir uns ganz klar verstehen! Aber Sie halten uns unsere Mehrheit immer dann vor, wenn es um politische Entscheidungen geht, für die Sie im Wahlkampf selbst ringen. Weshalb haben Sie denn Wahlkampf gemacht? Weshalb wollen Sie politische Entscheidungen? Weshalb wollen Sie Mehrheiten im Parlament? Weil Sie Ihre politischen Ziele doch hier durchsetzen wollen! Das wollen wir auch!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Dr. Schulte.

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kähler, ich verstehe jetzt Ihre Auslassungen nicht. Es geht um ein ganz wichtiges Problem, wobei wir Sie um Vertagung bitten, weil wir der Auffassung sind, daß wir ein so

(A) wichtiges Problem nicht aus dem Handgelenk diskutieren können.

Herr Kollege von Hassel, wir haben uns seit dem Urteil von Karlsruhe schon getroffen. Ich empfinde es auch als einen Mangel an Kollegialität, daß Sie uns heute morgen einen solchen Antrag auf den Tisch legen, ohne uns vorher zu signalisieren, daß darüber debattiert werden soll.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie von uns erwarten, daß wir uns sachgerecht mit diesem wichtigen Thema auseinandersetzen — und ich bin dazu bereit —, dann müssen Sie auch der Opposition Gelegenheit geben, sich vernünftig darauf vorzubereiten. Von daher möchte ich noch einmal im Namen meiner Fraktion beantragen, dieses Thema auszusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Geschäftsordnungsdebatte ist geschlossen.

Es liegen zwei Anträge vor, über die wir jetzt abstimmen werden. Die Anträge lauten gemäß Paragraph 19 unserer Geschäftsordnung auf Absetzung von Gegenständen von der Tagesordnung. Darum geht es jetzt.

Es ist beantragt worden von der SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 15 von der Tagesordnung heute abzusetzen, und es ist beantragt worden von der CDU-Fraktion, den Entschließungsantrag „Zulassungsbeschränkungen", der außerhalb der Tagesordnung steht, heute ebenfalls von der Tagesordnung abzusetzen. (B)

Ist das der Antrag der CDU-Fraktion, Herr Dr. Cassens?

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Ja!)

Ich lasse zuerst über den Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Damit ist der Tagesordnungspunkt 15 von der heutigen Tagesordnung abgesetzt. Er kommt auf die Tagesordnung der März-Sitzung.

Ich lasse jetzt abstimmen über den CDU-Antrag.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU und Abg. v. Schönfeldt [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen? (C)

(FDP)

Der Geschäftsordnungsantrag ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich nicht versäumen, dem Abgeordneten Wolfgang Erfurth, der heute seinen Geburtstag begeht, die herzlichsten Glückwünsche des Hauses auszusprechen.

(Starker Beifall)

Herr Erfurth wird heute vierzig Jahre alt! Mitglieder des Hauses wissen, daß er erst ab 18 Uhr ihnen zur Verfügung steht!

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Im Rahmen der Fragestunde sind neun Fragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Frage steht unter dem Betreff: **„Tätigkeit von Extremisten an der Universität Bremen, hier: KBW-Aktivist Mützelburg".** Sie ist unterzeichnet von den Abgeordneten Kandolf, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte Herrn Kandolf, die Frage zu stellen.

Abg. **Kandolf** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie ist der Stand des Disziplinarverfahrens gegen den Aktivisten des Kommunistischen Bundes Westdeutschland Mützelburg, der nach wie vor im Bereich der Lehrerausbildung an der Universität Bremen tätig ist? (D)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Franke, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

Senator für Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Frage wie folgt:

Über den Stand eines Disziplinarverfahrens gegen den an der Universität Bremen beschäftigten Angestellten Mützelburg kann der Senat keine Auskunft geben, weil ein solches Verfahren weder eingeleitet wurde noch eingeleitet werden konnte. Den Fragestellern sollte bekannt sein, daß nach der Bremischen Disziplinarordnung vom 27. Oktober 1970 Disziplinarverfahren wie überall in der Bundesrepublik Deutschland nur gegen Beamte durchgeführt werden können.

(Abg. Meyer [SPD]: Ja, und jetzt?)

Im übrigen weist der Senat darauf hin, daß, nachdem die Entlassung von Herrn Mützelburg wegen eines Vorfalls am 5. November 1975 im Zuge der gerichtlichen Überprüfung nicht möglich war, keine weiteren Tatsachen bekannt geworden sind, die ein Vorgehen gegen Herrn Mützelburg rechtfertigen könnten.

(A) **Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Neumann!

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Senator, können Sie in diesem Zusammenhang auch einmal sagen, worum es in dem Termin, den Sie versäumt haben in der Angelegenheit Mützelburg, ging?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Ich habe keinen Termin versäumt! Es ist hier in der Bürgerschaft ausführlich erörtert worden, auf Anfragen vom Senat dargestellt worden, daß die Terminauffassung des Senats und die Terminauffassung des Gerichts nicht identisch waren.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, noch eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Neumann!

Abg. **Neumann** (CDU): Ist es richtig, Herr Senator, daß der Senat damals aufgrund der Aktivitäten des Herrn Mützelburg der Auffassung war, daß diese politischen Aktivitäten gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet waren und der Senat sich deshalb veranlaßt sah zu versuchen, Herrn Mützelburg aus dem Dienst der Universität zu entfernen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

(B) **Senator Franke:** Der Senat hat das sehr schwierige Problem angefaßt, ein gewähltes Personalratsmitglied, das mit guten Gründen einen extrem hohen gesetzlichen Schutz hat, aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Ein Novum übrigens in Bremen! Dies ist damals nicht so durchsetzbar gewesen, wie es der Senat gewollt hat. Der Senat akzeptiert Gerichtsentscheidungen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Senator, heißt dies, daß der Senat bereit ist hinzunehmen, daß im Bereich der Lehrerausbildung der Universität Bremen ein aktiver Kommunist, der unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft, weiterhin tätig sein wird?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Franke: Dies heißt, Herr Abgeordneter Neumann, daß der Senat als Verfassungsorgan das Verfassungsorgan Gericht respektiert!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte, Herr Neumann!

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Senator, muß ich davon ausgehen, daß, wenn erneute Aktivitäten dieses Herrn Mützelburg vorhanden sind, der Senat weiterhin bei dieser seiner Meinung bleiben wird?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator! (C)

Senator Franke: Der Senat wird nach wie vor an seiner Meinung, wie im Parlament verkündet, festhalten. Ich glaube, der Abgeordnete von Schönfeldt hatte eine diesbezügliche Frage einmal an mich gestellt, ob der Senat nach wie vor entschlossen sei, wenn vor Gericht eine durchsetzbare Chance erkennbar sei, diese Chance zu ergreifen. Ich beantworte dies genau wie damals gegenüber dem Abgeordneten von Schönfeldt, daß der Senat dazu gewillt ist.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen, Herr Dr. Menke? — Bitte sehr!

Abg. **Dr. Menke** (CDU): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß Herr Mützelburg aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund ausgeschlossen ist?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Franke: Dem Senat ist dies bekannt. Dem Senat ist aber auch bekannt, daß dies allein noch kein Grund für eine Entlassung ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Dr. Menke!

Abg. **Dr. Menke** (CDU): Herr Senator, halten Sie es für angemessen, daß Herr Mützelburg, anwesend (D) im Landesamt für Schulpraxis und Lehrerprüfungen, als die Sitzung des Ausbildungsausschusses gesprengt wurde, im Gegensatz zu anderen Universitätsangehörigen tatenlos und freundlich zugesehen hat? Halten Sie das für ein verfassungskonformes Verhalten?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Abgeordneter Dr. Menke, ich sage jetzt einmal doch einigermaßen ärgerlich zu Ihnen: Wenn Sie Beanstandungen haben und den Senat zum Einschreiten auffordern, dann bitte nicht nur am Fragemikrophon, sondern indem Sie den Senat auf einen Vorgang, den Sie für einschreitenswert halten, aufmerksam machen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen, Herr Dr. Menke? — Bitte!

Abg. **Dr. Menke** (CDU): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß Sie aus jener Beratung Herrn Scholz zu der betreffenden Sitzung in das Landesamt geschickt haben, also informiert sein konnten?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Scholz hat mich nicht über verfassungsfeindliches Verhalten des Herrn Mützelburg unterrichtet. Ich weiß nicht, ob so etwas vor-

(A) liegt, aber ich kann Ihnen sagen, daß in dieser Sitzung nicht nur Herr Scholz, sondern eine ganze Reihe von achtbaren Bremer Beamten — zum Beispiel die Praktiker — anwesend gewesen sind, und es scheint — der Kollege Thape ist hier nicht anwesend, ich vertrete ihn heute hier —, auch beim Senator für Bildung ist dieser Vorgang damals, daß er zugesehen und nichts getan hat, nicht für verfassungsfeindliches Verhalten gehalten worden.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Dr. Menke!

Abg. **Dr. Menke** (CDU): Sie halten es also für angemessen, Herr Senator, daß Herr Mützelburg als Leiter der Organisationseinheit Lehrerbildung unter anderem zuständig und mitverantwortlich ist für die Einstellung von Praxislehrern, die aus den Schulen kommen, in die Universität?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Abgeordneter Dr. Menke, ich sage Ihnen noch einmal, wenn ich wegen verfassungsfeindlichen Verhaltens die Entlassung des Angestellten Mützelburg erreichen kann, werde ich dies tun.

(Abg. Neumann [CDU]: Dann mal los!)

Nur ist das nicht in das Belieben der Aufforderung durch die Opposition gestellt, sondern glücklicherweise sind in Deutschland noch Gerichte da! (B)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen, Herr Fluß? — Bitte sehr!

Abg. **Fluß** (SPD): Herr Senator, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß Herr Mützelburg genau wie Herr Dr. Menke und auch ich während der Sprengung der Sitzung hinten im Saal gesessen haben und dies tatenlos mit angesehen haben, weil wir nicht aktiv körperlich eingreifen wollten?

(Stürmische Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Abgeordneter Fluß, ich bin gern bereit, dies zur Kenntnis zu nehmen. Ich würde allerdings nicht den Schluß daraus ziehen, daß sich der Abgeordnete Dr. Menke verfassungsfeindlich verhalten hat.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die erste Frage erledigt.

Herr Senator Franke, ich bedanke mich für Ihre Auskünfte!

Die zweite Frage steht unter dem Betreff: **„Tätigkeit von Extremisten an der Universität Bremen, hier: Disziplinarverfahren gegen Professor Biesecker".** Sie ist unterschrieben von den Abgeordneten Immermann, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Frage vorzutragen. (C)

Abg. **Immermann** (CDU): Wir fragen den Senat: Wie will der Senat sicherstellen, daß ein Disziplinarverfahren gegen die Hochschullehrerin Biesecker — Universität Bremen —, die sich an den rechtswidrigen Schienenblockaden bei der Bremer Straßenbahn maßgeblich beteiligt hat, veranlaßt wird?

Wie beurteilt der Senat in diesem Zusammenhang die Weigerung des Rektors der Universität, die ihm aufgetragenen Vorermittlungen gemäß Paragraph 25 der Bremischen Disziplinarordnung durchzuführen?

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Franke, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

Senator für Wissenschaft und Kunst Franke: Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

Vor der Beantwortung der Frage sieht sich der Senat zu folgender Erklärung veranlaßt:

Die Fragesteller haben ihre Frage unter den Betreff gestellt „Tätigkeit von Extremisten an der Universität Bremen, hier: Disziplinarverfahren gegen Professor Biesecker". Dadurch wird der Eindruck erweckt, als ob das Verhalten von Frau Professor Biesecker, das zu einer disziplinarischen Überprüfung Anlaß gegeben hat, mit ihrer dienstlichen Tätigkeit im Zusammenhang stehe.

(Abg. Neumann [CDU]: Wie bitte?) (D)

Hiervon kann jedoch, wie auch die Antragsteller wissen, keine Rede sein.

Darüber hinaus verwahrt sich der Senat mit Entschiedenheit dagegen, daß die Fragesteller eine Bedienstete der Freien Hansestadt Bremen, gegen die bisher lediglich erst der Verdacht eines Dienstvergehens besteht, als Extremistin qualifizieren. Der Senat sieht darin einen Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip.

(Beifall bei der SPD)

Zur Fragestellung selbst: Die Behauptung der Fragesteller, der Rektor der Universität weigere sich, Vorermittlungen nach Paragraph 25 der Bremischen Disziplinarordnung gegen Frau Professor Biesecker zu veranlassen, entspricht nicht den Tatsachen. Richtig ist lediglich, daß der Rektor zunächst gegenüber der durch den Senator für Wissenschaft und Kunst ergangenen Aufforderung zur Einleitung von Vorermittlungen darauf hingewiesen hat, daß er als Dienstvorgesetzter nach Paragraph 25 Absatz 1 Satz 1 der Bremischen Disziplinarordnung mit eigenständigem Ermessensspielraum die zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlichen Vorermittlungen nur dann zu veranlassen hat, wenn er bei Bekanntwerden von Tatsachen, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen, zugleich ein Disziplinarverfahren für angezeigt hält. Nach dieser Klarstellung ist der Rektor gemäß Paragraph 25 der Bremischen Disziplinarordnung in eine Prüfung ein-

(A) getreten. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Senator für Wissenschaft und Kunst mitgeteilt werden.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Immermann** (CDU): Herr Senator, können Sie uns exakt mitteilen, wann der Herr Rektor der Universität Bremen in die Vorermittlungen eingetreten ist?

(Abg. Neumann [CDU]: Ist er ja nicht!)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: In die Vorermittlungen ist der Rektor eingetreten.

(Abg. Immermann [CDU]: Wann?)

Das Datum kann ich Ihnen nicht sagen. Ich bin gern erbötig, Ihnen dies noch mitzuteilen, wenn ich es erfragt habe.

Präsident Dr. Klink: Die Antwort wird schriftlich erteilt. Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte!

Abg. **Immermann** (CDU): Könnte es sein, Herr Senator, daß diese Bereitschaft, in die Vorermittlungen einzutreten, auf unsere Frage, die hier heute vorgetragen wurde, zurückzuführen ist?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

(B) **Senator Franke:** Ich bin ziemlich sicher, daß dies vorher geschehen ist.

(Abg. Immermann [CDU]: Sind Sie da ganz sicher? — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Obwohl Sie das Datum nicht kennen?)

Das Datum bedeutet einen präzisen Tag, und den Tag will ich Ihnen gern mitteilen. Sie wissen ja, wann Sie Ihre Frage formuliert haben, und können vergleichen. Ich habe durch Gespräche mit der Universität den Eindruck, als ob die Vorermittlung schon eine ganze Weile läuft, und es ist doch eine recht junge Frage.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Sie äußern nur eine Vermutung!)

Ist das jetzt eine Frage? Dann werde ich antworten!

Präsident Dr. Klink: Das war keine Frage, das war eine Feststellung! Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Dr. Menke!

Abg. **Dr. Menke** (CDU): Herr Senator, halten Sie es für ausgeschlossen, daß die angesprochenen Straßenbahnblockaden in der Universität vorbereitet worden sind?

Präsident Dr. Klink: In der Geschäftsordnung steht, daß eine Frage nicht zugelassen werden kann, wenn der Sachzusammenhang mit der Grundfrage nicht gegeben ist. Ich kann diese Zusatzfrage nicht zulassen. Ich sehe keinen Zusammenhang. (C)

(Abg. Neumann [CDU]: Dafür haben wir Verständnis! — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das paßt doch genau hinein! Schienenblockade steht doch in der Frage! — Senator Franke: Ich will aber gern antworten!)

Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Franke: Darüber habe ich keinerlei Berichte, die Anlaß bei mir gäben zu Befürchtungen dieser Art. Wenn Sie, Herr Dr. Menke, über einen größeren Informationsstand verfügen, kann ich wieder nur sagen, teilen Sie mir Ihr Material mit. Ich weiß von solchen Vorbereitungen, wie Sie sie andeuten, nichts.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Dr. Menke** (CDU): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß Flugblätter, aus denen hervorgeht, daß im Raum 4 des NW 1 der Universität Bremen am 6. Januar die Blockaden vorbereitet worden sind, überall verteilt worden sind?

(Zurufe von der SPD: Am 6. Januar?)

Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß man an diese Flugblätter ohne weiteres herankommen kann, wenn man sich informieren will? (D)

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Dr. Menke, Sie unterstellen, daß diese Veranstaltung stattgefunden hat. Wenn Sie auf diese Veranstaltung, die schon einmal hier angesprochen worden ist, anspielen, die geplant gewesen ist, aber vom Rektor nicht zugelassen worden ist, dann kann das zwar im Flugblatt stehen, aber sie hat nicht stattgefunden.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dr. Menke!

Abg. **Dr. Menke** (CDU): Sind Sie bereit, Herr Senator, uns diese Antwort des Rektors zugänglich zu machen?

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Einen blinden Senat kann man nicht sehend machen!)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Das habe ich bereits hier im Parlament bei einer Anfrage erklärt. Das ist im Protokoll des Parlaments nachzulesen.

Präsident Dr. Klink: Ich stelle fest, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die zweite Frage erledigt.

Herr Senator Franke, ich bedanke mich für die erteilten Auskünfte!

Die dritte Frage betrifft die **Nichtanerkennung bremischer Universitätsabschlüsse.** Sie trägt die

(A) Unterschriften der Abgeordneten Dr. Schulte, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Frage vorzutragen.

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die Tatsache, daß derzeit kein Hochschullehrer des Studiengangs Elektrotechnik/Kybernetik mit seiner Unterschrift unter das Diplomzeugnis als Repräsentant für diesen Ausbildungsabschluß in Erscheinung treten möchte?

Wie beurteilt der Senat in diesem Zusammenhang, daß die von ihm selbst bestellten Gutachter zu dem Ergebnis kommen, ein in diesem Studiengang an der Universität Bremen erworbenes Diplom könne einem Vergleich mit anderen Hochschulen nicht standhalten?

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Franke, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

Senator für Wissenschaft und Kunst Franke: Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

Es ist zwar richtig, daß im Studiengang Elektrotechnik/Kybernetik im vergangenen Jahr kein Hochschullehrer bereit war, als Mitglied eines Diplomprüfungsausschusses tätig zu werden. Nachdem der zuständige Studienbereichsrat am 8. Dezember 1976 die Hochschullehrer gemäß Paragraph 5 Absatz 4 der Diplomprüfungsordnung aufgefordert hat, ihre Ablehnung schriftlich zu begründen, hat (B) kein Hochschullehrer die Ablehnung damit begründet, daß er als Repräsentant für diesen Ausbildungsabschluß nicht in Erscheinung treten möchte. Vielmehr haben zahlreiche Hochschullehrer darauf hingewiesen, daß sie bereits in Diplomprüfungsausschüssen tätig gewesen seien und unter dem Aspekt der gleichen Verteilung der Arbeit nunmehr andere Hochschullehrer diese Aufgaben wahrnehmen sollten.

Es kann also keine Rede davon sein, daß alle Hochschullehrer dieses Studiengangs eine Mitwirkung an Diplomprüfungen mit der in der Frage genannten Begründung ablehnen.

Hinsichtlich der zweiten Frage ist klarzustellen, daß neben positiven gutachterlichen Stellungnahmen die vorhandenen negativen Voten von Gutachtern dadurch erheblich relativiert werden, daß auch überregional das Studium der Elektrotechnik so im Kreuzfeuer der Kritik steht, daß nach übereinstimmender Auffassung der Vertreter aller Kultusminister für diesen Studiengang so bald wie möglich eine überregionale Studienreformkommission eingesetzt werden muß. Es wäre daher absurd, bremische Regelungen an überregionale Anforderungen anzupassen, die ihrerseits zur Disposition stehen.

Andererseits ist der Senator für Wissenschaft und Kunst seit langer Zeit bemüht, für diesen Studiengang eine neue Prüfungsordnung zu genehmigen, die den Bedenken verschiedener Hochschullehrergruppierungen und auch der Gutachter durchaus Rechnung tragen soll, ohne die vorhandenen Ansätze zur Studienreform aufzugeben. Der Senator für Wissenschaft und Kunst hofft, dem Senat im Sommersemester 1977 die veränderte Prüfungsordnung zur Genehmigung vorschlagen zu können. (C)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Dr. Schulte!

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß in einem Schreiben vom 7. Januar dieses Jahres an die Hochschullehrer im Studienbereich Elektrotechnik/Kybernetik darauf hingewiesen wird, daß sie nicht in anderen Gremien tätig sind, so daß nicht das zutrifft, was Sie hier sagen, daß eine Arbeitsüberlastung als Grund für das Nichtbereitsein zu nennen ist, sondern daß als Grund zu nennen ist die Diplomprüfungsordnung, die Studienordnung, die im Studienbereichsrat gegen die Mehrheit der Hochschullehrer beschlossen worden ist?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Abgeordneter Dr. Schulte, ich kann mich nur auf die Schreiben beziehen, die meinem Haus zugänglich gemacht worden sind und in denen die Hochschullehrer ihre Weigerung begründen. Darin findet sich eben der Hinweis auf Arbeitsüberlastung, auf das Einsetzen anderer, auf das andere Verteilen von Arbeit und nicht der Hinweis — bei Ihnen sogar als Hinweis, daß alle diese Meinung vertreten —, daß man nicht in der (D) dargestellten Art und Weise als Repräsentant in Erscheinung treten wolle.

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Herr Senator, wie beurteilen Sie die Tatsache, daß an der Universität Bremen Demokratie verordnet wird, daß also der Rektor Hochschullehrer dienstverpflichten muß, in den drittelparitätischen Gremien zu sitzen, was Sie in einem Schreiben an die entsprechenden Hochschullehrer vom 18. Januar 1977 als rechtmäßig bestätigt haben, und daß dies jetzt durch ein Gerichtsurteil, wie heute in der Tageszeitung zu lesen ist, aufgehoben worden ist?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Dr. Schulte, über dieses Gerichtsurteil bin ich bereit zu debattieren.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Ich denke, es muß respektiert werden!)

Natürlich respektiere ich Urteile, Herr Dr. Cassens! Wenn ich aber jetzt zu einem Urteil im einzelnen Stellung nehmen muß, dann bitte ich, doch mir Gelegenheit zu geben, dieses Urteil zu lesen. Dieses Urteil ist gestern ergangen, bei uns liegt noch kein Text vor, und ich werde mich also erst zu den Konsequenzen dieses Urteils äußern, wenn ich den Text des Urteils habe.

(A) Aber jetzt einmal unabhängig davon, Herr Dr. Schulte! Sie wissen genauso gut wie ich, daß ich dringend daran interessiert bin, seit ich im Amt bin, eine neue Prüfungsordnung Elektrotechnik/Kybernetik zu erhalten. Nun ist allerdings meine Auffassung, für eine Diplomprüfungsordnung ist die Universität der Teil, der mir Vorschläge zu machen hat, weil ich doch in meinem Haus mit meinen Beamten nicht die Sachkompetenz habe, eine Diplomprüfungsordnung im einzelnen zu formulieren. Hier ist die Universität aufgefordert, Vorschläge zu machen.

Dieser Aufforderung ist die Universität leider — seit einem Jahr wird sie bedrängt — nicht nachgekommen, und das ist bedauerlich, genauso wie es bedauerlich ist, daß man Hochschullehrer erst anweisen muß, tätig zu werden. Es ist zum Beispiel bedauerlich, daß ich jetzt eine Arbeitsgruppe eingerichtet habe unter der Federführung eines Beamten meines Hauses, der jetzt die Hochschullehrer in die Pflicht nimmt und die Prüfungsordnung dort zusammen mit den Hochschullehrern entwickelt. Dieses Verfahren wird hoffentlich dazu führen, daß wir im Sommersemester 1977 die Prüfungsordnung auf dem Tisch haben.

Wir müssen jetzt tatsächlich außerordentlich drängend gegenüber der Universität auftreten. Der Studiengang Elektrotechnik/Kybernetik tut sich wahnsinnig schwer, die nötigen Vorleistungen, die ich der Universität abverlange, zu erbringen. Deswegen muß er von mir tatsächlich bedrängt werden. (B) Das tue ich, weil ich in der Verantwortung stehe. Ich finde aber das Ganze gar nicht so angenehm, daß die Universität sich hier verweigert.

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Herr Senator, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß es mich außerordentlich befremdet, daß auf der einen Seite Sie sich die Sachkompetenz der Universität erbitten für die neue Diplomprüfungsordnung, daß Sie auf der anderen Seite aber kein Verständnis dafür aufbringen, daß die Hochschullehrer des Studiengangs Elektrotechnik/Kybernetik sich eben anschließen an die drei Gutachten, die von Ihrem Haus angefordert worden sind, die zu dem Ergebnis kommen, daß diese geprüfte Diplomprüfungsordnung eben nicht die inhaltlichen Qualifikationen bringt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Dr. Schulte, wir machen es am besten so, daß Sie sich einmal diese Gutachten richtig ansehen. Dann werden Sie sehen, daß diese Gutachten differenziert sind und keineswegs so ablehnend sind, wie Sie das hier darstellen.

Zum anderen muß ich Ihnen einmal sagen, wenn die Hochschullehrer sagen, sie könnten nicht mehr mitmachen — so unterstellen Sie es ja jetzt den Hochschullehrern, mir haben sie das so nicht gesagt, aber ich stelle mich einmal jetzt auf Ihren Standpunkt, den Sie hier referieren —, dann fände (C) ich es besser, die Hochschullehrer sagten mir das direkt und nicht über den Mund eines Abgeordneten, dann sollen sie selbst einmal mir gegenüber Farbe bekennen.

Sei es drum! Ich finde, die Hochschullehrer sollten ihrem Senator auch einmal das sagen, was sie unter Umständen Ihnen gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Nun ja! Aber nun will ich Ihnen sagen, wenn sie — einmal unterstellt, es ist wirklich so — aus diesen Gründen nicht mitmachen wollen, weil sie die Prüfungsordnung so nicht mehr akzeptieren, dann sollen sie mir auf dem vorgesehenen Weg gefälligst eine neue auf den Tisch legen und nicht sagen, die alte machen wir nicht mehr, aber eine neue bekommen wir in der Universität nicht zustande.

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Herr Senator, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß mit Schreiben vom 11. Januar 1977 besagte Hochschullehrer Ihnen einen Brief geschrieben haben mit genau diesen Vorhaltungen, die Sie hier beklagen, daß sie Ihnen nicht vorgetragen worden seien?

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Was ist das denn nun?)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator! (D)

Senator Franke: Die Hochschullehrer schicken mir nicht nur an diesem Tag, sie schicken mir ständig Briefe und sagen, daß sie den Zustand beklagenswert finden. Nur, sie kommen nicht damit, mir etwas Konkretes in die Hand zu drücken.

Ich will Ihnen jetzt einmal den Wahnsinnsakt erklären, den ich versucht habe, um die Hochschullehrer in die Pflicht zu nehmen. Ich habe die Hochschullehrer damit versucht unter Druck zu setzen, daß ich die provisorische Prüfungsordnung — das will ich ganz deutlich sagen — außer Kraft gesetzt habe. Da trat ein prüfungsordnungsloser Zustand ein, ein durchaus bedenklicher Zustand! Ich habe geglaubt, man kann dies eine kleine Weile verantworten, um die Universität durch die Situation, daß sie keine Prüfungsordnung hat, zu veranlassen, mir schleunigst etwas auf den Tisch zu legen. Ich habe die Hoffnung gehabt, die Studenten, die davon betroffen sind, würden jetzt zu ihren Hochschullehrern gehen und sagen, nun brauchen wir doch eine Prüfungsordnung.

Wissen Sie, was passiert ist? Sie haben ihre Prüfungsordnung außer Kraft setzen lassen und haben das zur Kenntnis genommen, haben nichts getan, um diesen Zustand mit einem konstruktiven Vorschlag zu überwinden! Die Studenten sind zu mir gekommen und haben gesagt, so geht es doch nicht. Ich stand wieder da, und die Universität schaute zu!

(A) **Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Sie erlauben mir eine letzte Zusatzfrage! Herr Senator, finden Sie es nicht auch etwas merkwürdig, daß Sie immer nur soviel zugeben, wie wir als Opposition in der Lage sind, Ihnen zu beweisen?

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Dr. Schulte, ich habe, glaube ich, heute eine Menge mehr gesagt, was Sie überhaupt nicht wußten. Ich unterstelle Ihnen redliches Bemühen, aber ich unterstelle Ihnen im Umgang mit der Universität Unkenntnis und keine Beweiskraft. Sie unterliegen nur den Einflüsterern, denen Sie unterliegen wollen, und nicht den objektiven Verhältnissen.

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist auch die dritte Frage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke für die erteilten Auskünfte.

Ich rufe die vierte Frage auf. Sie hat die **Ehe- und Familienrechtsreform** zum Gegenstand. Sie ist unterschrieben von den Abgeordneten Pöting, Kähler und Fraktion der SPD. (B)

Ich bitte den Abgeordneten Pöting, die Frage zu stellen.

Abg. **Pöting** (SPD): Wer fragen den Senat:

Sollen bei allen bremischen Amtsgerichten Abteilungen für Familiensachen eingerichtet werden oder soll von der Konzentrationsermächtigung nach Paragraph 23 c des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung des Artikels 5 Nummer 2 des Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts Gebrauch gemacht werden?

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Kahrs, sind Sie bereit, die Antwort zu geben? — Bitte sehr!

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug Kahrs: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von der Konzentrationsermächtigung des Paragraphen 23 c Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung des Artikels 5 Nummer 2 des Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts soll in Bremen nicht Gebrauch gemacht werden. Es sollen vielmehr Abteilungen für Familiensachen bei den Amtsgerichten Bremen, Bremerhaven und Bremen-Blumenthal gebildet werden.

Mit dem Übergang der Zuständigkeit für Ehesachen vom Landgericht auf alle drei Amtsgerichte werden für die Bürger die Wege zum Gericht verkürzt. Damit wird eine größere Bürgernähe erreicht und die Prozeßführung erleichtert.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Pöting! (C)

Abg. **Pöting** (SPD): Herr Senator, sind die angemessene räumliche Unterbringung und die personelle Ausstattung der Familiengerichte gesichert?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kahrs: Eine angemessene räumliche Unterbringung der Familiengerichte ist gesichert. Beim Amtsgericht Bremen werden die Familiengerichte ihre Diensträume im sechsten Obergeschoß im zweiten Bauabschnitt des Justizgebäudes an der Ostertorstraße erhalten. Die dort zur Zeit untergebrachte Abteilung für Verkehrssachen der Staatsanwaltschaft wird geschlossen in das Landgerichtsgebäude umziehen, wo durch die Umsetzung der jetzt in Ehesachen tätigen Bediensteten Räume frei werden. Im dritten und vierten Obergeschoß des zweiten Bauabschnitts des Justizgebäudes an der Ostertorstraße werden zwei zusätzliche kleine Sitzungsräume für die Sitzungen der Familiengerichte eingerichtet.

Beim Amtsgericht Bremerhaven wird zunächst eine Übergangslösung getroffen werden müssen. Mit der für Anfang 1978 zu erwartenden Fertigstellung des im September 1976 in Angriff genommenen Erweiterungsbaus werden beide Abteilungen für Familiensachen angemessene Räume erhalten.

Im Amtsgericht Bremen-Blumenthal stehen seit dem Abschluß des Dachausbaus im Nebengebäude ausreichende Räume zur Verfügung. (D)

Der Personalbedarf der Familiengerichte konnte bislang nur grob geschätzt werden. Dabei ist von einem auf die Dauer etwa gleichbleibenden Geschäftsanfall in Ehesachen und in den Folgesachen ausgegangen worden. Noch nicht eingeschätzt werden kann die Arbeitsbelastung durch die einzelnen Familiensachen, insbesondere weil noch nicht abzusehen ist, welchen Arbeitsaufwand die Verfahren über den Versorgungsausgleich verursachen werden.

Zunächst sollen beim Amtsgericht Bremen sieben, ab 1. Januar 1978 acht Familienrichter, beim Amtsgericht Bremerhaven zwei Familienrichter, beim Amtsgericht Bremen-Blumenthal ein Familienrichter und beim Hanseatischen Oberlandesgericht in Bremen ein Familiensenat tätig werden. Die Richterstellen dafür sind vorhanden. Die erforderlichen Versetzungen vom Landgericht an die Amtsgerichte sind beantragt worden.

Daneben sind nach den bisherigen Schätzungen für alle drei Amtsgerichte drei Rechtspfleger, anderthalb Kostenbeamte, elf Geschäftsstellenverwalter, sechs Protokollführer, sechs Schreibkräfte und vier Wachtmeister für die Tätigkeit in Familiensachen erforderlich.

Der größte Teil dieses Personalbedarfs kann gedeckt werden durch die infolge des Wegfalls der Zuständigkeit für Ehesachen beim Landgericht frei-

(A) werdenden Mitarbeiter, einen internen Personalausgleich der Amtsgerichte und durch Zuweisung einiger außerplanmäßiger Beamter des gehobenen und mittleren Dienstes, die bis zum 1. September 1977 ihre Prüfung abgelegt haben werden.

Bei Anlegung strengster Maßstäbe fehlen drei Protokollführer beziehungsweise Schreibkräfte und drei Wachtmeister. Ob weitere zusätzliche Kräfte erforderlich sind, ob weitere zusätzliche Stellen beantragt werden müssen, kann erst beurteilt werden, wenn eine gründliche Beobachtung des Geschäftsanfalls und der Arbeitsbelastung durch die Familiensachen nach dem neuen Recht ein verläßliches Bild geben.

Zur Einführung in das neue Recht — —. Entschuldigung!

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich bitte, daß wir doch etwas disziplinierter den Ausführungen folgen! Es ist hier eine Unruhe, die es schwer werden läßt, den Ausführungen zu folgen. Auf der anderen Seite möchte ich darum bitten, daß in der Fragestunde die Fragen knapp gestellt und die Antworten knapp gegeben werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

(B) Abg. **Immermann** (CDU): Meinen Sie nicht, Herr Senator, daß es mehr als ungewöhnlich ist, daß Sie selbst die Beantwortung der Zusatzfragen, die offenbar bereits vorformuliert wurden, ablesen müssen?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Kahrs, mit der Grundfrage besteht kein inhaltlicher Zusammenhang, sondern nur ein lakonischer! — Bitte sehr!

Senator Kahrs: Ich möchte darauf folgendes sagen, Herr Immermann: Diese Fragen sind zunächst als Unterfragen konzipiert worden und dann auf diese Weise hierhergekommen. Ich habe mich gewundert, daß sie nicht als Unterfragen gestellt worden sind. Im Senat sind sie so behandelt worden, und da ich mich an Beschlüsse des Senats möglichst wortgetreu halte, habe ich das hier auch so vorgetragen, wie es beschlossen worden ist. Es liegt also nichts Ungewöhnliches in dem Verfahren.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Immermann!

Abg. **Immermann** (CDU): Herr Senator, sind Sie damit einverstanden, daß wir Ihnen zur Erleichterung Ihres schwierigen Amtes unsere Zusatzfragen demnächst auch schriftlich einreichen?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Kahrs: Ich brauche wohl auf diese lakonische Frage nicht einzugehen. Sie spricht für sich, Herr Immermann! (C)

(Heiterkeit bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Besteht der Wunsch, weitere Zusatzfragen zu stellen? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter von Schönfeldt!

Abg. **v. Schönfeldt** (FDP): Ich habe aber keine Frage zur Methodik, sondern zum Inhalt. Ich will zum Inhalt fragen!

Ist sichergestellt, Herr Senator, wenn ja, inwieweit, daß die im Familiengericht tätigen Richter sowohl in rechtlicher als auch in psychologischer und soziopsychologischer Hinsicht vor- und fortgebildet sind?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Kahrs: Zunächst einmal ist sichergestellt, daß die Richter und alle Beteiligten am Gerichtsverfahren, also auch Anwälte, unterrichtet worden sind über die Auswirkungen dieses Gesetzes. Es haben zwei größere Veranstaltungen stattgefunden. Es ist auch beabsichtigt, daß fortlaufend eine weitere unterrichtende Betreuung der Richter und auch der übrigen Teilnehmer am Gerichtsverfahren vorgenommen wird.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr! (D)

Abg. **v. Schönfeldt** (FDP): Herr Senator, bedeutet dies, daß diese Fortbildung sich nur auf die rechtliche Fortbildung beschränkt, oder, und das war der Inhalt meiner Frage, ist sichergestellt, daß diese Ausbildung auch in psychologischer und soziopsychologischer Hinsicht erfolgt?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Kahrs: Ich weiß nicht, ob eine derartige Ausbildung zur Zeit erforderlich ist, Herr von Schönfeldt. Wir sind zunächst einmal darauf eingestellt, daß die Richter und Rechtsanwälte — also diejenigen, die mit dieser Materie neu beschäftigt werden — über die Rechtsmaterie selbst umfassend unterrichtet werden, und wir werden dann dafür Sorge tragen, daß auch in übriger Hinsicht die nötige Unterrichtung erfolgen wird, also in dem Umfang, wie Sie es hier als erforderlich bezeichnet haben. Wir können nicht alles auf einmal machen. Es ist immerhin ein größeres Verfahren, das anlaufen muß. Von daher gesehen, haben wir zunächst einmal die Unterrichtung über die Rechtsmaterie selbst in Bremen vor einem größeren interessierten Publikum vorgenommen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **v. Schönfeldt** (FDP): Herr Senator, trifft es zu, daß in Zukunft vor diesen Gerichten sämtliche

(A) mit dem Ehescheidungsverfahren verbundenen Folgen verhandelt und entschieden werden sollen, und sind Sie nicht dann mit mir der Auffassung, daß dieses von mir zuletzt genannte Erfordernis eines der wichtigsten ist bei einem solchen Gericht?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kahrs: Ich stimme Ihnen durchaus zu, Herr von Schönfeldt, nur waren wir zunächst der Meinung, weil insbesondere über den Versorgungsausgleich erhebliche Meinungsverschiedenheiten und teilweise Unwissenheit bestanden, daß zunächst über diese Probleme den Beteiligten im Verfahren Auskünfte gegeben werden sollten. Hierzu sind auch diejenigen aus dem Bonner Justizministerium nach Bremen angereist, die darüber sachkundig Auskunft geben konnten.

Präsident Dr. Klink: Besteht der Wunsch nach einer weiteren Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, bezugnehmend auf Ihre Antwort über die Methodik der Fragestunde möchte ich noch eines fragen: Halten Sie es für parlamentarisch angemessen, daß der Frage-Antwort-Dialog zwischen Fragesteller und Senat im Parlament nach einem vorgefertigten Drehbuch abgespult wird?

(B) **Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Kahrs: Wenn Sie die Geschäftsordnung durchsehen, Herr Klein, werden Sie feststellen, daß dem so ist. In der Geschäftsordnung ist an sich vorgesehen, daß Unterfragen gestellt werden können, und davon ist der Fragesteller auch zunächst ausgegangen. Es ist uns jedenfalls so übermittelt worden. Das war unsere Behandlung dieser Sache, und demzufolge ist es auch im Senat entsprechend behandelt worden. Der Text ist beschlossen worden, den habe ich inhaltlich vorgetragen.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die vierte Frage erledigt.

Die fünfte Frage befaßt sich mit der **Erstellung einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Justizdienst.** Sie ist unterzeichnet von den Abgeordneten von Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Fragesteller, die Frage vorzutragen.

Abg. **v. Schönfeldt** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum hat es der Senat bis zum heutigen Zeitpunkt versäumt, für den mittleren Justizdienst eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung zu erstellen?

Zweitens: Wie beurteilt und rechtfertigt der Senat, daß es für den mittleren Dienst der bremischen allgemeinen Verwaltung seit 1971 eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung gibt, der mittlere Justizdienst hingegen nach einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung aus dem Jahre 1938 ausgebildet und geprüft wird? (C)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Kahrs, sind Sie bereit, die Antwort des Senat zu geben? — Bitte sehr!

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug Kahrs: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat ist mit den Fragestellern der Auffassung, daß für den Bereich des mittleren Justizdienstes eine neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung zu erlassen ist. Der Senator für Rechtspflege und Strafvollzug hat bereits vor längerer Zeit einen Entwurf erarbeitet. Es ergaben sich jedoch Verzögerungen. Zunächst bestand die Absicht, das Gesetzgebungsverfahren des Bundestages zur Neuregelung des Rechts der Urkundsbeamten der Geschäftsstelle abzuwarten. Hierzu hat der Bundesminister der Justiz den Vorentwurf eines Gesetzes fertiggestellt. Der Senat ist jedoch der Auffassung, daß dieses Gesetzgebungsverfahren nicht mehr abgewartet werden kann.

Der Senat wird eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Justizdienst in nächster Zeit erlassen. Diese Ausbildungs- und Prüfungsordnung wird erstmals anzuwenden sein auf diejenigen Anwärter für den mittleren Justizdienst, die ihre Ausbildung am 1. August 1977 beginnen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr! (D)

Abg. **v. Schönfeldt** (FDP): Ist der Senat der Auffassung, daß es sachgerecht ist, den bereits vorliegenden Referentenentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der Urkundsbeamten völlig außer acht zu lassen?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Kahrs: Wir werden jedenfalls mit Rücksicht auf die von Ihnen zunächst gestellte Frage und den Inhalt dieser Frage nicht abwarten können, bis dieses Verfahren beim Bund abgeschlossen ist.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Dr. Monnerjahn!

Abg. **Dr. Monnerjahn** (SPD): Herr Senator, würden Sie mir dahingehend zustimmen, daß der der FDP angehörige Fragesteller — wie sich aus der Frage ergibt — offensichtlich der Ansicht ist, daß notwendige Reformen nur von den Sozialdemokraten durchgeführt werden können, da immerhin bis 1971 über etwa 25 Jahre das Justizressort von der FDP verwaltet worden ist und nichts von ihr veranlaßt wurde?

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kahrs: Ich möchte Ihnen nicht widersprechen, Herr Dr. Monnerjahn!

(A) **Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist damit die fünfte Frage erledigt.

Ich danke Herrn Senator Kahrs für die erteilten Auskünfte.

Die sechste Frage beschäftigt sich mit der **Zahlung eines geringeren Arbeitslosengeldes nach Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.** Sie trägt die Unterschriften der Abgeordneten Urban, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Urban, die Frage zu stellen.

Abg. **Urban** (CDU): Wir fragen den Senat:

Kann der Senat bestätigen, daß Arbeitslose, nachdem sie ein halbes Jahr im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach Paragraphen 91 ff. des Arbeitsförderungsgesetzes beschäftigt waren, aufgrund des dabei erzielten geringeren Verdienstes weniger Arbeitslosengeld erhalten als vorher Arbeitslosenhilfe?

Präsident Dr. Klink: Herr Bürgermeister Dr. Franke, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

Bürgermeister Dr. Franke, Senator für Soziales, Jugend und Sport und für Arbeit: Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

Die vorübergehende Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ist eine wesentliche arbeitsmarktpolitische Hilfe, um Arbeitslosigkeit zeitlich zu überbrücken und den Kern der Dauerarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Es entspricht der grundsätzlichen Zielsetzung dieses arbeitsmarktpolitischen Instruments, den sozialen Status des Arbeitslosen zu sichern und auch zu verbessern. (B)

Erzielt ein Arbeitsloser über eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ein niedrigeres Entgelt als vor seiner Arbeitslosigkeit, sieht das Arbeitsförderungsgesetz nach Paragraph 112 Absatz 7 eine Härteregelung bei der Bemessung des sich anschließenden Arbeitslosengeldes vor. Sie kommt dann zum Zuge, wenn das Entgelt aus der Beschäftigung im Rahmen eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes in einem Mißverhältnis zu dem Entgelt steht, das der Arbeitslose innerhalb der letzten drei Jahre vor der Arbeitslosmeldung überwiegend erzielt hat.

Da jedoch nicht alle Fälle auf diesem Wege in der Praxis geregelt werden können, ist nicht auszuschließen, daß in der Vergangenheit in Einzelfällen die Beschäftigung in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu einer Minderung des Arbeitslosengeldanspruchs geführt hat. Die Arbeitsämter und der Senat bemühen sich deshalb, bereits bei der Auswahl und Zuweisung von Arbeitslosen für eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme darauf hinzuwirken, daß sich die Bewertungen der aufzunehmenden Beschäftigung und der Tätigkeit vor der Arbeitslosmeldung soweit wie möglich entsprechen.

Die dem Senat bekanntgewordenen Einzelfälle haben ihn darüber hinaus veranlaßt, diese Problematik mit dem Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen und den Arbeitsämtern Bremen und Bremerhaven eingehend zu erörtern. Der Senat hat von den Arbeitsämtern Bremen und Bremerhaven inzwischen die Zusage erhalten, daß Benachteiligungen in Zukunft dadurch ausgeschlossen werden sollen, daß die Vermittlung in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme mit der Folge einer Verminderung des sich anschließenden Arbeitslosengeldanspruchs als unzumutbar gelten soll und damit gegen den Willen des Arbeitnehmers nicht erfolgen darf. (C)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Urban!

Abg. **Urban** (CDU): Herr Bürgermeister, wäre es dann nicht zweckmäßig, daß Sie sich im Bundesrat für eine Änderung des Paragraphen 112 Absatz 7 Arbeitsförderungsgesetz einsetzten, damit alle Betroffenen nach Beendigung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch einen Rechtsanspruch darauf haben, das Arbeitslosengeld beziehungsweise die Arbeitslosenhilfe in der vorherigen Höhe zu erhalten?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Bürgermeister Dr. Franke!

Bürgermeister Dr. Franke: Herr Urban, ich habe vor, in der nächsten Verwaltungsratssitzung im März die Dinge — da ich auch dem Verwaltungsrat der Bundesanstalt angehöre — zur Sprache zu bringen, um zunächst zu versuchen, ob man das Problem durch interne Anweisungen regeln kann. Sollte das nicht gehen, da stimme ich Ihnen zu, müßten wir das Arbeitförderungsgesetz entsprechend ändern. (D)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Urban** (CDU): Herr Bürgermeister, würden Sie mir zustimmen, daß die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes und wenn sich diese Fälle summieren sollten, das Auswirkungen auf den Haushalt unseres Landes hätte durch den Anspruch auf zusätzliche Sozialhilfeleistungen?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Franke: Natürlich, Herr Urban! Mir sind diese Wechselwirkungen sehr wohl bekannt.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die sechste Frage erledigt.

Wir danken Herrn Bürgermeister Dr. Franke für die erteilten Auskünfte.

Die siebte Frage beinhaltet die **personelle Ausstattung des Deutschen Schiffahrtsmuseums.** Sie ist unterschrieben von den Abgeordneten Kandolf, Neumann und Fraktion der CDU.

(A) Ich bitte den Abgeordneten Kandolf, die Frage zu stellen!

Abg. **Kandolf** (CDU): Wir fragen den Senat:

Was wird der Senat veranlassen, damit das weltweit anerkannte Deutsche Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven personell so ausgestattet wird, daß alle Einrichtungen dem Publikum optimal zugänglich gemacht werden können — vergleiche Bericht der „Nordsee-Zeitung" vom 9. Februar 1977 —?

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Franke, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

Senator für Wissenschaft und Kunst Franke: Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

In seiner Bremerhavener Sitzung vom 10. Januar 1977 hat der Senat beschlossen, den vom Verwaltungsrat für das Haushaltsjahr 1978 gewünschten zusätzlichen Stellenbedarf von 15 Stellen von der Senatskommission für das Personalwesen überprüfen zu lassen, um für weitere Entscheidungen die nötige und übliche Grundlage zu erhalten. Dieser Prüfungsauftrag wird zur Zeit abgewickelt.

Angesichts der allgemeinen Haushaltslage ist jedoch zu erwarten, daß das Schiffahrtsmuseum ebensowenig wie die anderen Museen eine optimale Personalausstattung erhalten kann.

Im übrigen hat der Senator für Wissenschaft und Kunst erreicht, daß dem Schiffahrtsmuseum im Rahmen der allgemeinen Beschaffungsmaßnahmen nach (B) dem Arbeitsförderungsgesetz des Bundes bereits 1976 elf ganztägig eingesetzte Arbeitskräfte zugewiesen worden sind, denen 1977 zwei weitere folgen werden, so daß dem Museum für dieses Jahr 13 zusätzliche Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Kandolf!

Abg. **Kandolf** (CDU): Herr Senator, wie beurteilen Sie die Tatsache, daß statt der vom Verwaltungsrat im Jahr 1973 beschlossenen und nur als Grundlage für den späteren Aufbau gedachten Anhebung des Stellenplans des Schiffahrtsmuseums von damals 20 um 20 auf 40 für 1974 nur zehn Stellen bewilligt wurden und daß damals die Eröffnung des Schiffahrtsmuseums viel später und auch nur mit reduziertem Programm stattfinden konnte, wobei ich davon ausgehe, daß wir heute einen Bestand von 31 Stellen haben?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Da müssen Sie, Herr Kandolf, die weiteren Arbeitskräfte hinzurechnen, die wir jetzt aus den Bundesmitteln zur Verfügung gestellt haben. Herr Kandolf, der Aufbau des Schiffahrtsmuseums ist notwendigerweise in die mittelfristige Finanzplanung der Freien Hansestadt Bremen eingebunden. Wir können nur soviel ermöglichen, wie im Rahmen der Eckwerte für das Ressort, in dessen Haushalt sich die Personalstellen befinden, darstellbar ist. Im Rahmen dieser Eckwerte würde ein Befriedigen des vollen Bedarfs des Schiffahrtsmuseums dazu führen, daß der übrige Bereich — nachgeordnete Dienststellen, Stadtbibliothek, übrige Museen, Weiterbildung — nicht mehr eine einzige Stelle bekommen würde, weil im Rahmen der Eckwerte alles zum Schiffahrtsmuseum flösse. Dies ist nicht darstellbar. (C)

Das Problem hat der Senat in Bremerhaven ausgiebig diskutiert, und wir haben uns dazu verstanden, hier, wenn nötig — in welchem Umfang, wird zu prüfen sein —, verstärkt etwas zu tun, was dann die Eckwertproblematik lösen muß. Aber für diese Entscheidung brauchen wir die Stellungnahme der Senatskommission für das Personalwesen, und die warten wir jetzt ab.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Kandolf** (CDU): Herr Senator, wäre es nicht zu überlegen, daß bei diesem halb fertigen und vollkommen neuen Deutschen Schiffahrtsmuseum, einer neuen Art, es nicht angezeigt sein könnte, daß man den Personalbedarf durch die sogenannten Eckwerte einfriert?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Nein, wir frieren den Personalbedarf nicht ein, sondern Sie haben eben selbst mit Ihrer Frage sichtbar gemacht, daß vom Start des (D) Schiffahrtsmuseums bis heute eine erkleckliche Stellenvermehrung stattgefunden hat. Sie hat nur nicht so stattgefunden, wie es sich das Schiffahrtsmuseum wünscht.

Nun muß ich Ihnen sagen, auch das Fockemuseum hat einen neuen Museumsbau bekommen mit einem — jetzt ist es ein bißchen älter, inzwischen ist das Dach auch undicht geworden, aber immerhin — doch für Bremen wichtigen kulturpolitischen Auftrag. Das Fockemuseum hat einen Auftrag für das bremische und überregionale Publikum. Auch dem Fockemuseum konnten wir nicht das geben, was das Fockemuseum eigentlich für diesen neuen Bau haben wollte, und noch heute klagt Frau Pohl-Weber darüber, daß sie ihr Museum nicht so betreiben kann, wie sie es wünschte.

Auch die Kunsthalle ist zwar ein älteres Museum, ist aber nicht weniger wichtig im kulturpolitischen Zusammenhang, im kulturpolitischen Leben dieser Stadt. Auch dort kann ich nicht das tun, was ich eigentlich tun müßte und möchte. Deswegen verstehen Sie bitte meine Situation, ich kann nun nicht sagen, Schiffahrtsmuseum und sonst nichts. Die anderen haben auch ihren berechtigten Anspruch.

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Kandolf** (CDU): Herr Senator, könnten Sie dem Haus erklären, warum die Planstellen für das

(A) Deutsche Schiffahrtsmuseum voll auf die Eckwerte des Senators für Wissenschaft und Kunst angerechnet werden müssen, obwohl sie zu einem Drittel von Bremerhaven mitfinanziert werden und doch nicht ein Stifter allein — die Stadt Bremen — über den Stellenplan entscheiden kann?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: In der Stiftungsurkunde, Herr Kandolf, steht, daß der Stifter Bremen, nicht Bremerhaven — und alles, was das Land Bremen betrifft, steht im Haushalt im kulturpolitischen Bereich beim Senator für Wissenschaft und Kunst —, für die vollen Personalkosten aufzukommen hat. Bremen ist verpflichtet, das Personal zu stellen. Deswegen muß dieses Personal im Haushalt des Senators für Wissenschaft und Kunst ausgewiesen werden. Es gibt keine andere Möglichkeit. Das ist die Rechtslage nach der Stiftungsurkunde.

Mein Haushalt steht nun eben einmal unter der Eckwertproblematik. Ich muß Ihnen sagen, wenn wir es erreichen könnten durch einen Parlamentsbeschluß, dem Senator für Wissenschaft und Kunst dieses Prokrustesbett Eckwerte zu nehmen, werde ich doch nicht sagen, ich wehre mich dagegen. Also kämpfen Sie munter im Parlament, mich von den Eckwerten zu befreien! Da mache ich mit!

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen? — Bitte sehr!

(B) Abg. **Kandolf** (CDU): Eine letzte! Herr Senator, was hat Ihr Haus bisher getan, um das Deutsche Schiffahrtsmuseum mit einem dringend notwendigen Museumspädagogen auszustatten, damit es nachhaltig auch seine Bildungsfunktion ausüben kann? Nehmen Sie die Feststellung an, daß die dafür vorhandenen bewährten Hostessen zwar für Erwachsene, doch nicht für Schüler einsetzbar sind, daß das Direktorium ebenfalls nicht pädagogisch vorgebildet ist und daß Schulklassen — —

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Bitte kurze Fragen, sonst kommen wir durcheinander! Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Franke: Das Direktorium des Deutschen Schiffahrtsmuseums in Bremerhaven möchte ich doch nun einmal gegen einen Bremerhavener in Schutz nehmen! Herr Kandolf, die Leiter des Deutschen Schiffahrtsmuseums sind so vortreffliche Leute,

(Beifall bei der SPD)

daß Sie, was Museumspädagogik anbelangt, erst noch einmal einen finden müssen, der ihnen das Wasser abgräbt. Deswegen traue ich den Leitern des Deutschen Schiffahrtsmuseums zu, durch geeignete Maßnahmen ihr reiches Wissen in umsetzbarer Form dem übrigen Museumspersonal und den Hostessen zugänglich zu machen.

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete von Hassel! (C)

Abg. **v. Hassel** (SPD): Darf ich, Herr Senator, aber dennoch von Übereinstimmung zwischen uns ausgehen, daß Sie langfristig gesehen und im Rahmen Ihrer Möglichkeiten und auch nicht nur für dieses Museum — bei noch so vortrefflichen Museumsleitern — dennoch die Einrichtung von Museumspädagogen, wenn wir es machen könnten, prinzipiell für wünschenswert halten?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Herr von Hassel, erstens einmal vielen Dank für Ihren Hinweis! Damit das hier keine Schlagseite bekommt: Alle Museumsdirektoren im Land Bremen sind ganz vortrefflich, das müssen wir erst einmal noch dazu sagen.

Zweitens wird die museumspädagogische Ergänzung der Arbeit der Museen in unserem Land selbstverständlich mit Entschiedenheit betrieben, aber dann eben doch so, daß sie allen Museen nutzbar ist. Sie wissen, daß wir mit Hilfe auch aus dem parlamentarischen Raum gerade dabei sind, einen Museumspädagogen in der Abteilung 2 meiner Behörde — der Kulturabteilung — einzustellen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr von Hassel!

Abg. **v. Hassel** (SPD): Können wir uns auch darauf einigen, daß, speziell bezogen auf das Deutsche Schiffahrtsmuseum — auf die Gesamtsituation jetzt einmal abgehoben —, im Rahmen des uns zukünftig Möglichen, in der Deputation für Wissenschaft und Kunst werden wir ja darüber beraten, zunächst es wohl einmal offensichtlich nötig wäre, wenn wir es leisten könnten, das Aufsichtspersonal zu verstärken, um noch in höherem Maße den erfreulich großen Besucherandrang auffangen zu können? (D)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Herr von Hassel, das werden wir selbstverständlich tun. Wir können auch schon auf eine Leistung verweisen. Sie wissen, daß wir Aufsichtspersonalverstärkungen eingeleitet haben durch im Augenblick nicht benötigte Kapazitäten beim Überseemuseum, die wir sozusagen nach Bremerhaven abgestellt haben.

Meine Damen und Herren, ich meine, wir strengen uns schon an. Ich möchte vielleicht mir doch einen kleinen Wunsch erlauben: Ich wünschte, alle Museen im Land Bremen hätten eine so entschiedene Lobby wie das Schiffahrtsmuseum!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist auch die siebte Frage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke für die erteilten Auskünfte.

(A) Wir haben jetzt noch zwei Fragen und noch fünf Minuten Zeit. Ich weise nur darauf hin, daß in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, daß die Fragestunde in der Regel nicht länger als 60 Minuten dauern soll.

Die achte Frage betrifft die **Ausdehnung des Gesellschaftszwecks und der Zuständigkeit der Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung.** Sie ist unterzeichnet von den Abgeordneten John, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten John, die Frage zu stellen.

Abg. **John** (FDP): Wir fragen den Senat:

Trifft es zu, daß der Senat die Absicht verfolgt, Gesellschaftszweck und Zuständigkeit der Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung auf das gesamte Land Bremen auszudehnen?

Wenn ja, aus welchen Gründen?

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, Herr Senator Seifriz, die Antwort zu erteilen? — Bitte sehr!

Senator für das Bauwesen Seifriz: Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

Ja. Der Magistrat der Seestadt Bremerhaven hat auch die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau aufgefordert, ein Angebot für eine Sanierungsträgerschaft in Bremerhaven-Lehe abzugeben. Der Senat ist der Auf-
(B) fassung, daß es zu begrüßen wäre, wenn die besonderen Kenntnisse und Erfahrungen der Gesellschaft auf dem Gebiet der Sanierung auch der Seestadt Bremerhaven zugute kommen würden, zumal der Bremischen Gesellschaft gemäß Paragraph 34 des Städtebauförderungsgesetzes die Bestätigung als Sanierungsträger für das Land Bremen ausgesprochen worden ist.

Der Senat hat sich daher damit einverstanden erklärt, daß eine Änderung des Gesellschaftsvertrages für ein Tätigwerden der Gesellschaft als Sanierungsträger in Bremerhaven in Aussicht genommen wird.

Präsident Dr. Klink: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Herr Senator, in welchem Zeitraum beabsichtigt der Senat, diese Umstrukturierung der Bremischen Gesellschaft vorzunehmen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Seifriz: Ich bin der Überzeugung, daß das eine Maßnahme ist, die wir in wenigen Tagen abgeschlossen haben können.

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte, Herr von Hassel!

Abg. **v. Hassel** (SPD): Um das klarzustellen, Herr Senator! Habe ich Sie richtig verstanden, daß es sich um eine beabsichtigte Satzungsänderung handelt (C) und nicht um eine Strukturänderung der Gesellschaft?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Seifriz: So ist es! Sie soll weiterhin sanieren.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen werden nicht gewünscht. Dann ist auch die achte Frage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Seifriz für die erteilten Auskünfte.

Die neunte und damit letzte Frage befaßt sich mit der **Erweiterung des Sondertarifs im Fernsprechverkehr.** Sie trägt die Unterschriften der Abgeordneten Eva Schütte, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Schütte, die Frage zu stellen.

Abg. Eva **Schütte** (FDP): Wir fragen den Senat:

Ist der Senat bereit, über eine Initiative im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß der nach 22 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen bestehende Sondertarif im Fernsprechverkehr an Werktagen ab 21 Uhr sowie an Sonnabenden bereits ab 14 Uhr eingeführt wird?

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, Herr Dr. Kapust, die Antwort zu erteilen? — Bitte sehr! (D)

Senatsdirektor Dr. Kapust: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

Dem Senat ist bekannt, daß das Fernsprechnetz der Deutschen Bundespost insbesondere zwischen 22 und 23 Uhr weitgehend ausgelastet, teilweise auch überlastet ist. Der Grund hierfür ist, daß ab 22 Uhr im Fernsprechverkehr der Nachttarif II zur Anwendung gelangt. Dieser führt gegenüber dem Tagtarif zu Ermäßigungen von bis zu 80 Prozent.

Der Senat ist davon unterrichtet, daß der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen seine Verwaltung beauftragt hat zu prüfen, wie eine Entzerrung dieses Engpasses bewirkt werden kann, ohne daß ein Nachteil für die Fernsprechteilnehmer eintritt. Die Entscheidungsgrundlagen sollen noch in diesem Jahr vorliegen. Der Senat wird sodann prüfen, ob Bremen über den Postverwaltungsrat oder im Wege einer Entschließung des Bundesrates die Initiative ergreifen soll, wobei der Senat keine Lösung befürworten wird, die eine Anhebung der Fernsprechgebühren auslöst.

Präsident Dr. Klink: Besteht der Wunsch, Zusatzfragen zu stellen? — Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich bei Herrn Senatsdirektor Dr. Kapust für die erteilten Auskünfte.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt. Wir haben es genau in einer Stunde geschafft.

(A)

Aktuelle Stunde

Von dem Abgeordneten Neumann und Fraktion der CDU ist folgendes Thema für die Aktuelle Stunde beantragt worden:

Mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen in der Strafanstalt Oslebshausen hier: Ausbruch von Häftlingen

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Blöchl.

Ich weise darauf hin, daß frei zu sprechen ist. Der erste Redner einer Fraktion kann bis zu zehn Minuten, der zweite Redner bis zu fünf Minuten sprechen. Einen dritten Redner gibt es nicht mehr. Bitte sehr, Herr Blöchl!

Abg. **Blöchl** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat diese Aktuelle Stunde beantragt zu einem Thema, das nicht sehr häufig in diesem Hause besprochen wird. Aber die Probleme des Strafvollzuges und der Sicherheitsmaßnahmen in der Haftanstalt Oslebshausen in der jüngsten Vergangenheit haben uns gezwungen, diese Aktuelle Stunde zu beantragen.

Ich möchte noch einmal die letzten drei Ereignisse, die wir hier beispielhaft anführen wollen, beleuchten. Es ist einmal der Ausbruch zweier Gefangener Ende Januar, die nach Durchsägen der Gitter ihrer Zelle auf den Hof der Anstalt entfliehen konnten und dort mit Hilfe eines Türrahmens die Anstaltmauer überwunden haben. Der zweite Fall ist der Ausbruch von Erich Papen mit einem Komplizen, bei dem wahrscheinlich — soweit es uns bekannt ist — von außen Hilfe geleistet wurde. Der dritte Fall ist der eines Toten und zweier Verletzter aufgrund des Genusses von Methylalkohol.

(B)

Nach Schilderung dieses Tatbestandes stellt sich dem Betrachter die Frage, ob diese Vorfälle hätten vermieden werden können, oder, andersherum gefragt, haben hier die Sicherheitsvorkehrungen in der Anstalt versagt?

Zu Fall eins ist festzustellen, daß die Zellengitter durchsägt wurden. Frage: Wie kann das passieren?

(Abg. Wedemeier [SPD]: Mit einer Säge macht man das!)

Wie sind diese Leute in den Besitz einer Säge gekommen?

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Woher weiß Herr Wedemeier das?)

Sind eventuell Sägen hereingeschmuggelt worden? Oder ist diese Säge aus einem Arbeitsbetrieb entwendet worden? Daraus ergibt sich wieder die Frage: Wie werden die Gefangenen, die in Arbeitsbetrieben beschäftigt sind, kontrolliert, so daß diese Fälle hätten vermieden werden können? Wie ist es möglich, daß ein Türrahmen im Hof der Strafanstalt herumliegt?

(C)

Zu Fall zwei: Wie war es möglich, daß Außenstehende ungehindert an die Anstalt herankommen konnten, um Gitter von außen durchzusägen, so daß Herr Papen durch die durchgesägten Gitter entfliehen konnte? Warum ist für die Sicherung der noch offenen Mauer — da fehlt die Tür in der neuen Mauer — keine geeignete Form gefunden worden?

Zu Fall drei: Die CDU-Fraktion hat im letzten Jahr in der Deputation für Rechtspflege und Strafvollzug schon einmal darauf aufmerksam gemacht, daß Methylalkohol zum Schnüffeln, also zum Inhalieren benutzt wird. Ich frage mich, warum sind — nachdem dieser Hinweis von uns gegeben wurde — dort bei der Verwendung von Methylalkohol keine strengeren Maßstäbe angelegt worden?

Die von mir aufgeworfenen Fragen zu den bekannten Tatsachen erwecken den zwingenden Eindruck, daß die Sicherheitsmaßnahmen in der Anstalt versagt haben. Dazu muß ich noch bemerken, daß der untaugliche Versuch des Anstaltsleiters, diese gravierenden Fälle in der Deputation herunterzuspielen, den schlechten Eindruck der CDU-Fraktion über die Situation im bremischen Strafvollzug nicht kaschieren kann.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen aus meiner Erinnerung ein paar Kostproben der Ausführungen von Herrn Hoffmann in der Deputation geben. Auf mein Befragen, ob der zur Flucht benutzte Türrahmen aus der Anstaltsschlosserei oder von einer Baustelle in der Anstalt stammt, erklärte Herr Hoffmann, dieser Türrahmen habe ungesichert als Sperrmüll im Hof der Anstalt herumgelegen.

(D)

Zu Fall zwei: Die Gefährlichkeit von Erich Papen ist bekannt. Sie wissen, und das wurde uns mitgeteilt, daß bei der ersten Flucht von Herrn Papen bei einer Ausführung durch Herrn Pastor Orlamünder Helfer in der Nähe waren, die ihm die Flucht ermöglicht haben. Es ergibt sich wieder die Frage, Herr Senator, wenn die Fluchtgefahr bei Herrn Papen bekannt ist und er auch schon mehrfach versucht hat zu fliehen, warum sind da keine strengeren Bewachungskriterien angelegt worden?

Zu Fall drei: Reicht die Kenntlichmachung einer Methylalkoholflasche als „Gift" aus, um auf die Gefährlichkeit dieses Stoffes hinzuweisen? Herr Hoffmann hat dazu gesagt, daß es erwachsene Männer seien, mit denen wir es hier zu tun haben.

(Zuruf von der SPD: Ja, sicher!)

Bei denen müßte man erwarten, daß dort nichts passiert.

Zum Schluß führte Herr Hoffmann noch aus — das hören Sie sich gut an —, daß man auch noch über den Paragraphen 10 des neuen Strafvollzugsgesetzes nachdenken müßte. Die offene Anstalt wäre jetzt als Regelanstalt anzusehen, und man müßte

(A) dann eventuell daran denken, die Anstaltsmauern einzureißen.

Herr Senator Kahrs, teilen Sie die Auffassung Ihres Anstaltsleiters, der den herumliegenden Türrahmen als Sperrmüll ansieht? Ist das nicht Beihilfe zur Flucht, wenn solch ein Ding ungesichert in der Anstalt herumliegt?

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Herr Senator Kahrs, sind Sie ebenfalls der Auffassung von Herrn Hoffmann, daß der Ausbrecher und Bandenchef Papen nur ein gewöhnlicher Dieb ist?

(Abg. Dr. Scherf [SPD]: Er muß sein Lehrgeld zurückzahlen!)

Haben Sie Ihre Auffassung geändert, Herr Senator, daß „erwachsene Männer" im Gefängnis sozialisationsbedürftige Menschen sind? Ist es für Sie unbedenklich, daß sogenannte — und diese Worte wurden gesagt in der Deputation — Bahnhofspenner und ein eventueller Dealer mit Methylalkohol in Berührung kommen? Wie wollen Sie die Fragen der Bevölkerung nach ihrer Sicherheit beantworten, wenn Ihr Anstaltsleiter die Gefängnismauern einreißen will?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer ist für den jetzigen schlechten Zustand in den bremischen Strafanstalten verantwortlich? Ich meine, Sie, Herr Senator Kahrs, und der für Oslebshausen verantwortliche Anstaltsleiter! Was haben Sie unternommen, um weitere Fluchtversuche zu vermeiden? Warum haben Sie erst nach Aufforderung durch die CDU Strafanzeige gegen Gefangene gestellt, die Beamte zusammengeschlagen haben? Es war doch die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers! (B)

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Was unternehmen Sie gegen das von der CDU aufgebrachte Problem der Drogensucht in der Anstalt? Dazu ein Zitat aus dem letzten „Diskus" vom Dezember 1976: „Valium und Omca-Nacht gibt es doch massenweise in unserer Anstalt durch unseren beliebten Anstaltsarzt Hillibilly."

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Hillibilly?)

Hillibilly! Ich möchte mir weitere Beispiele ersparen, weil die Zeit nur sehr kurz ist.

Meine Damen und Herren, als Ergebnis bleibt für meine Fraktion festzustellen: Erstens, das Behandlungskonzept von 1972/73 ist nach unserer Einschätzung bis auf einen Torso abgemagert!

(Beifall bei der CDU)

Zweitens, die Vorlage neuer Konzeptionen haben Sie in der Deputation vertagt, haben Sie für irgendwann in Aussicht gestellt. Wir haben Sie im Dezember danach gefragt.

Drittens, das Strafvollzugsgesetz kann nach unserer Meinung zur Zeit in Bremen nicht realisiert werden. (C)

Viertens, die angeführten Beispiele beweisen die durch Herrn Senator Kahrs zu verantwortende Fehlentwicklung im bremischen Strafvollzug.

Fünftens, die Beamten in den Anstalten fühlen sich unsicher.

Sechstens, der normale Ablauf in den Anstalten wird durch mehr oder weniger große Skandale erschüttert.

Siebtens, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Bremen wird erschüttert.

Achtens, der Senator für Rechtspflege und Strafvollzug hat versagt. Herr Senator, treten Sie zurück und widmen Sie Ihr Interesse dem Handballsport, da haben Sie vielleicht mehr Erfolg! — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU — Heiterkeit bei der SPD — Senator Kahrs: Schwach, schwach war das, Herr Blöchl!)

Wenn Sie sich so aufregen, dann muß es Sie ja getroffen haben, Herr Senator!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Pöting.

Abg. **Pöting** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit es von vornherein klar ist: Ich spiele nicht Handball, ich habe als junger Mensch einmal Fußball gespielt, aber das hat sicherlich nichts mit meiner Tätigkeit als Sprecher der Deputation zu tun. (D)

Herr Blöchl, Sie haben hier ein Thema angesprochen, was gar nicht hierher gehört, nämlich den Fall „Methylalkohol". Wenn ich das Thema der Aktuellen Stunde richtig gelesen habe, dann heißt es doch „mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen in der Strafanstalt Oslebshausen,

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Sicherheit, eben!)

hier: Ausbruch von Häftlingen". Also hätten Sie sich, wenn Sie sich an die Fragestellung gehalten hätten, nur mit dem Ausbruch der Häftlinge befassen dürfen. Das vorweg!

(Beifall bei der SPD)

Aber trotzdem will ich mich auch mit dem Methylalkohol beschäftigen. Es ist tatsächlich so, daß es in der Druckerei ein Mittel gibt — Scriptomatic —, das zur Reinigung der Druckwalze dient. Dieses Mittel muß laufend vorgehalten werden, damit ein reibungsloser Ablauf der Arbeiten in der Druckerei gewährleistet ist. Da wir es mit erwachsenen Gefangenen zu tun haben — und das ist der Fall in Oslebshausen —, ist es wohl nicht erforderlich, dieses Mittel laufend unter Verschluß zu halten, um so mehr, als die Flasche deutlich gekennzeichnet wurde mit der Aufschrift „Gift" und „Methylalko-

(A) hol", so daß jeder wissen muß, wenn er davon trinkt, kann das tödliche Wirkungen haben.

Dieser bedauerliche Vorfall ist auch eingetreten. Ich muß dem Parlament mitteilen, daß auch ein zweiter Gefangener gestern abend an den Folgen des Trinkens verstorben ist.

Nun zu den Vorfällen, die zu dem Ausbruch der Gefangenen führten! Am 24. Januar 1977 — das hat Herr Blöchl bereits gesagt — sind Gefangene in den Besitz einer Säge oder Feile gekommen. Sie haben damit einen Gitterstab durchgesägt und ihn nach oben verbogen. Da sie von schmaler Statur waren, ist es ihnen gelungen, durch diese verhältnismäßig kleine Öffnung in den Hof der Anstalt zu gelangen.

In der Anstalt ist zur Zeit eine große Baustelle. Man muß sich vorstellen, daß dort das Lazarett umgebaut wird, die Küche wird umgebaut, der Werkhof wird gebaut, ein Teil der Anstaltsmauer wird gebaut, und die halboffene Anstalt wird gebaut. Es ist logisch, daß dort Baugegenstände und Altbaumaterial an einer bestimmten Stelle des Hofs gelagert werden.

Diese Stelle ist allerdings, wie wir uns überzeugen konnten, und das ersehen Sie auch aus den Ausführungen von Herrn Hoffmann, wie wir sie verstanden haben, durch einen Zaun abgesichert. Aus dieser abgesicherten Stelle haben sich die beiden Gefangenen dann zwei Türrahmen besorgt, haben sie an die Mauer gelehnt und sind entkommen.

(B) Ich meine, wenn man eine vollkommene Absicherung oder eine Räumung dieser Baugegenstände durchführen will, ist eine wirtschaftliche Arbeitsweise in der Anstalt nicht möglich. Nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten muß man sich aber auch beim Aufbau einer Anstalt richten.

Nun noch etwas zu dem Ausbruch von Papen! Es war ein spektakulärer Ausbruch, und zwar deshalb, weil Außenstehende hieran beteiligt waren.

(Abg. Stelljes [SPD]: Die Junge Union!)

Meiner Meinung nach ist es so gewesen, daß, durch die Bauarbeiten bedingt, Unbekannte an die Gitterstäbe der Toilette der Sporthalle gekommen sind. Sie haben die Gitterstäbe durchgesägt und mit Isolierband verdeckt, so daß es nach außen nicht sichtbar war. Es muß aber dann eine Abstimmung mit Papen und seinen Komplizen erfolgt sein, denn sonst wäre der Ausbruch nicht gelungen. Innerhalb von drei Minuten ist von dem Aufsichtsbeamten das Fehlen der Gefangenen bemerkt worden. Er hat sofort Alarm geschlagen.

Meine Damen und Herren, es ist eine Binsenwahrheit, wenn ich Ihnen sage, daß es Ausbrüche gibt, solange es Gefangene gibt. Die hat es schon im Mittelalter gegeben, die gibt es auch heute, und die wird es auch in Zukunft geben.

Wir müssen uns auch klarmachen, die Gefangenen in Oslebshausen sind beispielsweise nicht zu vergleichen mit den Gefangenen in Fuhlsbüttel. Fuhlsbüttel muß andere Sicherheitsvorkehrungen treffen (C) als Oslebshausen, weil in Oslebshausen nur Gefangene sind mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren, und schwerwiegendere Vergehen und Verbrechen werden in Fuhlsbüttel gesühnt. Insoweit meine ich, reichen die Sicherheitsvorkehrungen in der Anstalt Oslebshausen aus.

Man muß auch wissen, daß die Behandlung nur Erfolg haben kann, wenn der Gefangene an dieser Behandlung mitarbeiten kann. Das tut er nur dann, wenn ihm möglichst wenig Beschränkungen seiner persönlichen Freiheit auferlegt werden. Die Teilnahme am Sport in einer geschlossenen Halle darf deshalb nur untersagt werden, wenn konkrete Anhaltspunkte für eine Flucht bestehen. Das war bei Papen eben nicht der Fall! Papen hat fleißig gearbeitet während seiner vierjährigen Haft, abgesehen von der Zeit seines Ausbruchs.

(Heiterkeit bei der CDU — Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Er hat sich gut geführt, und er hat sich auch politisch betätigt, meine Damen und Herren — allerdings nicht bei der SPD, sondern im Arbeitskreis der Jungen Union der CDU!

(Heiterkeit bei der SPD)

Die Junge Union hat sogar beim Anstaltsleiter im Oktober 1976 einen Antrag auf Ausgang des Herrn Papen gestellt

(Abg. Stelljes [SPD]: Da hat er auch die Säge her!) (D)

mit der Bitte, ihn an einer Sitzung der Bremischen Bürgerschaft teilnehmen zu lassen, obwohl der Jungen Union bekannt gewesen sein muß, daß Papen ein Ausbrecher ist. Wenn also schon die Junge Union einen guten Eindruck gehabt hatte, dann war es durchaus vertretbar, daß Papen am Sport in einer geschlossenen Halle teilnahm.

(Lachen bei der CDU — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Ganz revolutionäre Leute sind das!)

Nun noch etwas, was Sie vielleicht etwas beruhigt! Die Deputation hat am 11. Februar 1977 einen Beschluß gefaßt, eine geschlossene Station im Haus III für persönlichkeitsgestörte Gefangene einzurichten. Die Einrichtung dieser Station wird sicherlich zu einer Beruhigung unter den Gefangenen in der Anstalt beitragen und auch zu einer Beruhigung der Bediensteten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf erklären, daß die CDU in der Deputation praktisch alle baulichen und personellen Maßnahmen, den modernen Strafvollzug einzuführen, mitgetragen hat, andererseits versucht sie heute — und das hat sie vor einiger Zeit schon einmal getan —, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob die Betreuung der Gefangenen durch die Beamten lasch und lau durchgeführt wird.

(A) Wer Liberalisierung und Resozialisierung will, muß auch ein gewisses Risiko tragen und kann Vorfälle, wie sie hier eingetreten sind, nicht dafür verwenden, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erschüttern, und das wird durch die CDU versucht.

Nun noch eine erfreuliche Mitteilung, meine Damen und Herren! Wir hatten in Oslebshausen in der letzten Zeit 500 Beurlaubungen, davon waren 16 Ausfälle. Von diesen 16 haben sich noch sechs selbst gestellt. Ein erfreuliches Ergebnis nach meiner Meinung!

(Beifall bei der SPD)

Das wird unser Bemühen verstärken, die Liberalisierung und die Humanisierung im Strafvollzug weiter fortzuführen, um eine Resozialisierung der Gefangenen zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Schönfeldt.

Abg. **v. Schönfeldt** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Im Interesse der Sache, im Interesse einer sachgerechten Behandlung des hier in Rede stehenden Themas sollten wir alle möglichst schnell in diesem Haus Zitate wie dieses — ich zitiere den „Weser-Kurier" vom 4. 2. 1977 — vergessen:

„In diesem Zusammenhang üben die Christdemo-
(B) kraten insbesondere Kritik an nahezu unbeschränkten gegenseitigen Besuchsmöglichkeiten der Gefangenen in den Zellen und einer großzügigen Zulassung von Geschenken. Den Häftlingen, so die CDU, werde sogar erlaubt, Laubsägen für Holzarbeiten in die Zellen mitzunehmen."

Meine Damen und Herren, im Interesse der Sache sollten wir diese Zitate und die zum Teil aus Ihren Ausführungen deutlich gewordene Grundeinstellung, Herr Blöchl, schnell vergessen, denn das, was hier in die Öffentlichkeit gebracht wird — nämlich Laubsägen, die von Gefangenen benutzt werden, damit sie Arbeit haben, weil sie nur beschränkt einsatzfähig sind, die nur mit einer Laubsäge ganz primitive Arbeiten durchführen können —, dies in Zusammenhang zu bringen mit dem Ausbruch von Gefangenen mit Eisensägen bei solchen starken Gittern, das ist eine Diffamierung dieser Gefangenen, für die wir die Laubsägearbeiten brauchen.

(Beifall bei FDP und SPD — Vizepräsident Bugla übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, wir sollten auch diese Ausführungen deswegen vergessen, weil sie im Gegensatz stehen zu dem mit Sicherheit guten — das kann ich ohne weiteres sagen, ich habe mich davon überzeugt in vielen Gesprächen auch mit Bediensteten — Aktivitäten und Bemühungen einer ganzen Gruppe von Angehörigen dieser CDU-Fraktion und Angehörigen der Jungen Union in dieser Anstalt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dies (C) alles nur Alibifunktion haben soll, nur Show sein soll, und daß diese Mitglieder der CDU-Fraktion hinter dem stehen, was im „Weser-Kurier" zitiert worden ist und noch viel schlimmer oder ähnlich im „Weser-Report".

Wir haben uns darum zu bemühen, meine Damen und Herren, und das ist doch das eigentliche Problem, den vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Behandlungsvollzug durchzuführen. Es ist nicht der Anstaltsleiter Hoffmann, der die Mauern niederreißen will, sondern es ist der Gesetzgeber. Dieses Gesetz wird von allen im Bundestag vertretenen Parteien im Prinzip getragen. Lediglich hinsichtlich der Finanzierung und der Wirksamkeit einiger Vorschriften gab es Meinungsverschiedenheiten. Alle Parteien stehen hinter diesem Gesetz, alle Parteien wollen den Behandlungsvollzug und wollen nicht zurückkehren zu dem Regelvollzug in Form einer Isolierhaft, in Form eines Verwahrvollzugs. Darüber sollten wir einig sein, und darüber sollten wir auch einig bleiben.

Meine Damen und Herren, ich meine, die hier in Rede stehenden Vorfälle wären durch keine Vollzugsform, es sei denn durch die Isolationshaft, zu verhindern gewesen. Diese vier Ausbrüche sind meines Erachtens Pannen, Betriebsunfälle, die bei einem Vollzug, der nur ein „mini-halboffener" Vollzug ist, nicht zu vermeiden.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Blöchl, meine ich, nach dem klärenden Vortrag des Anstaltsleiters in (D) der Deputation haben sich die Dinge in Verbindung mit einer vorzunehmenden Ortsbesichtigung, was ich auch getan habe, dahingehend geklärt, daß sie nicht zu Lasten einzelner Beamter gehen geschweige denn irgendwie zu verhindern waren.

(Beifall bei FDP und SPD)

Das gleiche, meine Damen und Herren, gilt für den Mißbrauch von Methylalkohol. Wenn Sie einmal sehen, wie da gearbeitet wird, wie oft und in welchen Arbeitsgängen Methylalkohol gebraucht wird, ist nicht zu verhindern, daß dieser Alkohol auch in die Hände der Gefangenen kommt.

Meine Damen und Herren, wer den Behandlungsvollzug will, wer fähig ist einzusehen, daß wir zum Verwahrvollzug als Regelvollzug nicht zurückkehren können, der muß den halboffenen beziehungsweise einmal den offenen Vollzug praktizieren, und der geht dann das Risiko von Pannen und Rückschlägen ein.

Meine Damen und Herren, wenn wir über das Thema „Sicherheit in der Anstalt" reden, dann dürfen wir eines nicht vergessen, und das ist meines Erachtens der Kern des vorliegenden Problems. Er wird umschrieben mit einem Zitat von dem „Gespenst der Angst", das in der Strafanstalt umgeht. Ich möchte dazu einige Worte sagen.

Dieser Begriff ist falsch interpretiert worden. Er ist damit interpretiert worden, daß die Bediensteten

(A) physische Angst hätten vor den Gefangenen, die hinter allen Ecken und Mauern stehen und ihnen womöglich etwas tun. Nein, darum dreht es sich nicht. Das ist nicht die körperliche Angst der Bediensteten, sondern es ist die Sorge der Bediensteten, die Verunsicherung der Bediensteten, was einmal aus diesem Übergang wird.

Was wird in dieser Übergangszeit? Wie — und da spreche ich den Senator an — beantwortet der Senator die entscheidende Frage der Bediensteten, was gedenkt der Senat konkret zu tun, um die anfallenden gesetzlichen Aufgaben im Justizvollzug in Bremen und die Umstellung der Vollzugseinrichtungen im Wege der Reform personell abzusichern? Wir verlangen mit den Bediensteten von diesem Senat nicht Reformeuphorie, sondern wir verlangen von ihm Mut zur Wahrheit, zu Realismus hinsichtlich der vorhandenen und, was noch schlimmer ist, der nicht vorhandenen Mittel.

Ich sage Ihnen ganz eindeutig, meine Damen und Herren, ich habe mich inzwischen davon überzeugt, daß wir das, was sich dieser Senator vorgenommen hat, aus Haushaltsmitteln nicht erstellen können, daß wir die Versprechungen, die Erwartungen, die bei Gefangenen und bei Bediensteten geweckt worden sind, auf lange Sicht nicht erfüllen können. Der Senator ist verpflichtet, aus dem Prinzip der Fürsorgepflicht heraus, sich hinzustellen und den Bediensteten reinen Wein einzuschenken, daß das, was er einmal zugesagt hat, nicht zu halten (B) ist.

Ich kann das auch belegen, meine Damen und Herren! In der Jugendstrafanstalt wird ein Konzept entwickelt, das grünes Licht bekommen hat von diesem Senator. Was ist jetzt die Folge? Die Konzeption wird zurückgepfiffen, muß zurückgepfiffen werden, weil die sogenannten Geschäftsgrundlagen, das heißt, die ursprünglichen Zusagen, nicht mehr eingehalten werden können.

Jetzt kommt die halboffene Anstalt. Wiederum fehlt das Personal. Sie ist aber angeblich konzipiert. Das Personal ist nicht vorhanden. Die halboffene Anstalt wird lange Zeit halb leer stehen. Die Beamten für den Jugendstrafvollzug, Herr Senator, werden lange Zeit auf sich warten lassen, denn sie müssen erst einmal die halboffene Anstalt auffüllen.

Meine Damen und Herren, ich will damit sagen, wir müßten uns mit den eigentlichen Problemen der Strafanstalt befassen, mit den Ursachen für ein tatsächliches Stimmungstief der Beamten. Wir müßten hier einmal intensiv die Frage klären — und wir werden das durch eine Kleine Anfrage zur nächsten Sitzung versuchen zu tun —, wo ist das mittel- und langfristige Konzept dieses Senators. Er hat kein Konzept! Der Vollzugsleiter hat es in der letzten Deputationssitzung bestätigt. Man arbeitet erst daran.

(Beifall bei der FDP)

Herr Pöting, Humanisierung und Liberalisierung, (C) das ist nicht Behandlungsvollzug! Das ist ein Teil des Behandlungsvollzugs. Sie haben gesagt, wir wollen weiterhin die Humanisierung und die Liberalisierung. Was wir Freien Demokraten wollen, ist ein in sich geschlossenes mittelfristiges Behandlungskonzept für die Anstalt Oslebshausen und nicht ein allgemeines Sammelsurium von Begriffen aus dem Vollzugsgesetz. Darauf werden wir beharren, Herr Senator! Aus dieser Verantwortung kommen Sie nicht heraus. Vielleicht kommen dann auch einmal die Mittel, wenn Sie das Konzept vorlegen. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bugla: Das Wort hat Herr Senator Kahrs.

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug Kahrs: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß es sich lohnt, auf die Ausführungen von Herrn Blöchl einzugehen, geschweige denn auf seinen Schlußsatz. So etwas habe ich schon einige Male gehört, Herr Blöchl. Mich kann das nicht erschüttern. Ich kann das auch nicht ernst nehmen.

Ich bedauere nur, daß Sie all die Diskussionen, die wir in der Deputation geführt haben, hier einfach achtlos über Bord werfen und auch Ihre eigene Mitbeteiligung. Ich habe Sie in der Deputation als sehr verantwortungsfreudigen und mitarbeitsfreudigen Mann kennengelernt. Daß Sie von all diesen Dingen nichts mehr wissen wollen, sondern sie (D) einfach schlicht vergessen und hier so tun, als sei im Strafvollzug überhaupt nichts geschehen, verwundert mich.

Ich möchte mich vielmehr den Ausführungen zuwenden, die hier von Herrn von Schönfeldt vorgetragen worden sind. Auch da muß ich zunächst einmal sagen, Herr von Schönfeldt, ich wundere mich, da Sie doch Sprecher des Anstaltsbeirats im Blockland sind, daß Sie hier so frisch und frei einfach erklären können, dieses Konzept sei zurückgepfiffen worden. Ich darf Ihnen sagen — und ich wiederhole das Ihnen gegenüber noch einmal —, nichts dergleichen ist der Fall, sondern das Gegenteil. Sie wissen das auch. Ich wundere mich daher, daß Sie einfach hergehen und in dieser Form diesem Konzept, auf das die Beamten warten, den Boden entziehen.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Fordern!)

Ach, Herr von Groeling-Müller, Sie müssen nicht immer dazwischenrufen! Das bringt doch gar nichts. Sie sollten sich um Bildungspolitik kümmern, das ist für Sie besser!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe vor, in den nächsten Wochen dieses Konzept der Jugendanstalt Blockland, wie sie heute heißt, der Presse vorzustellen. Das Konzept ist fertig. Es umfaßt 90 Seiten, und ich bin fest davon

(A) überzeugt, auch eine Rücksprache mit dem Anstaltsleiter hat das ergeben, daß wir dieses Konzept in diesem Jahr — teilweise ist es, Herr von Schönfeldt, bereits verwirklicht — phasen- und stufenweise verwirklichen werden.

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Kommen die Wohngruppen oder kommen sie nicht?)

Ich bin auch sicher, daß wir nach und nach, noch in diesem Jahr beginnend, das nötige Personal dafür bekommen werden. Ich darf Ihnen sagen — und das gilt auch für Ihre Anfrage, meine Damen und Herren von der CDU —, daß wir für Oslebshausen in den nächsten Jahren weitere Beamte bekommen werden, um den Behandlungsvollzug einzuführen, von dem auch heute wiederum die Rede war, als sei er schon vorhanden.

Herr Blöchl, ich wundere mich, daß Sie immer so tun, als befänden wir uns bereits in einer Phase des Behandlungsvollzugs. Nichts dergleichen ist richtig. Der Behandlungsvollzug, wie Sie wissen, soll erst Anfang der achtziger Jahre eingeführt werden, so daß wir also auch für Oslebshausen in der Lage sind, den Behandlungsvollzug Anfang der achtziger Jahre einzuführen.

Ich habe dazu eine Vorlage im Senat eingebracht, die vorsieht, daß wir für die nächsten Jahre 120 neue Stellen für den Behandlungsvollzug bekommen. Das bedeutet, daß wir auch hier nur stufenweise vorgehen können. Ich kann einem Finanz-
(B) senator und auch unserem Gesamthaushalt nicht zumuten, ein Volumen von vier Millionen DM, das erforderlich wäre für diese Anzahl von Stellen, innerhalb von einem Jahr für die zukünftigen Jahre zur Verfügung zu stellen, sondern wir haben beantragt, stufenweise für 1978 und 1979 je 20 Beamtenstellen uns zu bewilligen, davon je acht schon für den halboffenen Vollzug, den wir zur Zeit gebäudemäßig errichten.

Ich bin aber gern bereit, Ihre angekündigte Kleine Anfrage, Herr von Schönfeldt, hier zu beantworten. Ich möchte Sie nur bitten, auch zukünftig wie im ersten Teil Ihrer Rede zu verfahren und nicht das wieder in Frage zu stellen, was Sie selbst mit aufgebaut haben und wofür ich Ihnen dankbar bin, indem Sie das Konzept im Blockland immer positiv begleitet haben.

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Kommen die Wohngruppen oder kommen sie nicht?)

Natürlich, sie kommen!

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Wann?)

Fragen Sie Herrn Isola! Sie werden ja Ihre Anfrage stellen, und wir werden im März eine Pressekonferenz veranstalten, da werden Sie es konkret erfahren. Ich möchte dem nicht vorgreifen.

(Abg. Lahmann [FDP]: Wie geheimnisvoll!)

Nein, nein, überhaupt nicht geheimnisvoll, Herr (C)
Lahmann! Das liegt mir nicht!

Ich möchte zur Frage der Sicherheit folgendes ausführen: Die bremischen Vollzugsanstalten sind prinzipiell genauso sicher wie die bremischen Vollzugsanstalten vor zehn, zwanzig oder dreißig Jahren.

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

Jawohl, Herr Klein, hören Sie genau zu! Ausbrüche oder Entweichungen hat es zu jeder Zeit gegeben. Darauf hat mein Kollege Pöting schon hingewiesen. Ich bin sogar der Meinung, daß in Zeiten harten Vollzugs die Ausbrüche häufiger waren, weil die Menschen in viel härteren Aggressionszuständen sich befunden haben, viel mehr darauf aus waren, ihre Freiheit wiederzugewinnen, als das heute der Fall ist, wo wir über einen liberalisierten, humanen Strafvollzug in der Lage sind, diese Aggressionen, die sich in Zeiten des Anstaltsaufenthalts aufbauen, auch wieder zu verringern.

Ich meine daher sagen zu können, daß die Sicherheit in den bremischen Anstalten nach wie vor genauso zu beurteilen ist wie vor zehn, zwanzig oder dreißig Jahren. Um es naiv oder formal zu sagen, plastisch zu sagen: Die Mauern sind die gleichen geblieben, Herr Klein, über die auch diese Gefangenen entwichen sind. Die Gitter sind die gleichen geblieben, die durchgesägt worden sind, wie vor zwanzig, dreißig, vierzig Jahren, und die Beamten sind sicherlich nicht weniger wachsam als
diejenigen, die vor dreißig, vierzig Jahren im bre- (D)
mischen Strafvollzug tätig gewesen sind.

(Abg. John [FDP]: Dieselben!)

Sie werden sicherlich gleich dazu noch etwas sagen.

Wir sind, meine Damen und Herren, im Zugzwang gegenüber dem Strafvollzugsgesetz. Hier liegt ein Auftrag des Gesetzgebers vor, das Leben innerhalb der Anstalten möglichst dem Leben außerhalb der Anstalten anzupassen. Das bedeutet, daß wir alles unternehmen müssen, um innerhalb der Anstalten ein Klima zu schaffen, das es den Gefangenen ermöglicht, sich in eigener Verantwortung auf ein Leben in Freiheit vorzubereiten.

Das ist das, was hinter den Ausführungen von Herrn Hoffmann steht. Diese etwas aus dem Zusammenhang gerissenen und verdrehten Ausführungen von Herrn Blöchl zu diesem Punkt, daß in Oslebshausen die Mauern abgerissen werden sollten, damit wir eine offene Anstalt dort hätten, sind völlig unsinnig. Wir bauen eine halboffene beziehungsweise offene Anstalt, aber Oslebshausen wird eine geschlossene Anstalt bleiben.

Ich möchte noch auf ein Thema eingehen, das auch von Herrn Blöchl schon angesprochen worden ist und auch von Herrn von Schönfeldt unter Bezugnahme auf Äußerungen des Personalratsvorsitzenden in der Personalversammlung. Der Personalratsvorsitzende hat davon gesprochen, daß in Oslebshausen die Angst umginge. Er hat das allerdings —

(A) und darüber haben wir längere Zeit gesprochen, ich darf das in seinem Einvernehmen auch hier mit vortragen — nicht so gemeint, daß alle Beamten Angst hätten vor diesem Vollzug. Nichts dergleichen wäre richtig, im Gegenteil, 90 Prozent aller Bediensteten — das hat der Personalrat mir versichert — tragen diese Konzeption mit.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Der Personalratsvorsitzende wollte damit lediglich zum Ausdruck bringen, daß sie in Sorge sind — und das ist auch schon gesagt worden —, ob es gelingt, die sich abends in Oslebshausen unter Ausschluß befindlichen Gefangenen noch besser unter Kontrolle zu halten. Er hat darauf hinwirken wollen, daß die Politiker, die anwesend waren bei dieser Personalversammlung, diesen Gesichtspunkt aufnehmen und zu einer Verbesserung der Relation Gefangene/Beamte beitragen und auch darauf hinwirken, daß diese Relation sich über neue Stellen verbessert.

Ich glaube, daß, wenn die Dinge so gesehen werden, wir feststellen müssen, daß die sehr düster gemalten Bilder von Herrn Blöchl einfach nicht zutreffend sind. Wir werden aber gleichwohl der Frage der Sicherheit eine mindestens ebenso hohe Priorität einräumen wie der Frage der Humanisierung des Strafvollzugs. Sicherheit genießt bei uns absolute Priorität allein deswegen, weil wir nur im (B) Rahmen der sicheren Umgebung innerhalb der Anstalt auch einen humanisierten, resozialisierten Strafvollzug durchführen können.

Wir werden deshalb in Oslebshausen zum 1. Juli dieses Jahres stufenweise den Dreischichtendienst einführen, der es uns ermöglicht, daß die Gefangenen bis 21.30 Uhr in den Häusern ausgeschlossen bleiben und betreut werden von den Beamten. Wir werden darüber hinaus — auch das ist schon angesprochen worden — dafür Sorge tragen, daß innerhalb der Anstalt Oslebshausen ein festes Haus gebaut wird, in das diejenigen Gefangenen kommen, die als sehr fluchtverdächtig gelten und diejenigen Gefangenen, die den ganzen Ablauf der Anstalt in erheblichem Maß stören.

Ich möchte abschließend sagen, meine Damen und Herren: Es hat wenig Sinn — nach meiner Einschätzung —, diese Ereignisse, seien sie nun durch Methylalkohol ausgelöst oder durch Flucht, die möglicherweise spektakulär sein können, sensationell aufzumachen, weil wir damit der Sache nicht dienen, die Beamten verunsichern und letztendlich auch dem Auftrag des Strafvollzugsgesetzes nicht Rechnung tragen können. Wenn wir diese Vorfälle als Treibsätze für politische Anträge und Maßnahmen behandeln, dann werden wir im Sinne des Strafvollzugsgesetzes jedenfalls keine Fortschritte erzielen können. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein. Bis zu fünf Minuten! (C)

(Abg. Klein [CDU]: Ohne Berücksichtigung des Kontos, das ich noch gut habe?)

Nein, es ist abgestellt auf fünf Minuten für den zweiten Redner einer Fraktion! — Bitte sehr!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Senator Kahrs, ich muß Ihnen den Vorwurf machen, daß Sie die wahren Zustände in der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen vernebeln.

(Widerspruch bei der SPD)

Herr Senator, wir waren gemeinsam Gast der Personalversammlung der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen Ende vergangenen Jahres.

(Senator Kahrs: Was ich angesprochen habe!)

Dort haben wir zur Kenntnis nehmen müssen den Vorwurf des Vorsitzenden des Personalrats, Herrn Seifert, an Ihre Adresse gerichtet, nach einem engagierten Referat betreffend die Zustände in der Anstalt: „Herr Senator, unter den Beamten der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen geht das Gespenst der Angst um!"

(Senator Kahrs: Das hatte ich an den Anfang gestellt, Herr Klein!) (D)

Sie haben, Herr Senator, dazu geschwiegen. Ich habe erwartet, daß Sie sofort dazu und zu den tatsächlichen Begründungen dieser erschreckenden Aussage Stellung nehmen würden. Sie haben — und ich selbst bin Augen- und Ohrenzeuge — verlegen lächelnd kein Wort in dieser gut besuchten Personalversammlung in der Kirche in Oslebshausen gesagt, und hier stellen Sie sich hin, der Öffentlichkeit gegenüber, diesem Hause gegenüber, als sei in der Anstalt alles in Ordnung! Herr Senator, das ist nicht redlich und wird Ihrer Verantwortung nicht gerecht!

(Beifall bei der CDU)

Ich will aus Zeitgründen nur ein wesentliches Element dieses Vortrags des Personalrats — es war nicht nur die Meinung des Vorsitzenden, sondern es war die des gesamten Personalrats, demokratisch erarbeitet — herausgreifen bezüglich der Sicherheitsvorkehrungen innerhalb der Anstalt, aber eines, das ein Schlaglicht auf die Situation wirft:

Sie erlauben es, Sie veranlassen es sogar, daß abends die Gefangenen nicht unter Verschluß kommen. Sie sorgen aber nicht dafür, daß abends ein hinreichendes Betreuungsangebot seitens der Justizbeamtenschaft vorhanden ist, und Sie sorgen noch nicht einmal dafür, daß eine entsprechend sichere Bewachung qualitativ und quantitativ personell sichergestellt wird.

(A) Die Beamten haben Ihnen den Vorwurf gemacht, daß die Gefangenen sich frei innerhalb der verschlossenen Häuser, innerhalb der Blöcke abends bewegen und daß sie, die Beamten, vor den Gefangenen und ihrer Kommunikation in den Zellen Angst hätten, weil sie nur zu zehn Mann seien. Das ist die Zahl einer Bewachungsmannschaft, die einmal üblich gewesen und ausreichend war, als die Gefangenen unter Verschluß kamen.

Es ist einfach unrichtig, hier zu sagen, erst wenn die dritte Schicht eingeführt würde, dann würden die Gefangenen abends nicht unter Verschluß gebracht. Sie befinden sich bereits jetzt abends außerhalb des Verschlusses, und die entsprechenden Personalvorkehrungen für eine solche Liberalisierungsmaßnahme sind von Ihnen nicht getroffen worden, sind nicht sichergestellt worden, so daß eine solche Scheinreform auf die Knochen der Bediensteten geht, und das ist etwas, was wir mit Fug und Recht ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Daß natürlich, Herr Senator, bei einem solchen Zustand innerhalb der Anstalt, wo noch nicht einmal die wenigen Störer einer besonderen Vollzugsmaßnahme unterworfen werden, wie es das Strafvollzugsgesetz des Bundes vorschreibt,

(Abg. Pöting [SPD]: Das haben wir doch in der Deputation besprochen!)

(B) die Ausübung der Dienstaufsicht außerordentlich erschwert ist, müßte Ihnen doch einleuchten. Der enge Kontakt mit der Beamtenschaft ist doch da. Was halten Sie denn davon, daß noch nicht einmal sichergestellt ist die Visitation, die Revision der Zellen? Wie wollen Sie verhindern, daß in einer Zelle giftiges Gebräu hergestellt wird, und die Beamten erklären Ihnen — und das haben sie Ihnen erklärt, Herr Senator —, daß sie noch nicht einmal die Zellen visitieren, daß sie sich auch nicht trauen, die Zellen zu visitieren?

(Senator Kahrs: Die Zellen werden visitiert!)

Das sind doch Zustände, die Sie sofort beheben müssen. Daß Sie nicht die Kraft und die Möglichkeit dazu haben, ist mir persönlich schlagartig klar geworden, als ich neben Ihnen saß in dieser Personalversammlung. Herr Senator, wenn der oberste Dienstherr dieser Justizbeamten in dieser Weise mit einem Gespenst der Angst konfrontiert wird, hat er die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, aufzustehen und mit seinen Beamten zu sprechen und die Dinge zu klären, denn er muß wissen, wenn er das nicht tut, dann kann auch nicht der kleinste Reformfortschritt erzielt werden,

(Beifall bei der CDU)

sondern alles, was da an Liberalisierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht wird, ist ein Schritt nach hinten zu Lasten der Gefangenen, zu Lasten der Beamten und auch zu Lasten der Öffentlichkeit. (C)

Abschließend, Herr Senator: Wir brauchen uns nicht über Resozialisierung hier zu streiten, wir stehen zur Resozialisierung, das haben wir auch in der Deputation bewiesen. Wir tragen auch das Bundesgesetz mit, aber, meine Damen und Herren, in diesem Exemplar der Schrift des Bundesministers der Justiz heißt es: „Der neue Strafvollzug, Resozialisierung Straffälliger, mehr Sicherheit für alle!" Im Text heißt es in einer Überschrift: „Der Vollzug so offen wie möglich, so sicher wie nötig."

Resozialisierung ohne Sicherheit geht nicht, und diese Sicherheitskomponente haben Sie gründlich vernachlässigt. Ich erwarte jetzt von Ihnen, daß Sie die nötigen Voraussetzungen mit Hilfe dieses Hauses erfüllen, damit endlich diese Vernebelungsmanöver, die Sie sich hier leisten, nicht mehr nötig werden für den Senat. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Schönfeldt.

Abg. **v. Schönfeldt** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Senator Kahrs, Sie haben mich veranlaßt, noch einmal ein offenbares Mißverständnis zwischen uns aufzuklären.

Es geht mir darum sicherzustellen, daß die für Beginn des Jahres 1977 ins Auge gefaßten Maßnahmen im Jugendvollzug, basierend auf einem sicherlich guten und von uns immer wieder geforderten Konzept, auch eingehalten werden können. Wenn das nicht der Fall ist, dann möchte ich Sie inständig bitten, rechtzeitig, möglichst sofort, ganz genau zu sagen, zu welchem Zeitpunkt, unter welchen Voraussetzungen der Vollzugsleiter seine Beamten bekommt, um das durchführen zu können, was er jetzt womöglich gutgläubig den Beamten noch verspricht, sie motiviert, um nachher mit leeren Händen vor ihnen zu sitzen. (D)

Wenn Sie sich darüber wundern, daß ich mich für den Jugendvollzug so engagiere, dann ist das der Grundunterschied zwischen unseren beiden Konzeptionen, was Justizpolitik anbelangt. Ich vertrete hier die Meinung — und ich wiederhole das —, wir sind verpflichtet, die Frage zu prüfen, ob wir nicht mehr Sozialisation, das heißt vorbeugende Einrichtungen, im Auge haben sollten, hier die Prioritäten setzen sollten im Verhältnis zur „Re-"Sozialisation. Wenn wir beides nicht schaffen, dann fordere ich von Ihnen eine Justizpolitik, die diesem Prioritätsgedanken Rechnung trägt, nämlich dem Sozialisationsgedanken im vorbeugenden Bereich, in der Jugendstrafanstalt den Vorrang gibt.

(Beifall bei der FDP)

Nun noch ein Wort, meine Damen und Herren, zu den Problemen, die die Beamten bewegen! Las-

(A) sen Sie mich ganz kurz noch einmal eben auflisten, worum es bei diesem Gespenst der Angst geht. Es geht dabei um das Problem, wie eine Vollzugsleitung, ein verantwortlicher Senator, eine nicht vorhandene beziehungsweise in irgendwelchen anderen Köpfen existierende Konzeption den Beamten vertraut macht, wann er damit beginnt, sie ihnen vertraut zu machen, wann er dafür sorgt, daß die Beamten bei Beginn dieser Konzeption auch soweit motiviert und informiert sind, daß diese Konzeption tragen kann. Dies geschieht nicht!

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Hört, hört!)

Zweiter Punkt! Es ergeben sich eine Menge von Kooperations- und Koordinationsproblemen in dieser Anstalt, die einfach gesehen werden müssen, einmal zwischen den Gruppen, zum anderen gibt es aber auch Koordinations- und Kooperationsschwierigkeiten zwischen Staatsanwaltschaft auf der einen und Oslebshausen auf der anderen Seite. Warum? Weil die Kriterien für Besuchs- und Urlaubsregelungen zum Beispiel, meine Damen und Herren, in der Anstalt andere sind, als sie die Staatsanwaltschaft anwendet. Die Staatsanwaltschaft bittet händeringend darum: Sagt uns doch einmal eure Kriterien in der Anstalt, dann könnten wir kooperieren. Da geschieht nichts!

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Hört, hört!)

(B) Drittens: Es geht darum, eine Entscheidung zu fällen und für Ordnung zu sorgen, wer an ehrenamtlichen Gruppen, wer an Politgruppen freien Eingang in diese Anstalt hat. Es ist unzumutbar für die Beamten im Laufe der Zeit, zwischen der Fülle von Einzelgruppen sicherlich idealistisch gut motivierter, aber zunächst völlig untauglicher, pädagogisch überforderter Menschen zu stehen, mit denen sich auseinandersetzen zu müssen, um dann bei den Gefangenen das wieder gutzumachen, was diese gutgläubigen Menschen angerichtet haben.

Hier muß eine Konzeption her. Wir können die Gefangenen diesen Idealisten nicht weiter ausliefern, und wir können nicht Idealisten verschleißen, die dann in der Anstalt nichts leisten können.

Meine Damen und Herren, das sind auch Probleme der Sicherheit, das ist nämlich eine Frage des Behandlungsklimas in dieser Anstalt, das ist eine Frage der Motivation der Beamten. Dies fehlt alles. Es fehlt ein psychologischer Dienst, es fehlen weiterhin Fortbildungsmöglichkeiten.

Meine Damen und Herren, ein ganz wichtiger Punkt, und hierzu muß der Senator sich auch einmal eines Tages erklären: Es geht um die Frage der Differenzierung in dieser Anstalt. Wir stehen vor dem Problem, daß wir im Strafvollzug, auch im modernen Behandlungsvollzug, eine große Anzahl nicht Resozialisierungsfähiger beziehungsweise nicht Resozialisierungswilliger haben. Es ist ein Unding zu glauben, mit den bescheidenen Mitteln, die wir haben, könnten wir allen gerecht werden, sondern wir müssen dann dazu übergehen, nach einer sorgfältigen Eingangs- und Beobachtungsphase unter Berücksichtigung des gesamten Persönlichkeitsbildes und so weiter eine Differenzierung vorzunehmen, damit die Arbeit und die Mühen der Bediensteten bei denen, die willig und motiviert sind, nicht verpuffen, weil eine Vielzahl von anderen beiseite stehen und dies blockieren. (C)

Ich will nicht, meine Damen und Herren, für die anderen keine Behandlung, nur, ich will differenzieren und will bei den schwer zu Resozialisierenden eine differenzierte, gezielte, konzentrierte Behandlung und will auf der anderen Seite für die, die sonst nur durch die anderen „verdorben" werden, die Vielzahl der durch das Strafvollzugsgesetz gegebenen Behandlungsmöglichkeiten.

Dies müßte in Oslebshausen erreichbar sein. Dieser Senator schafft es nur leider nicht. Das bedauern wir sehr, Herr Senator Kahrs!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Senft. Weitere Abgeordnete können sich nach der Geschäftsordnung nicht mehr zu Wort melden.

Abg. **Senft** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zum ersten Punkt Stellung nehmen, und zwar ist dem Senator ein fehlendes Konzept vorgeworfen worden. (D)

Ich muß Ihnen sagen, in der Deputation ist das Behandlungskonzept erarbeitet worden mit dem Ziel, 1980 oder 1981 mit der Einführung des Behandlungsvollzugs zu beginnen. Auf dem Weg dorthin werden wir Schwierigkeiten haben, erst einmal Vorleistungen zu erbringen. Wir müssen — und das ist ein Problem, das alle Fraktionen angeht — auf 1981 gerichtet die Haushaltsansätze so anbringen, daß wir dieses Konzept durchführen können. Daneben wird eine Reihe anderer Konzepte erarbeitet, die auch vorgelegt werden, wenn die Arbeitsgruppen fertig sind. So ist es uns in der Deputation zugesichert worden.

Zum anderen kann man nicht sagen, daß es überhaupt kein Konzept gibt. Es gibt ein hinreichendes Bildungsprogramm in der Strafanstalt. Wenn Sie sich dieses Buch einmal ansehen, dann werden Sie genau sehen, welches Bildungsprogramm in der Strafanstalt Oslebshausen angeboten wird. Da können Sie nicht sagen, daß diese Bildungsprogramme überhaupt keine Bedeutung haben.

Ein Drittes zu diesem ersten Punkt: Herr Blöchl, Sie haben gesagt, es gibt keine genügenden Sicherheitsvorkehrungen in der Anstalt. Ich frage Sie, wie soll nach Ihrer Konzeption eine Anstalt aussehen, in der überhaupt keine Fluchtmöglichkeiten bestehen? Sollen wieder die Gefangenen eingeschlossen werden von morgens bis abends? Sollen

(A) ihnen möglicherweise Ketten angelegt werden, oder sollen wir zum Tütenkleben zurückkommen?

Sie müssen sich einmal dazu äußern, wie wir Resozialisierungsmaßnahmen im Strafvollzug durchführen, wenn wir ordentliche Arbeitsplätze haben sollen, wo wir natürlich zu einer freien Durchführung des Vollzuges kommen, wo man eben am Arbeitsplatz nicht die Leute anketten kann, wenn sie an einer ordentlichen Beschäftigung interessiert sind.

Wir sind dafür, daß jeder Strafgefangene in den Vollzugsanstalten dazu gebracht wird, entweder einen Hauptschulabschluß oder eine Berufsausbildung nachzuholen. Das ist eine Mindestanforderung, die noch nicht einmal etwas mit dem Behandlungskonzept zu tun hat.

Ein Weiteres! Es ist hier angesprochen worden, daß der Personalrat vom Gespenst der Angst gesprochen habe. Wir haben in einem weiteren Dienstgespräch gehört, daß — und das ist auch unwidersprochen so vom Kollegen Dr. Monnerjahn gesagt worden — der Personalratsvorsitzende sehr wohl als ein sehr versierter und engagierter Vertreter einer Gruppe, nämlich des Personals in der Anstalt, seiner Sorge darüber Ausdruck gegeben hat, daß bestimmte Maßnahmen im Vollzug noch nicht durchgeführt werden können, wenn nicht ausreichend Personal vorhanden ist, eine Tatsache, die uns als Fraktion bekannt ist und auf die wir nicht häufig genug hingewiesen werden können, das ist auch meine Auffassung. Diese Auffassung hat auch der (B) Personalratsvorsitzende vertreten.

Noch ein Punkt, und damit möchte ich zum Schluß kommen! Bei demselben Dienstgespräch ist der Besorgnis Ausdruck verliehen worden, daß unmittelbar nach dem Bericht, nach dem ersten Gespräch, das der Anstaltsbeirat in Oslebshausen mit Beamten geführt hat, sofort ein Artikel im „Weser-Report" erschienen ist. Es ist versichert worden, daß aus dem Anstaltsbeirat diese Informationen nicht weitergegeben worden sind.

Ich habe mich nun in meiner Eigenschaft als Deputierter um diesen Fall genauer gekümmert. Nicht nur, daß ich mir eine nochmalige Kenntnis des Ortes, wo diese Ausbrüche passiert sind, verschafft habe, ich habe mir auch einmal angesehen, wie die Informationsstränge laufen.

Es gibt einen Vermerk im Hause des Senators für Rechtspflege und Strafvollzug — und dieser ist mir zugänglich gemäß Paragraph 16 des Deputationsgesetzes —, daß ein Journalist, der eben für diese Zeitung arbeitet, Informationen aus dem Anstaltsbeirat bekommen hat.

Das ist natürlich wieder bedenklich. Wir kommen wieder an einen Punkt, wo Informationen aus den Anstaltsbeiräten verwendet werden, um politische Süppchen zu kochen. Das schafft eine Unruhe, womit wir sicherlich nicht den Beamten die Sicherheit vermitteln können, die sie brauchen, um sinnvoll und ordentlich ihre Arbeit zu erledigen.

Wenn wir sie selbst noch in den Zwang bringen, (C) daß sie vielleicht zwischen den politischen Gruppen zermahlen werden, dann nützen die besten Sicherheitskonzepte nichts, sondern dann geben wir ihnen politisch nicht die nötige Ruhe, die sie brauchen, um arbeiten zu können. Das ist für mich eine Erfahrung, die sehr schmerzlich ist und die wahrscheinlich auch Auswirkungen haben wird auf die weitere Arbeit in den Anstaltsbeiräten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Gesetz zur Regelung der Zulassungsbeschränkung zum Vorbereitungsdienst im Lande Bremen und über die Begrenzung der Mittel für die einstufige Juristenausbildung nach dem Bremischen Juristenausbildungsgesetz

(Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetz)

Mitteilung des Senats vom 24. Januar 1977
(Drucksache 9/405)
1. Lesung
2. Lesung

Wir verbinden hiermit:

(D)

Gesetz zur Regelung der Zulassungsbeschränkung zum Vorbereitungsdienst im Lande Bremen und über die Begrenzung der Mittel für die einstufige Juristenausbildung nach dem Bremischen Juristenausbildungsgesetz

(Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetz)

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Februar 1977
(Drucksache 9/425)

Die dringliche Behandlung des Antrags Drucksache 9/425 hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn der Sitzung beschlossen.

Der Senat läßt der Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf eines Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes mit der Bitte um Beschlußfassung und um dringliche Behandlung gemäß Artikel 99 der Landesverfassung zugehen und gibt dazu die in der Mitteilung enthaltene Begründung.

Die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften im Land Bremen und der zuständigen Vereinigungen der Richter im Land Bremen sind nach Paragraph 97 des Bremischen Beamtengesetzes beziehungsweise Paragraph 39 des Bremischen Richtergesetzes beteiligt worden.

Die Deputation für Bildung und die Deputation für Rechtspflege und Strafvollzug haben dem Gesetzentwurf in ihren Sitzungen am 13. Januar 1977 und die Deputation für öffentliches Dienstrecht hat

(A) dem Entwurf in ihrer Sitzung am 18. Januar 1977 zugestimmt.

Das Gesetz verursacht keine Kosten.

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachen-Nummer 9/425 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Immermann, Neumann und Fraktion der CDU. Er liegt den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, bei der endgültigen Formulierung des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Februar 1977 (Az.: 1 BvF 1/76 u. a.) hinsichtlich der Zulässigkeit von Wartelisten zu berücksichtigen.

2. Der Senat wird aufgefordert, bei der Neuformulierung des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes folgendes einzubeziehen:

2.1 Referendare für das Lehramt an öffentlichen Schulen dürfen keine eigenverantwortliche Planung und Durchführung selbständiger Unterrichtstätigkeit an Schulen vornehmen.

2.2 Die Vorgaben für die Berechnung der Kapazitäten für die Ausbildung von Gerichtsreferendaren und Rechtspraktikanten sind mit Rücksicht auf Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG und Art. 124 LV im Gesetz zu verankern.

2.3 Im Gesetz ist festzulegen, daß die Zahl der Ausbildungsplätze für Gerichtsreferendare nicht niedriger sein darf als die Zahl der Ausbildungsplätze für Rechtspraktikanten.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete von Hassel.

(B)

Abg. **v. Hassel** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese an sich schon diffizile Materie hat sich durch aktuelle Ereignisse zusätzlich verkompliziert. Da ist zunächst der Umstand, daß durch Verwaltungsgerichtsentscheidungen und einstweilige Verfügungen inzwischen, glaube ich, 26 — die Zahl ändert sich beinahe täglich — zusätzliche Referendare in das Wissenschaftliche Institut hineingesetzt worden sind. Dadurch werden, wenn das so weitergeht, natürlich dieses Institut und die Schule außerordentlich belastet. Dieser Umstand hat für uns einen sehr hohen Stellenwert.

Zusätzlich hat es in den letzten Tagen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegeben. Das betrifft Sie, wie ich aus dem Gespräch weiß, Herr Neumann, in erster Linie aus verfassungsrechtlichen Überlegungen. Das ist auch der Hintergrund für Ihren Antrag.

Drittens hat Herr Lahmann mit der FDP-Fraktion — auch Ergebnis eines Gespräches — mehr inhaltliche Bedenken, und wir haben Ihnen bereits zur Kenntnis gegeben, daß wir an sich eine Reihe von Änderungsanträgen noch erarbeitet hätten, die wir bisher nicht vorgelegt haben, weil wir das Verfahren wegen der Eilbedürftigkeit heute damit nicht belasten wollten.

Das alles miteinander ist so schwierig, daß — vor allen Dingen auch nach diesen Informationen aus Ihren Reihen — wir das dringende Bedürfnis haben, kurzfristig über diese Angelegenheit, das miteinander abwägend, noch einmal zu bereden. (C)

Ich beantrage deswegen jetzt Unterbrechung der Sitzung, damit wir zu einer Fraktionssitzung zusammenkommen können, um diesen Gegenstand noch einmal zu erörtern.

Präsident Dr. Klink: Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Dr. Illigner.

Abg. **Dr. Illigner** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind selbstverständlich mit der Unterbrechung einverstanden, aber ich bitte doch darum, daß wir die Änderungsvorschläge, die wir jetzt in der Pause beraten sollen, auch bekommen.

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor.

Es ist beantragt worden, die Sitzung jetzt zu unterbrechen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Wir kommen wieder zusammen um 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.40 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.35 Uhr.

(D)

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich hatte den Tagesordnungspunkt 3 aufgerufen „Gesetz zur Regelung der Zulassungsbeschränkung zum Vorbereitungsdienst im Lande Bremen und über die Begrenzung der Mittel für die einstufige Juristenausbildung". Die SPD-Fraktion hatte Unterbrechung der Beratung beantragt.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete von Hassel.

Abg. **v. Hassel** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat sich eben anderthalb Stunden lang mit diesem Gegenstand noch einmal beschäftigt und in dem Zusammenhang auch eine Reihe von Änderungsanträgen, die sich auf den Inhalt beziehen, gleichzeitig mit erarbeitet und beschlossen.

Um nun nach einer ersten losen Absprache auch den Kollegen von der Opposition Gelegenheit zu geben, diese Änderungsanträge kennenzulernen und zu prüfen, beantrage ich für die SPD-Fraktion, diesen Punkt in der Tagesordnung so zu verschieben, daß wir morgen früh um 10.15 Uhr damit fortfahren, um dann vorher noch einmal miteinander reden zu können, wie die Behandlung dieser Anträge durchgeführt werden kann.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter von Hassel, ist es ein Vertagungsantrag gemäß Paragraph 39 unserer Geschäftsordnung?

(A) Abg. **v. Hassel** (SPD): Ich kenne den Paragraphen zwar nicht auswendig, aber so ist es gemeint!

Präsident Dr. Klink: Es ist also ein Vertagungsantrag auf morgen, 10.15 Uhr. Wenn ein solcher Antrag gestellt wird, können zwei Redner dafür und zwei dagegen sprechen, dann kommt es zur Abstimmung.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Lage ist mißlich, ich will aber nicht erörtern, wodurch wir in diese Lage gekommen sind. Die Situation ist auch schwierig, auch der Sache wegen.

Die FDP-Fraktion ist bereit, wegen der Bedeutung der Sache sich die Änderungsanträge, die die SPD-Fraktion angekündigt hat — sie liegen uns noch nicht vor —, anzusehen in höchstmöglicher Eile, ohne daß wir dabei allerdings die Sorgfalt hintansetzen wollen. Wir werden uns also die größte Mühe geben, sobald die Anträge vorliegen, uns mit ihnen zu befassen, noch heute, und sind infolgedessen unpräjudiziell bereit, dieser Vertagung zuzustimmen mit der Maßgabe, daß die Beratung dieses Punkts morgen ab 10.15 Uhr vorgesehen wird.

Ob wir morgen in der Sache über Ihre Änderungsanträge entscheiden können, die wir noch nicht kennen, das können wir naturgemäß im Augenblick (B) noch nicht sagen, so daß Sie uns morgen früh kurz vor 10.15 Uhr noch einmal fragen sollten, ob wir in der Sache beraten können. Wir wollen jedenfalls den ernsthaften Versuch unternehmen, bitten aber, falls die Beratung nicht abzuschließen ist, dann auch um Verständnis, wenn wir morgen früh sagen, es hat wegen der zeitlichen Kürze, die wir nicht zu vertreten haben, nicht ganz gereicht. Aber den Versuch wollen wir unternehmen. Insofern sind wir mit dieser Modifizierung einverstanden mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter von Hassel, habe ich es richtig verstanden, daß gleichzeitig mit diesem Geschäftsordnungsantrag eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht worden sind von der SPD-Fraktion?

(Abg. v. Hassel [SPD]: Die sind auf dem Weg, Herr Präsident!)

Die würden also jetzt ebenfalls eingebracht und dann an die Fraktionen verteilt werden.

Als nächster hat zur Geschäftsordnung das Wort der Abgeordnete Dr. Cassens.

Abg. **Dr. Cassens** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich davon ausgehe, daß es sich bei dem Gesetz zur Regelung der Zulassungsbeschränkung um ein wichtiges Gesetz handelt, dann werden Sie mir zubilligen, daß unsere Forderung nach einer vernünftigen, sachgerechten und auch sehr sorgfältigen Beratung unerläßlich ist und von (C) niemandem bezweifelt werden kann, zumal eine Reihe von Klagen ohnehin schon anhängig ist. Ich sehe auch sehr wohl Ihre Bedrängnis, Ihr Dilemma, daß Sie möglichst schnell diese Gesetzesmaterie erledigen wollen.

Auf der anderen Seite steht natürlich das vernünftige und sachgerechte Interesse dieses Hauses, ein so wichtiges Gesetz nicht übers Knie zu brechen, sondern allen Verantwortlichen, allen Fachleuten in diesem Hause auch eine vernünftige Gelegenheit zu geben, diese Materie sorgfältig zu beraten.

Wir kennen die Anträge im Augenblick noch nicht, wir können daher gar nicht sagen, welche Anträge überhaupt zur Diskussion gestellt werden. Wir sehen uns außerstande, Ihnen jetzt vorab zu versprechen, daß wir in der Lage sein werden, in eine sachliche Beratung einzutreten. Das kann gar nicht sein. Wenn Sie die Beratung auf morgen vertagen wollen, dann können wir das nur zur Kenntnis nehmen.

Im Namen meiner Fraktion will ich deutlich machen, dieses Gesetz halten wir in Ihrem eigenen Interesse und auch mit Rücksicht auf die Betroffenen für so wichtig, daß wir die Sache nicht in einem Hauruckverfahren über die Bühne ziehen, sondern vernünftig, sachlich Punkt für Punkt erörtern. Eine derartige sorgfältige Beratung ist jedenfalls aufgrund des Vorhabens, Herr von Hassel, das Sie uns zumuten, nicht möglich. Von daher können wir die (D) Vertagung nur zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Vertagungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Vertagung zu, und zwar mit der Maßgabe, daß morgen um 10.15 Uhr dieser Punkt zur Beratung gestellt wird.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Zivilprozeßordnung, der Konkursordnung und des Zwangsversteigerungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 13. Dezember 1976

(Drucksache 9/383)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Gesetz in ihrer Sitzung am 19. Januar 1977 in erster Lesung beschlossen.

(A) Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Zivilprozeßordnung, der Konkursordnung und des Zwangsversteigerungsgesetzes in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Gesetz über den Wegfall von Genehmigungen und Zustimmungen nach dem Bundesbaugesetz

Mitteilung des Senats vom 31. Januar 1977
(Drucksache 9/407)
1. Lesung

Der Senat läßt der Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf eines Gesetzes über den Wegfall von Genehmigungen und Zustimmungen nach dem Bundesbaugesetz zugehen und gibt dazu die in der Mitteilung enthaltene Begründung.

Die Deputation für Bau und Raumordnung hat dem Gesetzentwurf in ihrer Sitzung am 13. Januar 1977 zugestimmt.

Wir kommen zur ersten Lesung.

(B) Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über den Wegfall von Genehmigungen und Zustimmungen nach dem Bundesbaugesetz in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 21 vom 10. Januar 1977

(Drucksache 9/396)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 22 vom 24. Januar 1977

(Drucksache 9/406)

Der Petitionsausschuß legt der Bürgerschaft (Landtag) zwei Berichte vor, die er in seinen Sitzungen am 10. und 24. Januar 1977 abschließend beraten hat.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuß bittet die Bürgerschaft (Landtag), über die Petitionen wie empfohlen zu beschließen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. (C)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Probleme der angestrebten europäischen Einigung

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 1977
(Drucksache 9/408)

Die Große Anfrage, Drucksachen-Nummer 9/408, trägt die Unterschrift des Abgeordneten Neumann und Fraktion der CDU. Sie liegt den Abgeordneten gedruckt vor.

Der Senat wird um Auskunft gebeten:

I. 1. Was gedenkt der Senat zu tun, um sicherzustellen, daß im zukünftig direkt gewählten Europäischen Parlament die bremischen Belange angemessen vertreten werden?

2. Worin sieht die Landesregierung Möglichkeiten, die Öffentlichkeit hinreichend über die Bedeutung der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments aufzuklären? Welche Maßnahmen wurden ergriffen bzw. werden vorbereitet?

3. Sieht der Senat Möglichkeiten, Ziele und Probleme der Europapolitik in stärkerem Maße in die Lehrerbildung und -fortbildung einzubeziehen, um damit den Europagedanken in den Schulen zu vertiefen? (D)

II. 1. Welche Anstrengungen hat der Senat unternommen, um für die Haushaltsjahre 1976 und 1977 Mittel aus dem Europäischen Regionalfonds im Rahmen der der Bundesrepublik Deutschland zustehenden Tranchen für das Land Bremen zu erhalten?

2. Wie beurteilt der Senat die Auswirkungen der Verkehrspolitik der Europäischen Gemeinschaften im Hinblick auf das Land Bremen und den Weser-Jade-Raum?

Herr Senator Fröhlich, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

Senator für Inneres Fröhlich: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht darf ich das Haus davon in Kenntnis setzen, daß diese Anfrage eigentlich Herr Bürgermeister Koschnick beantworten wollte. Ich bitte, das Wort Herrn Bürgermeister Koschnick zu erteilen!

Präsident Dr. Klink: Sie haben das Wort, Herr Senator!

(Heiterkeit)

Senator Fröhlich: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

Zu I. 1.: Der Senat geht zunächst davon aus, daß alle im Europäischen Parlament vertretenen Parteien der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich bereit sind, durch ihre Abgeordneten auch bremische Belange in diesem Parlament zu vertreten. Dabei

(A) wird es allerdings darauf ankommen, diese Parteien auch in Zukunft nachdrücklich für bremische Interessen zu motivieren.

Darüber hinaus aber wird der Senat sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für ein deutsches Europawahlgesetz einsetzen, das eine unmittelbare Wahrnehmung bremischer Belange im Europäischen Parlament durch Abgeordnete aus Bremen oder Bremerhaven sicherstellt.

(Vizepräsident Bugla übernimmt den Vorsitz)

Um dieses Ziel zu erreichen, tritt der Senat für ein Wahlsystem ein, das die Mitarbeit von Abgeordneten aus dem Land Bremen garantiert.

Hinsichtlich des Wahlsystems ergibt sich nach dem bisherigen Erkenntnisstand folgendes: Berlin soll mit drei nicht unmittelbar gewählten Abgeordneten vertreten sein. Für die Wahl der verbleibenden 78 Abgeordneten stehen mehrere Lösungsmöglichkeiten zur Diskussion:

Erstens: In 78 Wahlkreisen wird nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt.

Zweitens: In einem Zweistimmensystem werden ähnlich wie bei der Bundestagswahl 40 Abgeordnete in Wahlkreisen nach Mehrheitswahlrecht und 38 Abgeordnete nach dem Verhältniswahlrecht über Landeslisten gewählt.

Drittens: Die von Sozial- und Freidemokraten aus wohlabgewogenen Gründen vorgeschlagene Wahl (B) über Bundeslisten, die von den Parteien auf Bundesebene zusammenzustellen wären!

Das reine Mehrheitswahlrecht würde — was nicht übersehen werden darf — mit der deutschen Wahlrechtstradition brechen.

Bei der personalisierten Verhältniswahl hätten Bewerber des Landes Bremen keine Chance, ein Mandat im Europäischen Parlament zu erringen, weil angesichts der wenigen verfügbaren Mandate bei diesem Wahlsystem die großen Bundesländer zu Lasten Bremens begünstigt würden. Darüber hinaus würde das Land Bremen keinen eigenen Wahlkreis erhalten.

Der Senat sieht deshalb seine Aufgabe darin, ein Wahlsystem mitzutragen, das eine direkte Vertretung des Landes Bremen im Europäischen Parlament ermöglicht. Diesen Überlegungen kommt ein vom Bundesminister des Innern am 1. Februar 1977 vorgelegter Referentenentwurf eines Europawahlgesetzes entgegen, der vorsieht, daß die Kandidaten für das Europäische Parlament über Bundeslisten nach dem Verhältniswahlsystem, nach dem d'Hondtschen System, gewählt werden.

Bei der Aufstellung von Bundeslisten aller Parteien haben Wahlbewerber aus dem Land Bremen gerade unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl des Landes am ehesten die Chance, erfolgversprechende Plätze zu erhalten.

Da die Landesorganisationen der Parteien nach dem vom Bundesminister des Innern vorgelegten Referentenentwurf zur Europawahl maßgeblich bei (C) der Aufstellung der Kandidatenlisten mitwirken, darf der Senat wohl als selbstverständlich unterstellen, daß alle in diesem Hause vertretenen Parteien die ihnen gegebenen Möglichkeiten im Interesse unseres Landes voll ausschöpfen.

Zu I. 2.: Der Senat ist der Auffassung, daß zur Vorbereitung der Wahl eine umfassende Information unserer Mitbürger über die Ziele und Auswirkungen der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament auf Länder- und Bundesebene unerläßlich ist. Deshalb hat der Senat — wie er dies bereits in der Fragestunde am 28. April 1976 zum Ausdruck gebracht hat — zum Zweck der Förderung dieser Wahl den Senator für Inneres zu seinem Beauftragten für die Direktwahl des Europäischen Parlaments bestellt. Der Senat hat damit seine Bereitschaft unterstrichen, alle erforderlichen Aktivitäten zur Verstärkung des Bewußtseins der politischen Bedeutung der Europawahl für die Einigung Europas nach Kräften zu fördern. Der Senat wird bei seinen Bemühungen die Zusammenarbeit mit allen beteiligten und interessierten Stellen und Gruppen in unserem Land suchen.

Mit Rücksicht darauf, daß bisher weder der Termin für die erste Wahl endgültig feststeht noch die wahlrechtlichen Vorschriften erlassen sind, hat sich die Arbeit des Beauftragten zunächst darauf beschränkt, in der Innenministerkonferenz am 30. April 1976 und in ersten Kontakten mit interessierten Organisationen sowie einer Reihe bremischer (D) Behörden die Überlegungen für ein Informationskonzept zu vertiefen.

Am 11. März dieses Jahres wird ferner das allseitig für unentbehrlich gehaltene gemeinsame Gespräch aller Beauftragten der Bundesländer und des Bundesministers des Innern zur Koordinierung der durchzuführenden Aufgaben stattfinden.

Nach den bisher entwickelten Vorstellungen soll das Informationskonzept die Unterrichtung über die Bedeutung der Wahl, das Wahlverfahren, die Aufgaben des Europäischen Parlaments und die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft für jeden einzelnen Bürger durch Broschüren, Plakate, Vorträge, Seminare, Rundfunk- und möglichst auch Fernsehsendungen und Ausstellungen über die Stellung Bremens innerhalb Europas umfassen. Soweit dafür öffentliche Mittel benötigt werden, wird der Senat bei der Finanzdeputation Nachbewilligungsanträge stellen.

Zu I. 3.: Der Senat stellt fest, daß in der Lehrerbildung wie im Unterricht europäische Probleme ihrer Bedeutung nach angemessen behandelt werden. In der ersten Phase der Lehrerausbildung behandelt die Universität Bremen in ihren Lehrveranstaltungen wichtige und aktuelle politische Fragen. Dabei werden Probleme der europäischen Einigung berücksichtigt. Eine weitergehende Behandlung integrationspolitischer Fragen durch die Universität Bremen wäre bei Wahrung des Grundsatzes der Freiheit von Forschung und Lehre nur über eine

(A) diesbezügliche Prüfungsanforderung für das Fach „Gemeinschaftskunde" erreichbar. Der Senator für Bildung wird sich um eine Aufnahme dieses Themas in die Prüfungsanforderungen bemühen.

In der Lehrerbildung der zweiten Phase und in der Lehrerfortbildung wird der Gedanke der europäischen Einigung seit mehr als einem Jahrzehnt in den zuständigen Fachgruppen beziehungsweise in den entsprechenden Veranstaltungen des Wissenschaftlichen Instituts für Schulpraxis regelmäßig behandelt. Das geht zum Beispiel aus einer langjährigen Übersicht dieses Instituts über Veranstaltungen in der Lehrerfortbildung zu Themen der europäischen Einigung ab 1945 und der Europäischen Gemeinschaft hervor.

Es ist selbstverständlich, daß bei fortschreitender europäischer Integration die Behandlung der damit verbundenen Fragen in der zweiten Phase der Lehrerbildung noch verstärkt wird. Erfahrungsgemäß fließt die Behandlung eines bestimmten Themas am Wissenschaftlichen Institut für Schulpraxis unmittelbar in das Unterrichtsgeschehen an den Schulen ein.

Internationale Beziehungen sind für die Schulen der Freien Hansestadt Bremen ein traditioneller Schwerpunkt in Fächern wie Gemeinschaftskunde, Geschichte und Erdkunde. Die Entwicklung zur europäischen Einigung ist Gegenstand der entsprechenden Lehrpläne aller Schularten und wird innerhalb der curricularen Vorgaben beachtet. Neben (B) diesem unmittelbaren staatlichen Auftrag zu der Behandlung europäischer Themen steht die nachweisbar starke Motivation der Schüler, der nach wie vor durch Studienfahrten zu Stätten europäischer Integration Rechnung getragen wird. Durch das gerade in Bremen intensiv gepflegte Austauschprogramm mit Schülern und Klassen europäischer Länder wird der europäische Gedanke zusätzlich und im konkreten Erfahrungsbereich der Schüler gefördert.

Der mit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments neu gegebene Anlaß zu intensiver Beschäftigung mit Fragen der europäischen Einigung trifft in Bremen auf offene Türen. Deshalb wird der Senator für Bildung über das bislang Geleistete hinaus durch die Herausgabe von geeigneten Materialien und Empfehlungen das durch die politische Entwicklung sich verstärkende Interesse an der europäischen Entwicklung angemessen fördern.

Zu II. 1.: Die Bundesrepublik Deutschland erhält aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung" im Zeitraum 1975 bis 1977 rund 302 Millionen DM. Diese Mittel werden ausschließlich für Projekte der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" nach dem zwischen Bund und Ländern festgelegten Schlüssel verteilt. Das Land Bremen kann danach mit einem Fördervolumen von einer Million DM für den gesamten Dreijahreszeitraum berücksichtigt werden. Bisher hat die Bundesregierung auf Anmeldung des Landes Bremen zwei Vorhaben mit einem Förderbetrag von insgesamt 0,6 Millionen DM bei der EG-Kommission (C) beantragt. Die entsprechenden Fondsmittel sind auch bereits bewilligt worden. Beide Maßnahmen entfallen auf Bremerhaven, das als Schwerpunktort zu den nationalen Fördergebieten gehört, auf die der Einsatz der Mittel des Regionalfonds beschränkt ist.

Der Senat weist darauf hin, daß Bremen damit seine Quote für 1975 und 1976 voll ausgeschöpft hat. Für das Jahr 1977, in dem noch 400 000 DM aus dem Regionalfonds für förderungsfähige Projekte in Bremerhaven zur Verfügung stehen, wird das Land Bremen der Bundesregierung noch entsprechende Vorhaben zur Antragstellung melden. Da die Anträge von der Bundesregierung bei der EG-Kommission jeweils zu Quartalsbeginn gestellt werden können, besteht noch ausreichend Gelegenheit, 1977 mit geeigneten Vorhaben berücksichtigt zu werden.

Zu II. 2.: Der Senat stellt fest, daß es bisher in nur geringem Maß gelungen ist, die nach dem Vertrag von Rom geforderte „gemeinsame Verkehrspolitik" zu realisieren.

Die Auswirkungen der Gemeinschaftsregelungen auf Bremen und den Weser-Jade-Raum, insbesondere auf die Seehafenverkehrswirtschaft und die Standortsituation der Unternehmen zu den Märkten im Hinterland, werden vom Senat unterschiedlich beurteilt.

Bei den Staatsbahnen wurde vor allem das Verhältnis zwischen dem Eigentümer und seinem Verkehrsunternehmen mit dem Ziel einer klareren Abgrenzung auch der finanziellen Verantwortung geregelt. Diese Maßnahmen sind geeignet, die Deutsche Bundesbahn zu stärken. Das liegt auch im Interesse Bremens. (D)

Im Bereich des gewerblichen Straßengüterverkehrs hat die Politik der Gemeinschaft im grenzüberschreitenden Verkehr zu einer Erhöhung der Beförderungskapazitäten und einer gegenüber dem nationalen Verkehr freieren Tarifbildung beigetragen, ohne daß gleichzeitig die unterschiedlichen fiskalischen Belastungen der Unternehmen, wie zum Beispiel die Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer, harmonisiert wurden. Diese auf die Beförderungspreise durchgeschlagenen höheren Kosten in der Bundesrepublik Deutschland führen in Verbindung mit der Kapazitätsausweitung im grenzüberschreitenden Verkehr zu einer Benachteiligung Bremens und der anderen deutschen Seehäfen im Verkehrswegewettbewerb gegenüber den ausländischen Seehäfen, insbesondere in den Niederlanden und Belgien.

Auch im Bereich der Binnenschiffahrt ist es der Gemeinschaft insbesondere wegen der Bestimmungen der „Revidierten Mannheimer Rheinschiffahrtsakte von 1868" noch nicht gelungen, die Wettbewerbsbedingungen anzugleichen. Hier wirken sich die Abgaben- und Tariffreiheit im internationalen Verkehr auf dem Rhein zu Lasten des deutschen Seehafenverkehrs der Binnenschiffahrt aus.

(A) Der Senat sieht diese Entwicklung vor allem im Straßengüterverkehr in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und den Regierungen der anderen Bundesländer mit Sorge. Er hält daran fest, daß im grenzüberschreitenden Verkehr weitere Liberalisierungsmaßnahmen von gleichzeitigen und gleichgewichtigen Fortschritten bei der Angleichung der Wettbewerbsbedingungen abhängig zu machen sind.

Hierbei verkennt der Senat keineswegs, daß die Realisierung dieses Grundsatzes durch den Beitritt insbesondere Großbritanniens und Dänemarks noch schwieriger geworden ist, weil diese Staaten weitgehend liberalisierte Verkehrsmärkte haben. Der Senat hat daher mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß der deutsche Vertreter im Ministerrat vor kurzem erneut eine schrittweise Aufhebung der Kapazitätsbeschränkungen im grenzüberschreitenden Verkehr und die Einführung eines Referenztarifsystems mit dem Hinweis auf die ausstehenden Harmonisierungsmaßnahmen abgelehnt und hierbei auf eine Entschließung des Bundesrates und die nachteiligen Folgen für die deutschen Seehäfen hingewiesen hat.

Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Verkehrspolitik in der EG für die Binnenverkehrsträger unterstreicht der Senat, daß er weiterhin seinen Einfluß bei der Bundesregierung und der Kommission der EG geltend machen wird, um im Interesse des Seehafenverkehrs einen Abbau der Wettbewerbsverzerrungen zu erreichen. Er lehnt das neue Konzept der Kommission nachdrücklich ab, das darin (B) besteht, nur den grenzüberschreitenden innergemeinschaftlichen Verkehr Gemeinschaftsregeln zu unterwerfen und die Ordnung für den nationalen Verkehr den Regierungen zu überlassen.

Der Senat sieht keinen Grund für die Schaffung einer besonderen Seehafenpolitik auf Gemeinschaftsebene. Er bekräftigt seine Auffassung, daß die Probleme der deutschen Seehäfen nicht in den Häfen, sondern in den Hinterlandverkehrsbedingungen und damit im Bereich der allgemeinen Verkehrspolitik liegen. Der Senat unterstreicht, daß er in der Wahrnehmung der berechtigten Interessen Bremens keinen Widerspruch sieht zu den allgemeinen Zielen der europäischen Integration, die von ihm geteilt werden.

Hinsichtlich der Seeschiffahrt verfolgt der Senat mit Interesse die Gespräche, die die Kommission mit den Reederverbänden und mit Regierungsvertretern aufgenommen hat, um zu prüfen, ob Initiativen auf Gemeinschaftsebene angezeigt sind, mit denen die durch den COMECON-Wettbewerb und den UNCTAD-Verhaltenskodex aufgeworfenen Probleme einer Lösung zugeführt werden können.

Soweit die Beantwortung der Großen Anfrage durch den Senat! — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bugla: Ich danke Herrn Senator Fröhlich für die erteilte Antwort.

Gemäß Paragraph 29 Absatz 1 der Geschäftsordnung erfolgt auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen eine Aussprache, wenn dies von Mitgliedern der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangt wird. (C)

Ich frage, ob eine Aussprache über die Antwort des Senats gewünscht wird.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Ja!)

Wie ich feststellen kann, ist dies mit der erforderlichen Anzahl von Abgeordneten der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Neumann.

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der belgische Ministerpräsident Leo Tindemans, der von den Regierungschefs und Staatschefs der Europäischen Gemeinschaften aufgefordert worden war, darzulegen, was unter dem Begriff europäische Union zu verstehen sei, sagte in einem Vortrag — ich zitiere —: „Die Völker Europas erwarten, daß Europa sich durchsetzt und dort, wo es notwendig ist, mit einer Stimme spricht, um so sein Schicksal so weit wie möglich in die eigenen Hände zu nehmen."

Diese Aussage wird sicherlich von allen wesentlichen Parteien und Kräften in diesem Land und der Bundesrepublik Deutschland geteilt. Es gibt daher auch keine Differenzen zwischen uns, wenn die Bundesregierung in ihrem Bericht über die Integration der Europäischen Gemeinschaften vom 25. Oktober 1976 feststellt: (D)

„Das wichtigste europapolitische Ereignis des Berichtszeitraums war die Unterzeichnung des Beschlusses und des Akts über die Einführung der Direktwahl zum Europäischen Parlament durch die Außenminister der Mitgliedstaaten am 20. September 1976."

Meine Damen und Herren, sicherlich wird dies auch keine Debatte sein, die — im Gegensatz zu den vorangegangenen Debatten — von vornherein von der Kontroverse gekennzeichnet sein wird. Ich kann mich — bis auf die Wahlmodalität — sogar in wesentlichen Teilen dem, was hier für den Senat gesagt worden ist, anschließen.

Meine Damen und Herren, Europawahlen sollen also im nächsten Jahr stattfinden, Direktwahlen zum Europäischen Parlament, und zwar ist vorgesehen Mai/Juni 1978. Wenn man sich einmal vor Augen hält, wie wenig die Tatsache dieser Wahlen zur Zeit verankert ist im Bewußtsein unserer Bevölkerung, wahrscheinlich auch im Bewußtsein von uns allen, macht es deutlich, wie wichtig es ist, sich mit der Sache als solcher zu beschäftigen. Denn, meine Damen und Herren, wenn wir dies einmal übertragen auf Bürgerschaftswahlen oder Bundestagswahlen, wäre es ziemlich absurd, wenn gut ein Jahr vorher noch nicht einmal der Wahlmodus festliegt, wenn ein oder anderthalb Jahre vor den Bürgerschaftswahlen die Parteien sich überhaupt gar keine Ge-

(A) danken machten über Kandidaten. Dies alles ist aber so, und dies alles macht deutlich, wie wenig wir es insgesamt erreicht haben, uns mit diesem für uns alle wichtigen Problem zu befassen.

Meine Damen und Herren, die Wahl, falls sie im nächsten Jahr stattfinden wird, ist natürlich auch von außerordentlicher Bedeutung für die Entwicklung zu einem vereinigten Europa, denn von der Wahlbeteiligung unter anderem wird abhängen, wie stark der Impetus für die nächsten Jahre sein wird, auf dem Weg der europäischen Einigung weiterzukommen.

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, sahen wir uns veranlaßt, eine Große Anfrage an den Senat zu diesem Thema einzubringen mit dem Ziel, auch hiermit unseren Beitrag, gemeinsam mit den anderen Fraktionen dieses Hauses, zur Bewußtseinsaufklärung im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zu leisten.

Meine Damen und Herren, Europa, repräsentiert bislang durch die von verschiedenen Regierungen der Mitgliedsstaaten eingerichteten EG-Behörden, hat stärkeren Einfluß auf das Leben jedes einzelnen Bürgers, auch dieses Bundeslandes Freie Hansestadt Bremen, als manche glauben.

Bremen habe nicht nur einen Hafen wie etwa Hamburg, sondern es sei ein Hafen, ist ein oft gehörtes, vielleicht überzeichnetes, sicher aber nicht ganz unzutreffendes Bonmot über die Wirtschaftsstruktur unseres Zwei-Städte-Staates. Wenn wir nun (B) erleben müssen, daß die EG-Kommission sich seit einigen Jahren schon bemüht, Grundlagen für eine gemeinsame Seehafenpolitik der neun Mitgliedstaaten der EG zu erarbeiten, so hat diese Arbeit nicht nur Auswirkungen für uns, sondern sie kann für viele Arbeitnehmer und Betriebe des Landes Bremen von existenzgefährdender Bedeutung werden.

(Beifall bei der CDU)

Mit gutem Recht, meine Damen und Herren, stehen etwa die deutschen Seehäfen einer gemeinsamen Hafenpolitik sehr reserviert gegenüber, da sie glauben — und hier schließen wir uns voll der Meinung des Senats an —, daß die Eigeninitiative der Häfen nicht durch Gemeinschaftsregelungen beeinträchtigt werden darf. Gemeinsam, und das gilt in gleicher Weise sicherlich für die Fraktionen dieses Hauses wie auch für den Senat, ist zu fordern, daß statt dessen wegen internationaler Wettbewerbsnachteile im Hinterlandverkehr erst einmal Aktivitäten im europäischen Bereich zu erfolgen haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zur Zeit erleben wir, wie die EG unter anderem mit den Japanern über Kapazitätsbeschränkungen im Weltschiffbau verhandelt, eine Frage, die für unser Bundesland und Tausende von Arbeitsplätzen von existentieller Bedeutung ist.

Meine Damen und Herren, daher ist es keine Kompetenzüberschreitung und noch viel weniger ein politisches Schaugeschäft, wenn wir uns hier heute in der Bremischen Bürgerschaft mit der Europapolitik befassen. Wir alle wissen, daß in Brüssel, Luxemburg und Straßburg, an den politischen und administrativen Schauplätzen Europas, wichtige politische Entscheidungen für die Bürger dieses Landes getroffen werden, und wenn das so ist, dann müssen wir uns auch hier in der Bürgerschaft mit den Auswirkungen und den Voraussetzungen dieser Europa-Entscheidungen auseinandersetzen. (C)

Hieraus wird aber noch etwas anderes deutlich: Es ist für Bremen entscheidend, und hierzu hat der Senat auch in positiver Weise Stellung genommen, daß im zukünftig direkt gewählten Europäischen Parlament das Bundesland Bremen angemessen vertreten sein sollte.

Es mag zwar sein, daß Europapolitik im öffentlichen Bewußtsein — wie der SPD-Abgeordnete Christian Lange namens des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion in einem Schreiben dies dem Präsidenten unseres Hauses mitteilte — zum allergrößten Teil Sache des Bundes und nicht der Länder ist. Es ist aber nicht nur eine Frage des verfassungsmäßigen Aufbaus der Bundesrepublik — und dies im Gegensatz zu anderen EG-Staaten, die in der Regel zentralistisch aufgebaut sind —, sondern es ist für dieses kleinste Bundesland lebenswichtig, daß seine Bewohner und seine Interessen nicht in der für uns schon übergroßen Bundesrepublik Deutschland untergehen. (D)

Die direkt gewählten Abgeordneten sollen nämlich nicht nur abstrakte europapolitische Themen im Europäischen Parlament verhandeln, die national gesehen möglicherweise beim Bundesgesetzgeber liegen, sondern wir — die CDU-Fraktion — verlangen vielmehr, daß sie darüber hinaus konkret auch im Interesse ihres sie delegierenden Raumes, ihrer sie delegierenden Region tätig werden.

In dem Schreiben des SPD-Bundestagsabgeordneten Lange, das dem Präsidenten unseres Hauses vorliegt, heißt es — ich zitiere —: „Das Wahlsystem dieses Europa-Wahlgesetzes wird der Tatsache gerecht werden müssen, daß bei fast 42 Millionen Wahlberechtigten nur 78 Sitze — ohne Berlin — zu vergeben sind und dennoch den politischen Strömungen in der Bundesrepublik zu angemessener Vertretung verholfen werden muß und" — so heißt es dann weiter bei dem SPD-Bundestagsabgeordneten — „eine regionale Repräsentanz der einzelnen Bundesländer auf europäischer Ebene zu ermöglichen ist."

Meine Damen und Herren, hiermit bin ich bei dem möglicherweise umstrittenen Thema des Wahlsystems. Später ist ja vorgesehen, daß dieses Wahlsystem einmal einheitlich in allen EG-Staaten angewandt wird, zur Zeit ist es den jeweiligen nationalen Gesetzgebern überlassen, ein bestimmtes Wahl-

(A) system zur bevorstehenden Europawahl zu beschließen.

Meine Damen und Herren, für uns ist dies kein Dogma! Es darf nicht so sein, daß wir alle in der Bundesrepublik und auch in diesem Hause uns wegen dieser Sache in dem gemeinsamen Ziel, Europa weiter zu vereinigen, streiten. Dennoch möchte ich einige Anmerkungen machen zu dem, was an Vorschlägen im Raum steht, obwohl man hinzufügen muß, daß in allen Parteien — mindestens aber noch in der CDU, wie ich gelesen habe, auch in der FDP — über mögliche Wahlsysteme debattiert wird.

Der Vorschlag, der zur Zeit in einem Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums vorhanden ist, geht im wesentlichen auf eine sogenannte Bundesliste hin. Wir halten diese Bundesliste aus einer Reihe von Gründen für problematisch. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist dabei, daß, wenn auch durch Vorwahlen, was die Delegierten auf unterer Ebene anbetrifft, im wesentlichen losgelöst von den Landesverbänden, losgelöst von der Region, ein mehr oder weniger für den Bürger des Landes Bremen anonymes Gremium darüber befinden wird, welcher Kandidat wo für die Europawahlen ansteht. In der Alternative einer Landesliste gibt es viel mehr Möglichkeiten einer unmittelbaren Anbindung an die politische Basis, auch einer unmittelbaren Mitwirkung dieser Basis in den jeweiligen Landesverbänden.

Der zweite Punkt betrifft Berlin. Wir sind der Auf-
(B) fassung, daß es anzustreben wäre im Hinblick auf Berlin, wenn dort schon nicht direkt gewählt werden darf, was wohl der Fall ist, zumindest ansonsten es gleich zu halten, das heißt, wir halten es für nicht zweckmäßig, wenn wir auf der einen Seite eine Bundesliste machen und auf der anderen Seite in Berlin die Aufstellung einer Landesliste erfolgt.

Meine Damen und Herren, wenn wir gemeinsam mit dem Senat der Auffassung sind, daß es gut wäre, wenn Bremen auch in dem zu wählenden Europäischen Parlament vertreten wäre, stellt sich natürlich legitimerweise die Frage, mit welchem System ist das vernünftigerweise aus unserer Sicht zu machen. Ich glaube, daß das ganz legitim ist.

Ich habe die Haltung des Senats und auch von Herrn Bürgermeister Koschnick, was die Repräsentanz dieses kleinen Bundeslandes gegenüber der Außenwelt betrifft, immer so verstanden, daß sie es durchaus gern gesehen haben, daß auch ein weiterer Bundestagsabgeordneter der CDU die bremischen Interessen in Bonn vertritt.

Von dorther würde ich es bedauern, wenn man nun sagte, möglicherweise ist gesichert, daß ein Sozialdemokrat aus diesem Land vertreten ist — so habe ich das einer Presseerklärung entnommen, einem Beitrag des Kollegen von Hassel in der Rundschau von Radio Bremen —, und im übrigen ist alles andere das Problem der CDU, die soll einmal selbst sehen, wie sie einen weiteren Vertreter dort bekommt.

Nein, meine Damen und Herren, dies ist kein Pro- (C)
blem der CDU, sondern es ist unser aller gemeinsames Interesse,

(Beifall bei der CDU)

daß wir dort sehr stark vertreten sind, und ich glaube, deshalb ist es legitim, daß wir uns auch die Frage stellen, wie ist das machbar.

Meine Damen und Herren, wenn Sie nach d'Hondt verrechnen bei der Bundesliste — und machen wir uns nichts vor, die größeren Landesverbände werden schon darauf achten —, dann ist, wenn überhaupt, nur gesichert, daß möglicherweise ein Vertreter in Frage kommt. Auch dies, so sagen mir diejenigen, die das durchgerechnet haben, hängt aber von der Wahlbeteiligung ab. Wenn man nur nach d'Hondt verrechnet, würde also wahrscheinlich der SPD auf dieser Bundesliste ein Vorschlag zustehen. Eine ganz andere Frage ist, wieweit es möglich ist, nun trotzdem die anderen Parteien zu beteiligen.

Aber, meine Damen und Herren, im Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums sind auch noch andere Modelle genannt. Da gibt es ein Modell, das wäre uns am sympathischsten, wahrscheinlich Herrn Lahmann auch. Da sagt man nämlich, im Hinblick auf die regionale Repräsentanz wäre es gut, daß man Landeslisten aufstellt und vorab die Spitzenkandidaten dieser Landeslisten von den jeweiligen Parteien im Europaparlament vertreten sind, und darüber hinaus der Rest dann nach d'Hondt
verrechnet würde. Das hätte den Vorteil, daß aus (D)
diesem Land mit Sicherheit drei Kollegen aus den verschiedenen Parteien vertreten wären. Ich räume diesem Vorschlag, diesem Modell, das in dem Entwurf enthalten ist, natürlich nicht sehr viele Chancen ein, weil da die großen Verbände nicht mitmachen werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Scherf [SPD])

Wie war das, Herr Dr. Scherf?

(Abg. Dr. Scherf [SPD]: Müssen Sie einmal in Bayern bei Ihren Kollegen nachfragen!)

Ja, ich komme gleich auf die Bayern! Ich spreche das auch ganz offen an! Ich schließe mich Ihnen an, Sie reden ja auch über Parteidinge neuerdings immer offener, und ich mache das jetzt auch einmal!

Was die Frage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angeht, hier ist ein Vorschlag im Gespräch, eine Koppelung anzustreben, eine Mischung zwischen Verhältniswahl- und Direktwahlsystem.

Wir halten auch davon nichts — dies im Gegensatz zur derzeit herrschenden Meinung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion —, weil wir glauben, daß eine Einteilung in Wahlkreise in dieser Größenordnung erstens dem Interesse Bremens gar nicht gerecht werden kann und für meine Begriffe es auch unzweckmäßig wäre, in dieser Größenordnung

(A) Wahlkreise zu haben, die doch gar nicht von einem Abgeordneten zu betreuen sind.

Deswegen, meine Damen und Herren, würde uns vorschweben eine reine Verhältniswahl nach dem System verbundener Landeslisten. Hiermit ist gemeint das System, das wir jetzt schon bei den Bundestagswahlen haben, da haben wir auch verbundene Landeslisten, die miteinander verrechnet werden. Die Frage, die bei uns auch diskutiert wird, ist die, inwieweit es im Hinblick auf die kleinen Verbände sinnvoll ist, von gemeinsamen Landeslisten zu sprechen.

Nun kommt gleich das Argument: Vorsicht, eine gemeinsame Landesliste Bremen/Niedersachsen stellt möglicherweise die Selbständigkeit in Frage. Meine Damen und Herren, ich glaube, dieses Thema ist erledigt. Ich sehe hier überhaupt nicht das Problem, daß von einem Zusammengehen dieses zusammengehörigen Raums in Europa die Frage der Selbständigkeit entscheidend abhängt, sondern bei einer solchen gemeinsamen Landesliste, die umgekehrt genauso für Rheinland-Pfalz und das Saarland zutreffen könnte, wäre natürlich viel eher die Möglichkeit gegeben sicherzustellen, daß aus den kleineren Verbänden nicht nur die größere Partei, sondern auch die Oppositionsparteien vertreten sind. Das, was möglicherweise für Sie hier zutrifft, würde dann umgekehrt für Ihre Parteifreunde im Saarland zutreffen.

(B) (Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, ich glaube auch, daß solch ein reines Verhältniswahlsystem mit der Aufstellung der Kandidaten auf Landesebene die unmittelbare Koppelung an die politische Basis und damit die Motivation für unsere Parteifreunde und darüber hinaus natürlich auch für die Bevölkerung, sich an diesen Dingen zu beteiligen, ungleich größer wäre, als wenn wir ein anonymes Gremium für eine Bundesliste hätten, an dem die Mitglieder der Parteien auf Landesebene überhaupt nicht mitwirken können.

Meine Damen und Herren, ich will auch nicht verkennen, daß eine gemeinsame Landesliste natürlich den etwas differenzierten Strukturen der Unionsparteien — es ist legitim, so etwas zu sagen — gerechter würde als das, was mit einer Bundesliste vorgesehen ist. Das alles sind Argumente, die ich einmal offen ausspreche, die es uns zur Zeit aus Sicht der CDU auf Bundesebene sinnvoll erscheinen lassen, für dieses System zu votieren.

Ich sage ganz eindeutig, daß dies nicht der Hauptpunkt ist und daß dies nicht der Streitpunkt sein darf und daß ich auch gar nicht möchte, daß wir in der ganzen Debatte nur über Wahlvorschläge reden. Es gibt andere Dinge im Bereich des vereinigten Europas, die noch viel wichtiger sind als die Frage der Wahlsysteme.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Bericht des belgischen Ministerpräsidenten Tindemans, den ich vorhin schon zitiert habe, hat er zu Recht ausgeführt — ich zitiere —, „daß die europäische Öffentlichkeit im Laufe der Jahre den Faden verloren hat, daß sie die politische Übereinstimmung unserer Länder über die Beweggründe für die Durchführung des gemeinsamen Werks wie auch über die Wesenselemente dieses von uns angestrebten Europas vermißt". (C)

Ministerpräsident Tindemans hat — so meine ich — zweifelsohne recht, wenn er meint, der Europagedanke sei zum Teil ein Opfer seiner Erfolge geworden. Die Versöhnung früherer Feinde — so sagt er —, der durch den erweiterten Markt ermöglichte wirtschaftliche Wohlstand, die Entspannung innerhalb dieser Europastaaten, all das scheine bereits erreicht und damit keiner neuerlichen Anstrengungen zu bedürfen. Europa — so Tindemans — sei heute das Europa des Alltäglichen und scheine den Reiz des Abenteuers eingebüßt zu haben.

Wir können aber, meine Damen und Herren, unseren Bürgern und unserer Jugend nicht für immer die Euphorie derjenigen einpflanzen, die 1950 an die Grenzen gingen und die Schlagbäume verbrannten. Dieses Europa des Alltäglichen muß ihnen vermittelt werden. Dabei müssen die Diskussionen über Agrarfonds, Preisabschöpfungen für Getreide, Butterberge — so wichtig sie auch sein mögen — in den Hintergrund treten. Denn, darauf wies Tindemans nach Meinung der CDU zutreffend hin, „die Öffentlichkeit in unseren Ländern wünscht kein technokratisches Europa. Die Europäische Union muß im täglichen Leben fühlbar werden und bürgernah sein." (D)

Tindemans sagte weiter: „Sie muß in Bildung und Kultur, Information und Nachrichtenwesen, Jugendbetreuung und Freizeitgestaltung ihren Ausdruck finden. Sie muß die Rechte des einzelnen schützen und durch Institutionen ihre Legitimität aus dem Willen unserer Völker herleiten, die Demokratie stärken. Das Bild Europas muß den zugrunde liegenden Bestrebungen und den realen Möglichkeiten entsprechen und nach innen wie außen die Solidarität unserer Völker, die Werte unserer Gesellschaftsordnung unter Beweis stellen." Meine Damen und Herren, wer die Wirklichkeit kennt, wird wissen, wie weit wir noch von diesem Ziel entfernt sind.

Hier haben natürlich die Schulen eine besondere Aufgabe. Herr Senator Fröhlich, es ist unbestritten, daß im Bereich der Schulen schon etwas getan worden ist. Aber wenn wir sehen, welche Bedeutung das Thema Europa bei unserer jungen Generation, Herr Senator, bei uns allen hat, müssen wir zugeben, daß dies überhaupt noch nicht reicht.

Die Wahrnehmung des Rechts auf Freizügigkeit in der Europäischen Gemeinschaft, die Begegnung und das Verstehen der Menschen, die dieser Gemeinschaft angehören, hängt ganz wesentlich von der Kenntnis und Beherrschung wenigstens der verbreitetsten Sprachen dieser Gemeinschaft ab. Wir be-

(A) grüßen als CDU-Fraktion daher alle Maßnahmen, die zu einer Stärkung der Sprachkenntnisse aller Bürger, insbesondere aber unserer jungen Menschen, führen. Es wäre jetzt interessant, in diesem Zusammenhang über die Sprachmöglichkeiten in der Orientierungsstufe zu sprechen. Das wäre ein Punkt, der in gewisser Weise dazugehörte.

Die CDU begrüßt, daß entsprechend einer Vereinbarung der Kultusminister es vorgesehen ist, im Rahmen der Kultusministerkonferenz die Erarbeitung einer ausführlichen Beschlußvorlage vorzunehmen, die — wenn ich richtig informiert bin — im Frühjahr dieses Jahres vorgelegt sein soll mit dem Ziel, konkrete Themen zu erarbeiten, die in die Unterrichtsfächer Geschichte, Erdkunde und Gemeinschaftskunde einbezogen werden.

Herr Senator Fröhlich, ich komme aus früherer Tätigkeit aus dem Schuldienst. Sicherlich steht etwas in den Lehrplänen. Aber wenn man ganz ehrlich ist, muß man sagen, daß das Thema Europa auch von den Pädagogen unter der Fülle der Stoffe ein Thema war, das an den Rand gedrängt worden ist, und man sich in der Regel viel mehr mit anderen Dingen befaßt hat, weil die Zeit eben auch nicht reif war. Die Zeit ist nun reif, und von daher meine ich, müssen wir uns auch in Bremen noch einiges einfallen lassen.

Zur Lehrerbildung haben Sie einiges gesagt. Wenn dies so ist, ist das zu unterstützen, ist das zu begrüßen. Es ist klar, daß das nicht festgeschrieben (B) werden kann bis in die einzelne Prüfungsanforderung. Hier teile ich die Auffassung, die Darstellung des Senats.

Meine Damen und Herren, nun noch einige Bemerkungen zu dem Teil II unserer Anfrage. Die Regierungschefs der Länder der Europäischen Gemeinschaft haben in Paris im Jahr 1974 den Beschluß über die Schaffung eines sogenannten europäischen Fonds für die Regionalentwicklung gefaßt. Die politische Bedeutung des Fonds — um das einmal hier zu erklären — besteht darin, daß die regionalen Ungleichheiten, die auf gemeinschaftlicher Ebene erheblich größer sind als innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten, abgebaut werden. Dadurch sollen ein Auseinanderdriften der Gemeinschaft verhindert, ungleiche wirtschaftliche Lebensverhältnisse verbunden mit politischen und sozialen Spannungen abgebaut werden.

Nun stellt sich natürlich die Frage, inwieweit in einem so hoch industrialisierten Land wie der Bundesrepublik Deutschland Möglichkeiten gegeben sind, daß einzelne Vorhaben mit Mitteln aus dem europäischen Fonds für die Regionalentwicklung gefördert werden. In Anbetracht der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, wenn ich nur einmal an Süditalien denke und auch an andere Regionen europäischer Staaten, hat das Land Bremen im Hinblick auf seine hochindustrialisierte Struktur natürlich nur geringe Möglichkeiten, am europäischen Regionalfonds zu partizipieren.

Allerdings — und das ist in der Antwort des Senats zum Ausdruck gekommen — fällt jetzt bereits (C) die Stadt Bremerhaven unter dieses Förderungsgebiet. Projekte der Stadt Bremerhaven sind deshalb — ich glaube auch, daß Senator Fröhlich darauf hingewiesen hat — im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" als förderungswürdig anzusehen.

Nun ist es so, daß hier auch nur zwei Projekte gefördert worden sind. Der Betrag ist natürlich immer wichtig, aber er hat nicht die Dimension, wie wir sie an sich in Bremerhaven gebrauchen könnten. Wir würden es daher begrüßen, wenn der Senat verstärkt auch in Zukunft Möglichkeiten dahingehend suchte, im Antragsverfahren über den Senator für Wirtschaft und die Bundesregierung Mittel aus dem europäischen Regionalfonds zu erhalten.

Wie Sie wissen, wird unter Umständen schon in diesem Jahr, mit Sicherheit aber in den nächsten Jahren, gerade auch in Bremerhaven, aber wahrscheinlich auch in Bremen ein ungeheuer großes sektorales Problem auf diese beiden Städte, aber auch auf die vier norddeutschen Küstenländer und insbesondere auf das Land Bremen zukommen. Ich meine hier die ziemlich desolate Lage der Werftindustrie in unserem Land. Dieses sektorale Problem kann sich unseres Erachtens leicht zu einem regionalen Wirtschaftsproblem für die betroffene Unterweserregion ausweiten.

Wir halten es daher für wichtig, zumindest für bedenkenswert, daß der Senat in Zusammenarbeit mit (D) der Bundesregierung darauf hinwirken möge, daß in Zukunft sektorale Wirtschaftsprobleme eines solchen Ausmaßes, wie sie möglicherweise bevorstehen, die die Existenz und die Lebensfähigkeit einer ganzen Region bedrohen, auch als förderungswürdige Gebiete im Sinne der Richtlinien des europäischen Fonds für regionale Entwicklung anerkannt werden.

(Beifall bei der CDU)

Mir ist klar, daß das nicht ganz unproblematisch ist, aber es wäre möglicherweise auch interessant, von Ihnen zu erfahren, ob überhaupt Chancen für einen solchen Vorschlag bestehen, zumindest steht uns eine regionale Strukturkrise bevor, die in ihrem Ausmaß wahrscheinlich ihresgleichen suchen wird.

Meine Damen und Herren, der letzte Punkt unter II unserer Großen Anfrage betrifft die gemeinsame Verkehrspolitik der Gemeinschaft. Es ist nicht zu verkennen, daß in den zurückliegenden Jahren die Kommission mit Unterstützung des Europäischen Parlaments bemüht gewesen ist, eine gemeinsame Verkehrspolitik zu aktivieren. Die Kommission hat dabei begonnen, für den Rat der Gemeinschaft ein europäisches Verkehrssystem zu konzipieren.

Der Dialog über die Gesamtkonzeption einer gemeinsamen Verkehrspolitik kommt jedoch nach wie vor nicht recht voran. Dies ist um so bedauerlicher, als auch die im Verkehrsgewerbe empfundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch ein verstärktes

(A) Vorgehen auf Gemeinschaftsebene überwunden werden könnten. Der Rat der Europäischen Gemeinschaften war nicht in der Lage, in Anbetracht der unterschiedlichen nationalen Interessenlagen sich auf eine einheitliche Konzeption zu einigen.

Wir begrüßen es, daß die Verkehrsminister und -senatoren der Bundesländer Anfang 1976 in Berlin darin übereingekommen sind, zusammen mit dem Bund bis zur nächsten Verkehrsministerkonferenz im Frühjahr dieses Jahres zu überprüfen, ob durch deutsche Initiativen Bewegung in die erstarrte Verkehrspolitik gebracht werden kann. Wir möchten auch den Bremer Senat in der schon mehrfach von ihm geäußerten und heute wiederholten Auffassung und Haltung bestätigen, einer Liberalisierung des grenzüberschreitenden Verkehrs so lange nicht zuzustimmen, wie die substantiellen Fortschritte in der Angleichung der Wettbewerbsbedingungen nicht verbindlich geregelt sind.

(Beifall bei der CDU)

Für Bremen muß es entscheidend darauf ankommen, daß die Ladungen aus den binnenländischen Ballungszentren zu den gleichen Bedingungen zu den deutschen Seehäfen befördert werden können wie zu irgendeinem anderen in- oder ausländischen Hafen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, genau wie die binnen-
(B) ländische Verkehrspolitik stagniert, stagniert auch die Entwicklung auf den Gebieten der Luftfahrt, des Seeverkehrs und der Seehäfen in der Europäischen Gemeinschaft. Auch hier ist die Interessenlage der einzelnen Mitgliedsländer der Gemeinschaft unterschiedlich.

Für Bremen wird es insbesondere bei der Formulierung gemeinsamer Grundsätze des Seeverkehrs und der Seehafenpolitik darauf ankommen, daß die Konkurrenzfähigkeit der bremischen Häfen nicht unter starren Reglements, die aus Brüssel kommen, leiden wird. Auch in diesem Punkt unterstützen wir Ihre Haltung, daß zur Zeit überhaupt keine Chance besteht weiterzukommen, solange nicht die Wettbewerbsnachteile für die deutschen Seehäfen aufgehoben sind.

Meine Damen und Herren, ich glaube, diese wenigen Punkte, die ich aufgeführt habe, machen deutlich, daß das Thema Europa, Europawahlen, Europäisches Parlament nicht ein Thema ist, das uns überhaupt nicht berührt, sondern daß es, selbst wenn wir die Europawahlen nicht hätten, hin und wieder an der Zeit und richtig wäre, sich in diesem Parlament über diese Dinge zu unterhalten. Ich weiß mich — unbeschadet aller politischen Differenzen in Sachfragen — mit allen Fraktionen dieses Hauses sicherlich darin einig, daß die Aufgabe Europa wichtig und notwendig ist und daß es wichtig und notwendig ist, daß die Bremische Bürgerschaft und der Senat der Freien Hansestadt Bremen ihren Anteil an der Lösung dieser Aufgabe leisten.

Die Direktwahl zum Europaparlament im nächsten (C)
Jahr ist ein entscheidender Meilenstein auf dem Weg zu einem vereinten Europa. Diese Direktwahl muß ein voller Erfolg werden. Eine schlechte Wahlbeteiligung — und die wäre aus heutiger Sicht in der Tat zu erwarten — wäre ein Rückschlag für Europa. Meine Damen und Herren, sorgen wir alle gemeinsam dafür, daß Europa nicht nur den Bürokraten und Technokraten überlassen bleibt, sondern daß sich eine große Mehrheit unserer Bürger die Idee eines vereinten Europas zu eigen macht!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Gerade den Schlußfeststellungen meines Vorredners kann ich uneingeschränkt zustimmen. Die liberale Fraktion dieses Hauses begrüßt die Große Anfrage der CDU-Fraktion. Sie begrüßt, daß wir darüber debattieren, denn wir müssen tatsächlich — und gerade insofern stimme ich Herrn Neumann zu — noch einiges dafür tun, daß der Europa-Gedanke populär wird und daß das Bewußtsein für die Notwendigkeit eines vereinigten Europas wächst. Das ist eine wichtige Aufgabe dieser Debatte, und darum lassen Sie mich ein paar, wenn auch kürzere Bemerkungen zu diesem Thema machen.

Die FDP-Fraktion hat mit Genugtuung die Ant- (D)
wort des Senats zur Kenntnis genommen. Wir können nahezu uneingeschränkt feststellen, daß wir mit den Aussagen des Senats zum Wahlsystem, zur Bremen-Präsenz in einem künftigen europäischen Parlament, zu den Bemühungen im Bereich der Lehrerbildung und überhaupt zu den Bemühungen in den Schulen und in der allgemeinen Öffentlichkeit und daß wir schließlich mit den Darlegungen des Senats in Sachen Regionalfonds und Verkehrspolitik übereinstimmen.

Ich will das nicht alles wiederholen, sondern mich auf ein paar Einzelpunkte beschränken, die bei aller sich abzeichnenden Einigkeit der Fraktionen in der Grundsatzfrage doch Nuancen erkennbar werden lassen, durch die wir uns möglicherweise unterscheiden.

Da ist zunächst das Wahlsystem, nach dem die CDU gefragt hat. Die FDP-Fraktion sieht wie der Senat den Referentenentwurf eines Europawahlgesetzes, den der Bundesinnenminister gerade vorgelegt hat, als einen guten Vorschlag an. Die FDP-Fraktion neigt dazu, sich im Wahlsystem für eine Bundesliste auszusprechen. Wir glauben, daß dem System der Bundesliste der Vorzug gebührt vor allen Modellen von Landeslisten, wie sie insbesondere von einigen Unionspolitikern in der jüngsten Vergangenheit ins Gespräch gebracht worden sind.

Meine Damen und Herren, ich habe durchaus Verständnis dafür, daß der Kollege Neumann hier ein solches von der Bundesliste abgesetztes System ins

(A) Gespräch gebracht hat, auch aus parteipolitischen Gründen. Parteipolitische Gründe sind legitim, aber es geht natürlich auch um eine stärkere Bremen-Präsenz, für die wir sehr nachdrücklich eintreten.

Wir sind zuversichtlich, daß es uns, wenn die Bundesliste eingeführt wird, gerade bei diesem System gelingen könnte, die Bremen-Präsenz zu verbessern, weil eben, worauf der Senat mit Recht hinweist, die Landesverbände der Parteien auf die Bundesliste Einfluß haben werden.

Nun werden Sie fragen, woher wir diese Kühnheit nehmen. Nun, es ist Ihnen aufgefallen, daß die FDP im Land Bremen bei den letzten Wahlen im Ländervergleich Spitzenergebnisse erreicht hat.

(Bürgermeister Koschnick: Nicht nur die FDP!)

Gut, die SPD hat auch ein Spitzenergebnis erreicht, Herr Bürgermeister Koschnick, das ist richtig. Nur hat sie sich gleichzeitig verschlechtert gegenüber ihren früheren, noch besseren Spitzenergebnissen. Bei uns war es ein Aufwärtstrend. Aber gut, das ist im Moment nicht so wichtig.

Ich will hier nur einmal einen Hinweis geben, warum nach meiner Meinung die CDU sich etwas zaghafter verhält bei der Erwartung, über Bundeslisten ein CDU-Mandat für Bremen herauszuholen, denn gleichzeitig ist zu beobachten, daß die CDU im Land Bremen nach dem Ländervergleich die (B) schlechtesten Wahlergebnisse produziert. Im Gegensatz dazu — das werden Sie verstehen — geht die Bremer FDP mit einer gewissen Zuversicht davon aus, daß bei einer Diskussion in der Bundespartei auch eine Bremen-Präsenz durch die FDP dieses Landes erreichbar sein kann. Natürlich kann ich das nicht zusagen, selbstverständlich, aber ich meine, das ist nicht ganz von der Hand zu weisen.

Meine Damen und Herren, wir dürfen natürlich die Frage des Wahlsystems auch nicht ausschließlich unter bremischen Gesichtspunkten sehen. Wir müssen uns, gerade wenn es um die Vereinigung Europas geht, doch davor hüten, daß wir des Kirchturmsdenkens bezichtigt werden. Deswegen möchte ich noch einen Gesichtspunkt einbringen, der nach meiner Meinung auch allgemein für die Bundesliste spricht, jedenfalls gegen den Vorschlag, der in der CDU diskutiert wird.

Der Einwand nämlich, daß die verbundenen Landeslisten mehr Bürgernähe als die von SPD und FDP vorgeschlagenen Bundeslisten brächten, ist nicht stichhaltig, denn eine Analogie zum Bundeswahlgesetz, wie von einigen Unionspolitikern vorgeschlagen, würde bedeuten, daß für das gesamte Bundesgebiet nur 40 Wahlkreise eingerichtet werden könnten. Das hieße, pro Europawahlkreis etwa eine Million Bundesbürger. Ein einziger Kandidat oder Abgeordneter wäre also für Gebiete zuständig, die Landesgröße erreichen. Damit wird eine praktische Betreuung unmöglich gemacht, also kann von Bürgernähe in diesem Zusammenhang wohl nicht die (C) Rede sein.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, daß es der FDP nach wie vor darauf ankommt, und darauf sollten wir auch hier Wert legen, möglichst einen von allen im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam getragenen Europawahlgesetzentwurf zu verabschieden.

(Beifall bei der FDP)

Es kommt darauf an, daß, solange der nationale Gesetzgeber über das Wahlsystem entscheidet, wir den gemeinsamen Willen zur europäischen Einigung auch in der Methode zum Ausdruck bringen. Das heißt für mich, auch in der Methode, mit der wir uns über ein Wahlsystem verständigen!

Deswegen kann ich nicht ganz das Bedauern über die öffentliche Auseinandersetzung zwischen den Unionsparteien unterdrücken, von der ich manchmal den Eindruck habe, daß der eine Politiker nicht weiß, was der andere wünscht. Ich meine, daß dieses Verfahren dem Ziel, die Bundesbürger für die Direktwahlen zum Europäischen Parlament zu motivieren, nicht gerade dienlich ist.

Aber um gerade den Gesichtspunkt des notwendigen Konsenses in dieser Frage und auch den Gesichtspunkt der Bürgernähe noch einmal zu betonen, möchte ich einen Vorschlag in die Diskussion bringen. Ich meine, man sollte doch einmal die von der Enquete-Kommission Verfassungsreform auf den Tisch gelegte Lösung im Hinblick auf die Direkt- (D) wahlen einbeziehen.

Diese Lösung besagt, daß man sich auch von den starren Wahlsystemen distanzieren kann. Das bedeutet — und hier will ich auch einmal auf Bayern Bezug nehmen —, vergleichbar etwa mit dem bayerischen Landeswahlgesetz könnte man dem Wähler mehr Entscheidungsmöglichkeiten einräumen, seinen Kandidaten oder Abgeordneten auf der Bundesliste aussichtsreicher zu plazieren, dem Bürger also die Möglichkeit geben, auf die Reihenfolge der Kandidaten auf einer Bundesliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament Einfluß zu nehmen.

Meine Damen und Herren, ich meine, das sollte überlegt werden. Wenn wir von Bürgernähe sprechen, so wäre sie auf diese Weise durchaus erreichbar, und zwar besser als durch Vorschläge zum Wahlsystem, wie sie unter Bezugnahme auf Landeslisten und kombinierte Wahlsysteme vorgetragen worden sind.

Ein anderer Punkt, den ich für ganz wichtig halte, soll kurz erwähnt werden. Er ist enthalten in dem Referentenentwurf, und das begrüße ich sehr. Es ist nämlich vorgesehen, daß das aktive Wahlrecht bei der Direktwahl zum Europäischen Parlament auch diejenigen Deutschen bekommen sollen, die zum Zeitpunkt der Wahl nicht in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft wohnen oder sich dort sonst gewöhnlich aufhalten.

(A) Es ist beabsichtigt nach dem Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums, dieses aktive Wahlrecht für die Deutschen in den EG-Mitgliedsstaaten nicht nur für die Wahlen zum Europaparlament zu gewähren, sondern auch zum Bundestag. Ich meine, daß dies eine dringende Forderung ist, die gerade jetzt verwirklicht werden muß: Sie ergibt sich aus den längst festgelegten Grundsätzen etwa der Freizügigkeit in der Europäischen Gemeinschaft. Ich meine, daß wir diesen Gedanken bei dieser Gelegenheit nicht vergessen sollten.

Ein weiterer Punkt: Öffentlichkeitsarbeit zur Bewußtseinsbildung für die Notwendigkeit der europäischen Einigung und der Direktwahl zum Europaparlament! Ich sagte schon, daß wir begrüßen, was im Bereich der Lehrerbildung getan wird, daß wir begrüßen, was in den Schulen getan wird beziehungsweise was dort zusätzlich getan werden soll.

Ich möchte nur bei dieser Gelegenheit feststellen, daß man nach meiner Auffassung die Werbung für Europa nicht den Pädagogen allein überlassen darf.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, meine Kollegen, daß gerade die Politiker, also wir alle, aufgerufen sind, uns in den Dienst einer solchen Werbung zu stellen, und das heißt, daß wir uns auch für die Arbeit in den Schulen, für Diskussionen etwa im Gemeinschaftskundeunterricht zur Verfügung stellen müssen, ganz konkret, daß wir bereit sein müssen, auch in die bremischen (B) Schulen zu gehen, wo man uns haben will, wo man uns einlädt, um über Europa zu diskutieren.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich ausdrücklich öffentlich das Angebot machen, daß die Bremer FDP, Partei wie Fraktion, bereit ist, durch Teilnahme an Veranstaltungen dazu beizutragen. Ich mache dieses Angebot und bin gespannt darauf, ob und in welchem Umfang es angenommen wird.

Diese Debatte erfordert, glaube ich, daß die Parteien auch einige kurze Worte über ihren grundsätzlichen Standpunkt zu Europa sagen, über die mehr technischen Fragen hinaus, die erörtert worden sind, und darum möchte ich ganz kurz zum Schluß Ihnen die vordringlichen Forderungen der FDP zu Europa vortragen.

Die FDP empfindet sich, auch wenn das etwas anmaßend klingt, als Motor des europäischen Einigungsstrebens in der Bundesrepublik. Wir glauben, und so bitte ich das zu verstehen, das dadurch zum Ausdruck gebracht zu haben, daß wir die erste Partei in der Bundesrepublik waren, die zusammen mit den anderen liberalen Parteien Europas eine Föderation zustande gebracht haben, die in Bälde ihr gemeinsames Programm für die Direktwahl zum Europaparlament vorlegen wird.

In diesem Europa sollen die liberalen Grundsätze — und dies ist uns entscheidend wichtig — von Bürgerfreiheit und Rechtsstaatlichkeit für jedermann gelten. Die FDP will die einheitliche europäische Staatsbürgerschaft. Europa braucht nicht mehr Technokratie und Bürokratie, Europa braucht Demokratie! (C)

(Beifall bei der FDP)

Die FDP fordert eine europäische Gemeinschaft mit freiheitlichem und demokratischem Aufbau. Sie fordert, sobald das Europäische Parlament gewählt ist, echte Zuständigkeiten für dieses Parlament. Die FDP will, daß die europäischen Bürger sich in einem Volksentscheid über einen Verfassungsentwurf dieses im nächsten Jahr zu wählenden Parlaments ihre Verfassung selbst geben können.

Die FDP ist aber ebenso entschlossen, für Europa auch weiterhin Leistungen zu erbringen, auch wenn das oft angegriffen wird bei uns in der Bundesrepublik. Wir sind entschlossen, für Europa auch weiterhin Leistungen zu erbringen, denn was wir für Europas Zukunft tun, das tun wir für unsere eigene Zukunft in Freiheit!

(Beifall bei der FDP)

Unsere Wirtschaft, meine Kollegen, braucht einen funktionierenden, leistungsfähigen gemeinsamen Markt. Millionen Arbeitsplätze hängen davon ab! Wenn unsere europäischen Partner wirtschaftlich nicht stark werden, können wir es nicht bleiben. Deswegen muß die Wirtschafts- und Währungsunion vorrangig unser Ziel sein. Die FDP bejaht das Ziel der Gleichheit der Lebensbedingungen in Europa und unterstützt deshalb die europäische Struktur- und Regionalpolitik, die durch eine gemeinsame Gesellschafts- und Sozialpolitik der Partnerländer ergänzt werden muß. (D)

Die FDP fordert im Bereich der Gemeinschaft die Abschaffung aller Grenzkontrollen und aller Beschränkungen der Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit. Die FDP fordert eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik für die Staaten der Gemeinschaft. Europa hat seine Aufgabe in der Welt. Es darf sich ihr nicht verweigern. Die Europäische Gemeinschaft muß offen sein für den Beitritt weiterer europäischer Demokratien.

Die Liberalen in diesem Land werden — das verspreche ich abschließend — nicht nachlassen, für diese Ziele zu kämpfen. Das einige, freiheitliche und demokratische Europa muß endlich Wirklichkeit werden!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dittrich.

Abg. **Dittrich** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Neumann, der hier sehr vehement den europäischen Gedanken vorgetragen hat, hat es leider versäumt — so wichtig nimmt er dieses Thema wohl —, sich anzuhören, was der Kollege Lahmann zu diesem Problem zu sagen hatte.

(Abg. Neumann [CDU]: Zehn Minuten nicht! Das kann einmal vorkommen!)

(A) Ich gehe davon aus, daß Sie das sicherlich nachlesen werden.

(Abg. Neumann [CDU]: Starker Beitrag, Herr Kollege! — Abg. Hollweg [CDU]: Sehr kollegial, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, wir danken dem Senat für die Antwort auf die Große Anfrage der CDU. Wir begrüßen die Ausführungen. Wir haben als Sozialdemokraten oft und deutlich genug gesagt, wie wir uns ein Europa vorstellen. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion unterstützt alle Bemühungen des Senats und der Bundesregierung in dieser Frage. Wir teilen die Auffassung der CDU, daß wenig Interesse für Europa vorhanden ist, für das Europa, das wir uns politisch vorstellen.

Wir haben aber die Frage zu stellen, woran es liegt. Bei der Darstellung der Notwendigkeit, über die Europawahlen zu reden, darf aber nicht vergessen werden, daß die Wahlen zu diesem Europäischen Parlament politische Wahlen sind, die auch von uns einen politischen Akzent erhalten müssen.

Wir haben dabei auch zu überlegen und zu bedenken, warum die Entwicklung zu einem Europäischen Parlament so schleppend und so spät in Gang gesetzt wurde. Wir haben der jüngeren Generation ins Gedächtnis zu rufen, daß mit den Römischen Verträgen auch ganz bestimmte Akzente hinsichtlich der Zuständigkeiten gesetzt worden sind, und wir wissen auch um die Bemühungen, politische (B) Integration auf diesem Gebiet zu verhindern, weil in der Sorge um ein christliches Abendland und in der Sorge etwa um eine sozialistische Mehrheit in einem Europäischen Parlament ganz bestimmte Vereinbarungen und Zusammenschlüsse verhindert wurden.

Herr Kollege Neumann, wir gehen davon aus, daß dieses Europaparlament kein Honoratiorenparlament sein wird, sondern daß hier Männer aus der politischen Verantwortung — Männer und Frauen, Entschuldigung, oder Frauen und Männer —

(Abg. Neumann [CDU]: Aha! — Abg. Lahmann [FDP]: Sehr gut!)

in diesem Land mit einem politischen Mandat ausgestattet sein werden und daß sie in erster Linie die bundesrepublikanische Vertretung in diesem Parlament wahrzunehmen haben. So werden wir Sozialdemokraten auch an die Besetzung der Liste herangehen.

Sie haben von existenzgefährdender Bedeutung gesprochen im Zusammenhang mit Europa in einem ganz bestimmten Bereich. Wir wissen um diese Problematik. Wir Sozialdemokraten haben durch die Aussagen von Wilhelm Kaisen sehr früh dazu Stellung bezogen. Wir haben uns die Sache, für ein Europa einzutreten, nicht leicht gemacht.

Was die Wettbewerbsnachteile in der Verkehrspolitik angeht, so meine ich, leiden wir heute noch darunter, daß die von der damals durch CDU und CSU getragene Bundesregierung verkehrspolitisch (C) in erster Linie eine Anbindung an den Westen betrieben hat und daß der Ausbau ganz bestimmter Verkehrswege in Richtung Westen deutlicher vorangetrieben wurde als in eine andere Richtung. Das ist heute noch unser Problem der Verkehrsanbindung des norddeutschen Raumes.

(Abg. Neumann [CDU]: Was hat das mit der Konkurrenz der Benelux-Häfen zu tun?)

Ich treibe hier ein wenig Politikgeschichte und wollte Ihnen in Erinnerung zurückrufen, woran es heute noch liegt, daß wir mit diesen Wettbewerbsnachteilen zu kämpfen haben. Das sollte gesehen werden.

Diese Passage Ihrer Rede, Herr Kollege Neumann, war keine Rede für Europa. Ich bitte, einmal darüber nachzulesen, wie denn die Parteien mit dem hohen C in Europa über europäische Politik gedacht haben und über die Zuständigkeiten in einem Europäischen Parlament und wie schwer es war, gemeinsame Verkehrspolitik in einer ganz bestimmten Richtung zu treiben.

Wenn Sie Verkehrspolitik sagen, Herr Kollege Neumann, dann meinen Sie doch in erster Linie ganz bestimmte Verkehrsträger. Es gab keine Übereinstimmung in ganz bestimmten europäischen Regierungen zum Beispiel zu den unterschiedlichen Strukturen der Schienenträger. Wir haben in ganz bestimmten Bereichen, was das Kraftfahrwesen angeht, (D) doch erhebliche Nachteile hinnehmen müssen zu einem Zeitpunkt, als der Verkehrsminister noch Seebohm hieß. Das wissen wir. Das haben wir getragen, alle gemeinsam.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Der hat viel für Bremen getan!)

Ja, er hat die Anbindung an die Lüneburger Heide doch erheblich ausgebaut!

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Sehen Sie nach, was er für Bremen getan hat! — Unruhe)

Sie haben über das System der Wahl gesprochen. Sie werden mir verzeihen — ich möchte jetzt auf Ihre Anfrage zurückkommen —, wenn ich hier den Urahn Ihrer Partei, Konrad Adenauer, unbestritten einer der Vertreter des europäischen Gedankens, in Anspruch nehme. Es mag sein, daß er taktisch mit Ihnen auf einer Linie gewesen wäre, aber ebenso sicher ist, daß er mit mir übereinstimmen würde, wenn ich sage, der Zusammenschluß Europas sollte uns zuviel bedeuten, um einen Kettenbruch des auseinanderstrebenden Tandems CDU/CSU zu reparieren.

Wir sollten die Dinge hier einmal beim Namen nennen. Den Nordlichtern steht das Kreuther Gespenst ins Haus. Wie anders soll man die Tatsache werten, daß Sie „Ihre" Große Anfrage fast wörtlich

(A) aus der Anfrage Ihrer Schleswig-Holsteiner Kollegen abgeschrieben haben, fast wörtlich! Sie haben lediglich dort, wo das Wort „Schleswig-Holstein" steht, „Bremen" eingesetzt. Sie haben eine Reihe von Fragen, die Ihre Schleswig-Holsteiner Kollegen gestellt haben, weggelassen.

(Abg. Neumann [CDU]: Sehen Sie einmal in Baden-Württemberg nach! Da werden Sie genau das gleiche sehen!)

Ich stelle Ihnen dann diese Anfrage gern zur Verfügung. Das ist sicherlich Zufall.

(Abg. Neumann [CDU]: Die haben wir gehabt! Das ist kein Zufall!)

Ich möchte Ihre Anfrage auch zum Anlaß nehmen, auf Ihre Parteitagsäußerungen hinzuweisen, das Parlament — um welchen Preis auch immer — mit Initiativen zu überschütten, egal ob sie effektiv sind oder ob sie uns nur beschäftigen.

(Abg. Wilhelms [CDU]: Zum Thema!)

Mich ärgert es, wenn hier unterstellt wird in Ihrer Anfrage, der Senat hätte maßgeblichen Einfluß auf das europäische Wahlgesetz. Sie wissen, daß das nicht so ist. Sie haben einen Brief unseres Parteifreundes Seefeld zitiert.

(Abg. Neumann [CDU]: Sie täuschen sich, Lange hieß der!)

(B) Das war das Anschreiben! Ich darf aus diesem Schreiben mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

„Das Wahlverfahren muß dem europäischen Bewußtsein der Öffentlichkeit Rechnung tragen. Europapolitik ist auch im öffentlichen Bewußtsein zum allergrößten Teil Sache des Bundes, nicht der Länder. Daher wäre ein System von Landeslisten für den Bürger kaum einsehbar. Er könnte nicht begreifen, wenn in diesem Punkt das Prinzip der Verfassungskonformität im Wahlgesetz und im Willensbildungsprozeß der Parteien durchbrochen würde. Er würde auch nicht begreifen, wenn im Gegensatz zu allen anderen Mitgliedsstaaten allein in der Bundesrepublik die Kandidaten zum Europäischen Parlament von den einzelnen Landesverbänden benannt würden. In den anderen Mitgliedsstaaten werden die Kandidaten mangels entsprechender Zuständigkeiten bei den regionalen Gliederungen durch die nationalen Parteiorganisationen bestimmt."

An einer anderen Stelle wird gesagt — ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten —:

„Die Widerspiegelung der politischen Kräfteverhältnisse: Eine Verhältniswahl nach Bundeslisten sichert eine verhältnisgetreue Abbildung der politischen Stärkeverhältnisse in der Bundesrepublik. Sie ermöglicht auf eine einfache Art eine Repräsentanz aller Bundesländer sowie eine auch aus sachlicher Hinsicht ausgewogene Vertretung. Sie trägt durch die bundeseinheitliche Bewerberaufstellung dem gesamteuropäischen Charakter der Wahl Rechnung und berücksichtigt durch Zulassung gemeinsamer Bundeslisten die Besonderheiten des deutschen Parteiensystems." (C)

Darauf kommt es uns an. Wir wollen deutlich machen, daß wir Sozialdemokraten in dieses Europäische Parlament schicken möchten.

Wenn nicht der Bund, die Parteien oder ihre Mandatsträger, wer sollte dann die Sache in die Hand nehmen? Wir glauben, daß die Parteien in erster Linie aufgerufen sind, deutlich zu machen, wo die Verantwortung bei diesen europäischen Wahlen liegt. Dabei gehen wir natürlich davon aus, daß der Senat — wie das hier auch zum Ausdruck gekommen ist — deutlicher den europäischen Gedanken voranstellen sollte, insbesondere der jungen Generation. Wenn wir das tun, brauchen wir Geld, und dann müssen wir den Senat dazu mit den für diese Werbung erforderlichen Mitteln ausstatten. Aber dann kommen Sie sicherlich mit Bedenken, wir würden politische Propaganda betreiben und Öffentlichkeitsarbeit für die Sozialdemokraten.

Gern möchte ich noch folgendes sagen: Es ist schon sehr wichtig, daß in der ersten Legislaturperiode eines direkt gewählten Europäischen Parlaments eine bremische Stimme in Straßburg zu vernehmen ist. Wir Sozialdemokraten werden alles dazu tun, daß das so sein wird.

Wir machen uns aber auch nichts vor, die Schaltstellen Europas werden noch lange Zeit in Brüssel verbleiben. Viel wichtiger als regionale Eitelkeiten und Möglichkeiten der Einflußnahme wird es deshalb in den ersten Monaten dieses Parlaments sein, seine Befugnisse zu erweitern, das Budgetrecht zumindest anzupeilen und eine echte legislative Kraft gegen die Brüsseler Kommission zu installieren. Das kann nur mit Zustimmung und mit der Kraft des jeweiligen entsendenden Landes geschehen. Darauf sollten wir uns mit aller Kraft konzentrieren. (D)

In Straßburg werden nicht bundesrepublikanische Bundesländer, sondern europäische Bundesländer repräsentiert sein. Das macht Denken in größerem Maßstab notwendig. Dieses Denken in größerem Maßstab erwarten wir auch von unseren Partnern. Wir machen es deutlich in dem politischen Zusammenschluß auf der Ebene der Sozialdemokraten und der Sozialisten in Europa. Trotzdem werden wir selbstverständlich bemüht sein, in der deutschen Fraktion im Europäischen Parlament unseren regionalen Einfluß zu sichern. Aber das geht aus vielerlei Gründen, die hier bereits angerissen wurden, eher über eine Bundesliste als über Ihre Landesliste.

Wir bitten Sie, diesen Parteiegoismus in dieser Frage zurückzustellen. Wir glauben auch, daß nach den Informationen, die uns vorliegen, auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sich letztlich aus politischen Gründen einer solchen Regelung anschließen wird. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir die Sitzung jetzt unterbrechen bis 16.30 Uhr.

Ich berufe die Interfraktionelle Besprechung ein. Wir wollen uns jetzt über den Fortgang der weiteren Beratung unterhalten, wie wir die einzelnen Tagesordnungspunkte zur Erledigung bringen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 16.30 Uhr und bitte die Mitglieder der Interfraktionellen Besprechung in mein Dienstzimmer.

(Unterbrechung der Sitzung 16.01 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 16.36 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir befinden uns in der Beratung des Punkts „Probleme der angestrebten europäischen Einigung", Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 1. Februar 1977.

Wir fahren in der Aussprache fort.

Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine (B) Herren! Die prinzipiell festzustellende Übereinstimmung in diesem Hohen Haus mit der Auffassung des Senats verwundert mich nicht, denn seit der Wiedererlangung unserer Staatlichkeit im Rahmen der Bundesrepublik hat das Land Bremen wiederholt und exemplarisch seine Bereitschaft gezeigt, sich stärker als mancher auf der Bundesebene — mindestens gilt das für die Sozialdemokraten und für die Freien Demokraten — den Einigungsbestrebungen Europas anzuschließen. Die Christdemokraten der damaligen Zeit waren von vornherein auf eine baldige europäische Einigung eingestellt.

Damals — das waren die Jahre der Hoffnung, verbunden mit Namen wie Schumann, de Gasperi, Adenauer und Spaak — vertraten die Sozialdemokraten als Position den Versuch, die staatliche Einheit zu retten oder zu erhalten, mindestens aber wiederzuerlangen. Wir wollten nicht durch eine westeuropäische Einigung die Trennung Europas dauerhaft zementieren. Auch viele Freie Demokraten haben damals diese Position vertreten.

Hier in Bremen war Bürgermeister Wilhelm Kaisen schon sehr früh durch seine Gespräche mit dem Ministerpräsidenten der späteren DDR zu der Auffassung gelangt, es werde auf absehbare Zeit keine echte Chance geben, eine Wiedervereinigung unter vernünftigen freiheitlichen Gesichtspunkten sicherzustellen. Deswegen hatte der Senat — zunächst der SPD/FDP-Senat, später der SPD/FDP/CDU-Senat — sich nachdrücklich eingesetzt für die Unterstützung der Montanunion, eingesetzt für eine europäische Verteidigungsarmee, die später einmündete in (C) die NATO-Konzeption, eingesetzt für die EWG, eingesetzt für die Westeuropäische Union und nicht zuletzt auch dafür eingesetzt, daß wir — wenn schon nicht mit einem großen, dann zumindest in konkreten kleinen Schritten — zu einem besseren Verständnis im westlichen Europa kommen.

Damals gab es eine junge Generation mit der Hoffnung, sehr schnell, sehr kurzfristig hier im Westen etwas Neues entwickeln zu können. Es kann gar nicht bestritten werden, daß wir heute nicht mehr unter den Bedingungen der fünfziger Jahre diskutieren. Was ist in dieser Zwischenzeit geschehen? Was ist heute Realität für die junge Generation Europas? Nicht mehr das gleiche, wie wir es 1950 bis 1955 erlebten! Was bedeuten denn heute Schlagbäume für einen der Jüngeren? Wer kann nicht ohne Schwierigkeiten mit dem Personalausweis nach Nizza, in die Bretagne, nach Paris, nach Holland, nach England reisen, ohne daß jemand fragt, was er da will?

(Abg. Wilhelms [CDU]: England Paß!)

Na gut, noch ein Paß! Wie lange ist denn England in der EG? Wo sind Schwierigkeiten? Wo sind Visen? Wo sind die Befragungen, die wir mitgemacht haben? Vergessen Sie nicht, damals wurden wir alle noch peinlichst befragt mit 131 Fragen, wenn wir ein Visum haben wollten! Das ist vorbei.

Für junge Menschen ist es nicht außergewöhnlich, mit Engländern, Franzosen, ja auch mit Polen und (D) Russen zusammenzukommen. Man spricht miteinander und spürt nicht mehr das, was wir damals als Trennung, als geschichtliches Erbe, als Vergiftung durch die Vergangenheit gespürt haben. Es ist also kein Wunder, daß dies schon eingegangen ist in den Alltag.

Für einen Teil der Wirtschaft ist Europa heute auch etwas anderes als damals: Nicht mehr Hoffnung, sondern teilweise Realität, belastete, schwierige Realität zwar, wie manches im Leben, aber im industriellen Bereich haben wir gleichwohl relativ viele gemeinsame Positionen. Die Agrarwirtschaft hat sogar in meinen Augen eine in mancher Hinsicht übersteigerte Position gefunden. Aber das waren die Grundlagen für das Wirken von Regierungen miteinander.

Wir haben zu respektieren, daß wir alle in unseren nationalen Regierungen natürlich auch bei europäischen Schritten auf die Wählerschichten achten, von denen die Regierungen getragen werden. Diese sehen eben in Frankreich anders aus als in Italien, bei uns anders als in England, in Holland anders als in Belgien. Das ist doch ganz legitim, und wir sollten nicht versuchen, wichtige Differenzen und Unterschiede zu verdecken, sondern sie als Realität zu sehen und dann zu prüfen, was man aus solchen Systemen gemeinsam entwickeln kann.

Eine Zollunion haben wir, und wir haben eine Reihe kleinerer Erfolge in der Großforschung, in der wir hervorragend zusammenarbeiten. Gleich-

(A) wohl hindern uns noch nationale Eifersüchteleien, mehr zu tun. Aber wir sind auf dem Wege zusammenzufinden. Was uns konkret fehlt, ist eine europäische Konzeption für die Sozialpolitik. Was uns fehlt, ist eine europäische Konzeption für die Lohn- und Einkommenspolitik. Was uns fehlt, ist eine Konzeption für die Steuerpolitik. Das alles gehört nämlich zusammen, weil man ohne Steuer- und Sozialpolitik keine Einkommenspolitik entwickeln kann.

Wir haben deswegen die Besorgnis, daß — wenn wir nicht aufpassen — wir zwar Europa ökonomisch organisieren, aber die Menschen konkret nicht so ansprechen, daß sie auch ihre Interessen bündeln können für eine gemeinsame europäische Aufgabe, verknüpft mit der Hoffnung, aus einer gemeinsamen stärkeren Europäischen Gemeinschaft dann auch unseren Beitrag leisten zu können — einen größeren als heute — für die Entwicklung der Dritten Welt.

Darüber hinaus wird ein solches Europa auch in anderen Fragen jedenfalls nicht so schwach sein, wie es gelegentlich im internationalen Spiel großer Supermächte heute noch ist.

Doch der Bruch in der europäischen Einigungsbewegung hat im Jahr 1965 stattgefunden mit der Politik des leeren Stuhls, als nämlich in Europa vom Einstimmigkeitsprinzip übergegangen wurde zu dem Mehrheitsprinzip, als der Versuch gemacht wurde, die Europäische Gemeinschaft zu einer suprastaatlichen Organisation auszuformen und die nationalen (B) Interessen zurückzustellen. Sie wissen, daß sich damals als erstes Frankreich distanzierte, aber daß auch andere Staaten ganz allmählich von diesem Weg abgekommen sind. Der Beitritt von England und Irland zum Beispiel hat diesen Aspekt noch verstärkt.

Ich glaube nicht, daß wir deshalb dieses Europa realisieren können mit schönen Deklamationen, sondern wir werden mühsam Stück für Stück daran basteln müssen, daran arbeiten müssen, um etwas zu entwickeln, das über den gegenwärtigen Stand hinausgeht. Wir werden — so sehr ich die Politik des leeren Stuhls, die Entscheidung von de Gaulle damals bedauere — eines wiederum akzeptieren: Der einzig mögliche Weg ist in meinen Augen tatsächlich, Europa zu organisieren als ein Europa der Vaterländer.

Ich glaube nicht, und damit bin ich bei Herrn Lahmann, daß die Forderung nach einer einheitlichen Staatsbürgerschaft in Europa wirklich der Weisheit letzter Schluß ist.

(Abg. Lahmann [FDP]: Ist noch nicht reif!)

Ich frage jetzt nicht, wie sich etwa Frankreich dazu äußert, das in einem schwierigen Abstimmungsprozeß in der Nationalversammlung erst noch ja sagen muß zur Europawahl. Ich weiß schon, was England sagen wird, daß es nämlich auf keinen Fall den Weg mitgehen wird.

Ich frage, wissen wir Deutsche, was die Konzeption einer europäischen Staatsangehörigkeit, die sich auf Westeuropäer beschränkt, wirklich bedeutet? Das bedeutet nicht nur die Aufgabe der staatlichen nationalen Souveränität der Bundesrepublik, das bedeutet vielmehr als Konsequenz, daß einem monolithischen westeuropäischen Block fast zwangsläufig ein monolithischer osteuropäischer Block folgen würde, ebenfalls mit einer einheitlichen Staatshoheit. Dann würden die Freiheitskämpfe Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns alle ihre Bedeutung verloren haben. Für uns Deutsche aber würde noch sehr viel stärker die Besorgnis wirken, daß der Anspruch auf nationale Selbstverwirklichung, auch wenn er nur in sehr weiter Ferne liegt, damit endgültig aufgegeben wird. (C)

Das einzige, was für einen solchen Vorschlag sprechen würde: Wir hätten keine Probleme mehr mit Artikel 116 des Grundgesetzes. Aber genau das möchte ich nicht, daß wir auf Kosten der Aufgabe dieser staatsbürgerlichen Ansprüche, etwa der Deutschen in der DDR, nun sagen, flüchten wir in eine europäische Staatsangehörigkeit, und wir sind dann dieser Probleme ledig.

Ich bitte die Kollegen aus der FDP, diesen Bereich doch noch einmal zu überdenken, und ich stelle die Frage, ob das sowohl im deutschen als auch im europäischen Interesse wirklich die Antwort für morgen ist oder ob wir nicht unter Umständen andere die Zeche zahlen lassen, die an sich auf unsere Hilfe angewiesen sind. (D)

(Abg. Lahmann [FDP]: Kann nur ein Fernziel sein!)

Wenn Sie sagen, daß wir eines Tages ein Europa bis zum Ural erreichen, das freiheitlich organisiert ist, brauchen wir uns darüber gar nicht zu unterhalten. Nur, im Augenblick bin ich in der realen Situation des Jahres 1977 und habe nicht diesen Traum.

(Beifall bei der SPD — Abg. Lahmann [FDP]: Haben Sie keine Träume?)

Träumen darf man, natürlich! Es gibt keine Politik ohne große Visionen. Wenn Sie hier eine Vision dargestellt haben, akzeptiere ich das. Nur, dann wäre es gut gewesen, sie nicht zu beziehen auf die europäische Einigung, von der wir hier sprechen. Das ist eine ganz andere Hoffnung, ein ganz anderer Traum. Ich wäre schon zufrieden, wenn der kleine Traum Westeuropa unter vernünftigen Bedingungen realisierbar wäre, und ich spreche auch nur von diesem kleinen Traum hier, von der kleinen Aufgabe, nein, von der großen Aufgabe, in kleinen Schritten dahin zu kommen.

(Zuruf von der CDU)

Nun, ich glaube, ein wirklicher christlicher Demokrat sollte auch bis zum späteren Ende noch Träume haben, Hoffnungen haben, Ziele haben und die Gewißheit haben, daß er ohne Ziel sein Leben nicht

(A) christlich verwirklichen kann. Aber ich gebe zu, auf diesem Gebiet bin ich theologisch etwas besser bewandert als Sie, Herr Hollweg, es schadet ja auch nichts!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Erst mit dem Beginn der sozialliberalen Koalition in Bonn, damals zunächst durch die Intervention von Willy Brandt auf der Haager Europäischen Gipfelkonferenz von 1969, ist Europa wieder in Bewegung geraten. Wir haben in einer entscheidenden Frage einen Durchbruch erzielt, nämlich die Aufnahme Englands und Dänemarks in den EG-Bereich. Dieser Durchbruch war insbesondere hier im nordwestlichen Teil Deutschlands stark befürwortet worden, aber wir wissen auch, wo die Schwierigkeiten liegen. Die ökonomische Struktur Irlands, die ökonomische Struktur Großbritanniens, die ökonomische Struktur Dänemarks haben das Einigungswerk nicht erleichtert.

Wir müssen auch weiter denken an die kommende Zeit, wenn Portugal und Spanien, Griechenland und die Türkei zur Diskussion stehen. Im Beispiel der Türkei kann man doch nicht einfach von europäischer Einigung sprechen, es sei denn, ich akzeptierte, daß der frühere Staatspräsident der Türkei, der Jungtürke der zwanziger Jahre, Kemal Atatürk, der die Türkei zu Europa bringen wollte, auch heute noch für die Türkei sprechen kann.

Tatsache ist aber, daß die türkische Führung heute (B) sich zwar ökonomisch mit Europa verflechten möchte, aber keine europäische Einigung einschließlich der türkischen Nation akzeptieren kann. Sie versteht sich als eine Gliedgemeinschaft zwischen der islamischen und der europäischen Welt. Deswegen kann ich bei Europa im Sinne der EG auch von der Türkei sprechen, aber nicht im Zusammenhang mit dem staatlichen Einheitsbereich Europas. Das letztere ist eine Konzeption, die jedenfalls von Ankara nicht getragen wird, heute nicht mehr, möglicherweise morgen wieder, aber das ist eine türkische und keine europäische Entscheidung.

Wenn wir also sagen, in welche Schwierigkeiten diese europäische Gemeinschaft, die heute stärker eine industrielle als eine politische Gemeinschaft ist, gekommen ist und wie wir die Probleme überwinden wollen, dann bin ich gern bereit, all das aufzunehmen, was hier von Herrn Neumann, von Herrn Lahmann, von Herrn Dittrich gesagt worden ist zum Substantiellen in der politischen Auseinandersetzung.

Ich sage Ihnen auch, daß wir überhaupt nur zu einer Lösung kommen werden, wenn es uns gelingt, in Europa selbst zu einem besseren Verständnis der ökonomischen und der sozialen Probleme der jeweiligen Regionen zu kommen. Im Widerspruch von ökonomischen Konzeptionen und regionalen Konzeptionen ist Europa nicht zu fördern. Deswegen hängen entscheidende europäische Fortschritte davon ab, daß die wirtschaftliche Stabilität der Einzelstaaten gesichert wird.

Das ist keine Vorstellung von Bundeskanzler (C) Helmut Schmidt allein, sondern das ist die entscheidende Grundlage des Berichts des belgischen Ministerpräsidenten Tindemans, der den Christdemokraten zugerechnet wird. Herr Tindemans ist ebenfalls der Auffassung, daß beispielsweise schon im Bereich der Währung sich zeigen wird, ob ein solches Europa machbar oder möglich ist. Deswegen sein überzeugendes Plädoyer für die Sicherung der europäischen Währungsschlange, um durch intereuropäische Wechselkurse dafür zu sorgen, daß wir mit unserer Währung nicht allein von Einflüssen, die außerhalb Europas geboren werden, abhängig werden!

Mit einem Satz: Wir haben noch vielfältige Probleme in den sachlichen Bedingungen des Zusammenlebens gemeinsam zu überwinden, und wir werden am ehesten damit fertig, wenn wir respektieren, daß dieses Europa eine Organisation von Menschen und von Staaten ist, die alle ihre eigene Kultur, ihre eigene Geschichte, ihre eigenen Erlebnisse und ihre eigenen Träume haben. Wir werden Europa nur erreichen können, wenn diese Erlebnisse, diese Kulturen und diese Geschichte eingebettet werden in ein größeres Ganzes, ohne daß der einzelne auf seine eigenen Bindungen verzichten muß.

Sind wir da einer Meinung, dann werden wir auch einiges dazu sagen müssen, daß uns Deutschen der Vorwurf gemacht wird, wir seien neuerdings europafeindlich, und zwar deshalb, weil wir uns (D) gelegentlich weigern, Zahlmeister Europas zu sein. Nein, meine Damen und Herren, an dieser Behauptung ist so vieles richtig, wie vieles falsch ist. Für die Kassen der Gemeinschaft stammt im Augenblick der höchste Anteil aus deutschen Mitteln. Mehr als 35 Prozent der Kosten werden von uns getragen. Das können und müssen wir leisten, weil die Ertragskraft unserer Wirtschaft günstiger ist als die Ertragskraft anderer Länder. Wir leisten hier unseren europäischen ökonomischen Beitrag.

Wir haben darüber hinaus in erheblichem Umfang dafür gesorgt, daß unmittelbar oder mittelbar durch eine internationale gemeinschaftliche Hilfe die Nachbarn im Süden und im Nordwesten Europas, die zu dieser Europäischen Gemeinschaft gehören, durch Stützung ihrer Zahlungsmittel und durch Finanzhilfen die Chance erhalten, ihre Wirtschaft und damit ihre ökonomische Basis zu stärken und zu verbessern. Auch das ist ein europäischer Beitrag!

Wir werden noch auf lange Sicht Stabilitätsbeiträge zu leisten haben, um sicherzustellen, daß alle die richtigen Konsequenzen aus den bitteren Erfahrungen von 1930 bis 1933 oder 1935 ziehen, wo durch die Isolierung nationalstaatlicher ökonomischer Abläufe ein Staat nach dem anderen in Europa in wirtschaftliche Gefahr geriet, eine Volkswirtschaft nach der anderen zerbrach und zum Schluß in Europa Millionenheere von Arbeitslosen vorhanden waren.

(A) Wir wissen heute: Wir können nicht auf Dauer gesund leben, wenn der Nachbar an ansteckenden Krankheiten leidet. Also haben wir gemeinsam dafür zu sorgen, daß ein vernünftiger Gesundungsprozeß erfolgt. Nur bitten wir manche auch, dann nicht mit einer Lungenentzündung in den Sturm hinauszugehen, sondern sich dann ein bißchen ihrem Zustand entsprechend zu verhalten.

Diese Grundposition ist heute weitgehend anerkannt, sie wird auch nicht mehr bestritten, weder im Bereich des Bundes der sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien in Europa, noch in der neuen Vereinigung der christdemokratischen und volkskonservativen Parteien, noch in der Union der liberalen Parteien.

Wir haben interessanterweise auf der europäischen Ebene ein größeres Verständnis für einen solidarischen europäischen Prozeß als zu Hause und vielleicht gibt uns das die Hoffnung, daß das, was hier zu Hause nicht möglich war, vielleicht in Europa doch noch möglich wird: Nämlich aufeinander zuzugehen, um die Zukunft gemeinschaftlich zu gestalten. Wir halten es für ermutigend, daß die europäischen christdemokratischen Parteien es abgelehnt haben, die vergiftende Wahlkampfformel von Freiheit oder Sozialismus in ihre Konzeption eines europäischen Wahlkampfes zu übernehmen, um nur ein Beispiel einmal aufzuzeigen. Es kann eine Hoffnung sein, daß vielleicht von Europa neue Vernunft auch in die Teilbereiche Europas hineinfließt.

(B) (Beifall bei der SPD)

Nun zum Problem des Wahlrechtsvorschlags! Wegen seiner Bevölkerungszahl hat das Land Bremen nur bei Einführung eines mehrheitsbildenden Wahlrechts die absolute Gewähr auf einen Sitz im Europäischen Parlament. Hätten wir nur reine Wahlkreise mit Mehrheitsbildung, so wäre ganz klar, daß wir auf unsere Bevölkerungszahl berechnet auch einen Wahlkreis erhalten beziehungsweise sein würden.

Nur, was sind mehrheitsbildende Wahlkreise? Meine Damen und Herren, so schön es vielleicht für einen Sozialdemokraten sein kann zu sagen, fein, dann werden wir einmal ohne allzu große Anstrengungen einen Kandidaten durchsetzen, so sehr weiß ich auch, daß wir trotz vieler Anstrengungen in anderen Bereichen unseres Vaterlandes keinen Abgeordneten bekommen werden. Aus diesem Grund halte ich das nicht für eine politisch gute Lösung. Wir würden sonst wieder Regionen bekommen in einer Farbgewandung, die zwar farblich kräftig, aber keineswegs immer harmonisch sein muß.

Ich war schon in anderen Fällen immer ein überzeugter Gegner eines Mehrheitswahlrechts, denn darin sehe ich die absolute Diskriminierung einer Partei, die möglicherweise mit wenigen Prozenten an Wählerstimmen immer mehr Einfluß hat, als ihr zusteht,

(Beifall bei der SPD)

die ich aber nicht über ein unfaires Wahlrecht aus der Politik verdrängt wissen will! (C)

(Abg. Lahmann [FDP]: Beim zweiten Teil des Satzes klatsche ich!)

Ja, das haben wir einmal auch schon gemeinsam vertreten, die SPD und die FDP hier in Bremen, wie gesagt, mit Erfolg sogar auf Bundesebene.

Deswegen stehen die zwei Überlegungsvorschläge, die der Kollege Neumann eben angesprochen hat, zur Diskussion: Die Bundesliste, für die der Senat sich eindeutig ausspricht, und die Liste mit einem Regionalverbund. Ich würde nicht sagen, es sei der Untergang Bremens, wenn wir mit Niedersachsen eine gemeinsame Wahlregion bilden. Auch bei einer gemeinsamen Wahlorganisation in Nordwestdeutschland zu viert sehe ich keine staatlichen Probleme. Dadurch würde unsere staatliche Unabhängigkeit nicht gefährdet!

Nur, warum kommt der Kollege Neumann zu einem solchen Vorschlag? Doch nicht wegen der Überschaubarkeit, sondern weil er genauso wie wir rechnet, und das halte ich in der Politik für legitim. Ich habe etwas dagegen, über Wahlverfahren und Wahlrecht zu sprechen als seien das nur hehre Prinzipien. Alle Wahlrechtskonzeptionen waren immer auch die Überlegungen der jeweiligen Mehrheit, diese Mehrheit zu halten, und es waren immer Überlegungen der anderen, die diese Mehrheit nicht hatten, sie zu bekommen.

(D) (Abg. Jackisch [CDU]: Mengenlehre!)

Na, wissen Sie, ich könnte jetzt, Kollege Jackisch, über die Qualität von Menge sprechen! Darauf verzichte ich jetzt einmal. Ich will jetzt nicht von Menge sprechen, sondern von ganz simplen Zahlenbeispielen.

Nun hat natürlich der Kollege Neumann das ganz geschickt verflochten mit regionalen Aspekten, die er aber gar nicht meint. Doch, ich bitte um Entschuldigung, in einem Fall sieht er einen regionalen Aspekt, den er gern bekämpfen möchte, nämlich daß da eine Mannschaft von Kreuth plötzlich sagt, auch wir wollen eine Bundesliste, weil wir jetzt einen Testfall haben, um festzustellen, ob wir auf der Bundesebene nicht unter Umständen doch die erforderlichen zusätzlichen drei oder vier Prozent bekommen können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin seiner Meinung: Er soll das verhindern. Ich habe kein Interesse daran, einen solchen Testfall zu erleben. Wenn er negativ ausgeht, ist es für die SPD gar nicht gut, dann droht Herr Strauß morgen nicht wieder, und geht es positiv aus, ist es für uns im Endergebnis auch nicht gut. Deswegen habe ich ganz legitim kein Interesse an einer solchen Erprobung.

Nur bin ich nicht bereit, die Schwierigkeiten des Bundesvorstandes der CDU mit dem Vorsitzenden

(A) der CSU auf unserem Rücken auszuräumen. Da wünsche ich mir Kraft und Mut bei den großartigen Vertretern im Bundesvorstand der CDU, ihren bayerischen Freunden einmal wirklich die Zähne zu zeigen. Herr Neumann, beißen Sie einmal da genauso, wie Sie gelegentlich bei mir versuchen zu nagen!

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Kurzum, der Senat tritt ein für eine Bundesliste. Ich trete aber auch aus einem objektiven Grund dafür ein: In der sozialdemokratischen Partei ist gesichert, daß bei einer Bundesliste alle Länder jedenfalls ein Mandat bekommen werden.

Ich hoffe, ja, ich bin fast sicher, Herr Kollege Neumann, daß auch Sie so etwas in der CDU durchsetzen können, mehr sicher nicht. Wir Kleineren werden nicht die Proporzverhältnisse in unseren Parteien verändern können, aber da wir von 78 Mandaten auszugehen haben, die Freien Demokraten nach bremischen Wahlergebnissen acht, nach bayerischen Wahlergebnissen sechs Mandate bekommen werden, und 72 Mandate dann zur Verfügung stehen für die beiden großen Parteiengruppierungen — immer zwei heruntergerechnet, je nachdem, wie stark gerade die jeweilige Position der einen oder anderen Partei ist —, müßten die großen Parteien in der Lage sein, jedes Land mit einem chancenreichen Kandidaten auszustatten. Dabei wird die Wahl des Kandidaten nicht vorrangig geschehen auf Bundesparteitagen, das sind formale Bestätigungen, sondern dann wird die regionale Entscheidung (B) notwendig sein.

Deshalb unterstelle ich, denn soviel Kraft traue ich Ihnen zu, Herr Kollege Neumann, daß wir zwei bremische Vertreter auf jeden Fall bekommen, einen sozialdemokratischen und einen christdemokratischen. Ich mache Ihnen Mut, Herr Neumann! Verzagen Sie nicht, kämpfen Sie um ein christdemokratisches Mandat für Bremen!

Schwieriger ist es bei der FDP, die natürlich von ihrem Wahlergebnis in Bremen her einen originären Anspruch hätte, sich entsprechend repräsentieren zu können, aber zahlenmäßig, das wissen wir, unter Umständen von den großen Landesverbänden der FDP abgehängt werden könnte.

Aber, so sage ich, wir haben zweieinhalb Chancen, korrekt, die wir bei anderen Wahlsystemen nur mit Krampf bekommen würden. Ich bin gegen Krampf, ich bin für offene Fronten und wünsche Ihnen, Herr Neumann, dabei viel Erfolg!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der mündlichen Antwort des Senats Kenntnis.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt 17 Uhr. Wir haben vorhin eine Interfraktionelle Besprechung gehabt, in der wir uns Gedanken über den Ablauf der übrigen Beratungspunkte gemacht haben, (C) wie wir zu einem abschließenden Ergebnis kommen können. Wir haben uns über Redezeiten verständigt, die ich Ihnen jetzt zur Kenntnis geben will.

Wir beginnen morgen erst um 10.30 Uhr. Das war ein Wunsch der CDU-Fraktion, um einige Punkte, die noch nicht in der Fraktion beraten worden sind, morgen vormittag beraten zu können.

Wir haben folgende Redezeiten beschlossen:

„Mittelstandsförderungsgesetz", CDU bis zu 25 Minuten, SPD und FDP bis zu 15 Minuten; „Gesetz über einen Vorbereitungsdienst außerhalb des Beamtenverhältnisses", je Fraktion bis zu 10 Minuten; „Ölabschöpfboot", SPD bis zu 15 Minuten, CDU und FDP bis zu 10 Minuten; für die miteinander verbundenen Punkte a) „Kunst- und Musikunterricht in der Orientierungsstufe" (Antrag der CDU), b) „Kunst- und Musikunterricht in der Orientierungsstufe" (Antrag der FDP), c) „Orientierungsstufe" (Antrag der SPD), je Fraktion bis zu 20 Minuten; „Zulassungsbeschränkungen", je Fraktion bis zu 15 Minuten; „Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetz", damit verbunden „Dringlichkeitsantrag der CDU", je Fraktion bis zu 15 Minuten, wird zu Beginn der Donnerstag-Sitzung aufgerufen.

Wenn wir das so beschließen würden, würden wir um 16 Uhr bei der Stadtbürgerschaft sein, für die wir folgende Redezeiten beschlossen haben:

„Erhaltung des Ortsteils Seehausen/Hasenbüren", (D) je Fraktion bis zu 15 Minuten; „Geschwindigkeit von Kraftfahrzeugen in Wohnstraßen", je Fraktion bis zu 10 Minuten; „Wiederaufnahme des Fährbetriebs in Woltmershausen", je Fraktion bis zu 10 Minuten; „Konzept zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im öffentlichen Personennahverkehr", damit verbunden „Grundsätze für die bremische Verkehrspolitik", je Fraktion bis zu 20 Minuten; „Nichteinrichtung von Orientierungsstufen an Gesamtschulen", je Fraktion bis zu 10 Minuten; „Ausschreibung Ostertor/Remberti", je Fraktion bis zu 10 Minuten.

Das sind nur die Redezeiten, die sich die Fraktionen vorgenommen haben. Der Senat ist dabei selbstverständlich nicht berücksichtigt, wobei wir davon ausgehen, daß der Senat der beschlossenen Redezeit Rechnung trägt. Wenn wir das so beschließen, wird morgen ohne Kaffee- und ohne Abendbrotpause vor 21 Uhr nicht Schluß sein. Ich rechne mit 22 Uhr. Das ist das, was jetzt vorgesehen ist.

Ist das Haus mit dieser interfraktionellen Empfehlung einverstanden?

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Nein!)

Kein Einverständnis?

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Wir werden hier überstrapaziert! Ich meine, man muß doch einmal sehen, ob das zumutbar ist! — Beifall)

(A) Frau Hänecke, was ist Ihr Vorschlag? Daß wir noch weiter kürzen?

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Ich fasse das so auf, daß das Höchstzeiten sind, daß wir uns aber doch alle sehr am Riemen reißen! — Starker Beifall)

Frau Hänecke, Sie haben den Beifall des ganzen Hauses! Es sind maximale Zeiten. Ich sagte vorhin schon, jeder bekommt einen Sonderapplaus, der die Zeiten unterschreitet.

Kann ich fragen, ob wir mit diesen Redezeiten für die Fraktionen einverstanden sind?

Ich höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Schulstreß / Belastung der Schulkinder

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 1977
(Drucksache 9/409)

Dem Senat wurde gemäß Paragraph 29 Absatz 4 der Geschäftsordnung die Frist zur Beantwortung der Großen Anfrage bis zum 16. März 1977 verlängert.

Die Große Anfrage kommt auf die Tagesordnung der März-Sitzung.

(B)

Einsturzgefahr von Brücken

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 1977
(Drucksache 9/410)

Dazu

Antwort des Senats vom 14. Februar 1977

(Drucksache 9/422)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Wirtschaftskriminalität

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 1977
(Drucksache 9/411)

Dazu

Antwort des Senats vom 14. Februar 1977

(Drucksache 9/423)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Prüfungsergebnisse bei Lehrabschlußprüfungen (C)

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 2. Februar 1977
(Drucksache 9/415)

Dazu

Antwort des Senats vom 14. Februar 1977

(Drucksache 9/424)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Gesetz zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen des Landes Bremen sowie der freien Berufe und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der mittelständischen Wirtschaft (Mittelstandsförderungsgesetz/MFG)

Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 1977
(Drucksache 9/412)
1. Lesung

Der Gesetzesantrag mit der Drucksachen-Nummer 9/412 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Hockemeyer, Neumann und Fraktion der CDU. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor.

Wir kommen zur ersten Lesung. (D)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Hockemeyer.

Abg. **Hockemeyer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich bedanke mich dafür, daß ich für das aus unserer Sicht so wichtige Mittelstandsförderungsgesetz eine Redezeit von maximal 25 Minuten zur Verfügung gestellt bekommen habe.

(Abg. Käthe Hoffrage [SPD]: Die braucht man aber nicht auszunutzen!)

Ich werde mich auch bemühen, das nicht zu tun!

Es ist unbestritten, daß eine vielfältig organisierte Wirtschaftsstruktur nicht so krisenanfällig ist wie eine auf Monopole und Oligopole beruhende Wirtschaft. Sowohl im Ausland als auch im Inland sind praktische Erfahrungen gemacht worden, wie groß die Vorzüge der Vielfältigkeit gegenüber der Einseitigkeit in der Wirtschaftsstruktur sind. Ich möchte dies an dieser Stelle nicht vertiefen und Ihnen im einzelnen die Vorzüge einer vielfältig organisierten Wirtschaftsstruktur nahebringen.

(Vizepräsident Bugla übernimmt den Vorsitz)

Lassen Sie mich lediglich als Ergebnis festhalten: Aus heutiger Sicht ist Vielfältigkeit in der Wirtschaft nur mit einer wirkungsvollen Mittelstandspolitik zu erreichen. Dazu einige Zahlen zum Mittel-

(A) stand, der nach einer groben Abgrenzung Betriebe bis zu 500 Mitarbeiter umfaßt!

95 Prozent aller Unternehmen in der Bundesrepublik sind den kleinen und mittleren Unternehmen zuzurechnen. In ihnen arbeiten 62 Prozent aller in der Wirtschaft Beschäftigten. Sie erstellen 57 Prozent des privaten und 50 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts. Sie vereinigen auf sich 50 Prozent des gesamten Umsatzes in der Wirtschaft. 900 000 von insgesamt 1,3 Millionen Auszubildende haben in ihnen ihren Ausbildungsplatz.

Zukünftig werden wir insbesondere vor dem Hintergrund der ungelösten Strukturprobleme auch im Land Bremen und der hohen Arbeitslosenquote sicherstellen müssen, daß wirtschaftspolitische Maßnahmen koordiniert erfolgen und langfristig ausgerichtet sind. Dies gilt auch für die Maßnahmen zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft. So sieht es auch die von der Bundesregierung eingesetzte „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel", die in ihrem am 10. Januar 1977 vorgelegten Gutachten davon ausgeht, daß aktive sektorale Strukturpolitik darauf ausgerichtet sein muß, absehbare Fehlentwicklungen zu vermeiden, um eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur zu sichern, dies im wesentlichen durch Förderung des Wettbewerbs sowie der Innovationsfähigkeit und -bereitschaft der Wirtschaft.

Eine so verstandene Zukunftsgestaltung und (B) -sicherung muß die kleinen und mittleren Betriebe in vollem Umfang einbeziehen. Lassen Sie mich dies an einem Beispiel verdeutlichen: Wie bereits anläßlich einer anderen Debatte erwähnt, beruhen die günstigen Arbeitslosenzahlen in Baden-Württemberg auf der gesunden, stark mittelständisch orientierten Wirtschaftsstruktur. Daraus ergeben sich wichtige Ansätze für die bremische Strukturpolitik, nachdem die für Arbeitsplatzsicherung notwendigen industriellen Wachstumsbranchen im Land Bremen fehlen. Die betriebsgrößenorientierte Strukturpolitik — schlicht Mittelstandspolitik genannt — muß ihre besondere Berücksichtigung in der zukünftigen Wirtschaftspolitik im Land Bremen erhalten.

Darüber hinaus ist der politische Aspekt einer Mittelstandsförderung nicht zu übersehen. Lassen Sie mich zum besseren Verständnis etwas weiter ausholen: Die zu Beginn des Zeitalters der Industrialisierung sich abzeichnende Entwicklung zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft, geprägt durch Bourgeoisie und Proletariat, erfuhr folgende entscheidende Veränderung: Selbständige Sozialgruppen aus der vorindustriellen Zeit konnten dem Sog der Polarisierung in einer Zwei-Klassen-Gesellschaft widerstehen und bildeten schließlich in der sich weiterentwickelnden Industriegesellschaft den selbständigen Mittelstand, getragen durch Handel, Handwerk, Gewerbe und selbständiges Bauerntum. Geprägt durch das Streben nach persönlicher Freiheit, durch den Sinn für soziale Gerechtigkeit und das Verwirklichen wirtschaftlicher Vielfalt hat diese (C) Gruppierung wesentlich dazu beigetragen, daß sich nach dem Zweiten Weltkrieg unser freiheitliches Gesellschaftssystem formieren konnte. Das ist unbestritten.

Auf die politische Bedeutung mittelständischen Denkens und Handelns hat zu Beginn der vierziger Jahre der Schweizer Nationalökonom Fritz Marbach hingewiesen. Dabei hat er die Gruppierung des alten selbständigen Mittelstands erweitert um Angestellte und Beamte sowie um die freien Berufe. Spätestens mit der Neuorientierung zu dieser breit strukturierten Mittelstandsbestimmung erfährt die traditionelle Klassengesellschaft eine eindeutige Absage, erhält der Mittelstand seine neue gesellschaftliche Bedeutung.

Heute ist es eine vorrangige Aufgabe, den von Selbstbestimmung geprägten neuen Mittelstand zu stärken und damit zu verhindern, daß sich unsere Gesellschaft doch noch zu einer diesmal von Funktionären beherrschten Zwei-Klassen-Gesellschaft entwickelt.

(Beifall bei der CDU)

Es gilt, den wirtschaftlichen Mittelstand als Teil der unsere Gesellschaft gestaltenden Mittelschicht zu stärken und die für eine funktionsfähige Wettbewerbswirtschaft ausgewogene Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben zu sichern. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist eine Wirtschaft der Monopole und Oligopole, das heißt, eine vermachtete (D) Wirtschaft von Mammutunternehmen, eine Gefahr für den demokratischen Staat und seine Bürger.

Die CDU-Fraktion hat bereits im Februar 1975 — wie Sie sich erinnern — einen Entwurf für ein Mittelstandsförderungsgesetz in der Bürgerschaft eingebracht, und zwar mit dem Ziel, die 20 000 mittelständischen Betriebe, in denen 180 000 Arbeitnehmer —

(Zuruf des Abg. John [FDP])

Sie kommen auch noch, Herr John, ich erwähne das gleich —

(Abg. John [FDP]: Er faßt jeden Zwischenruf als Angriff auf!)

im Land Bremen tätig sind, zu stärken.

Dieser Entwurf — ich weiß nicht, Herr John, mit welcher Begründung Sie Ihren Entwurf eingebracht haben, deshalb kann ich Sie auch jetzt erst nennen — und ein ähnlicher der Fraktion der FDP wurden bedauerlicherweise beide von der SPD-Mehrheitsfraktion mit der Begründung abgelehnt, daß die im Land Bremen dem Mittelstand angebotenen Förderungen so umfangreich seien, daß die Gesetzesinitiativen von CDU und FDP weit hinter diesen Maßnahmen zurückblieben.

Eine genaue Untersuchung der bisher praktizierten bremischen Förderungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen weist jedoch aus, daß diese Förderung denen anderer Bundesländer nicht

(A) entsprechen kann. Insbesondere der Beitrag von Herrn Senator Tiedemann betreffend bremische Leistungen für den Mittelstand anläßlich unserer Mittelstandsdebatte im Januar 1977 hat die CDU-Fraktion davon überzeugt, daß für die kleinen und mittleren Betriebe im Land Bremen mehr getan werden kann und muß, wenn uns an einer langfristigen Sicherung und Stärkung dieses Bereichs unserer Wirtschaft gelegen ist.

Dies war auch der Grund, warum wir den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, „die bremischen Maßnahmen" — und die Betonung liegt hier auf bremischen — „und Instrumente zur Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe auf dem Gesetzgebungswege zusammenzufassen", nicht unterstützen konnten.

Allein eine Festschreibung der Mittelstandsförderung im Land Bremen auf der Grundlage der bisherigen bremischen Förderungsmaßnahmen ist eine Festschreibung auf niederem Niveau, das heißt, im Vergleich zu den gesetzlichen Regelungen in den anderen Bundesländern schlechter.

Deshalb hat die CDU-Fraktion heute erneut einen Entwurf für ein Mittelstandsförderungsgesetz in der Bürgerschaft eingebracht, um auf diese Weise alle Möglichkeiten für eine umfassende zukunftsweisende Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der in der Wirtschaft tätigen freien Berufe auszuschöpfen. Dabei sind selbstverständlich (B) die bisherigen bremischen Förderungsmaßnahmen Teil unseres Entwurfs.

Bevor ich Ihnen die wesentlichsten Punkte unseres Gesetzentwurfs erläutere, lassen Sie mich kurz auf die Ursachen eingehen, warum der von uns allen gewünschte wirtschaftliche und politische Stabilisator „Mittelstand" in zunehmendem Maße gefährdet erscheint!

Resignationstendenzen bei vielen Selbständigen, eine steigende Zahl von Konkursen und Geschäftsaufgaben im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe kennzeichnen die Entwicklung der letzten Jahre. Eine Untersuchung über die Zusammenbrüche mittelständischer Betriebe des vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen getragenen Instituts für Mittelstandsforschung zeigt folgende wesentliche Gründe für Konkurse in der mittelständischen Wirtschaft auf: Zu geringe Eigenmittel, Mängel im Management, rückläufiger Export, rückläufige Inlandsnachfrage, Verteuerung der Bankzinsen.

Das Institut für Mittelstandsforschung stellt fest, daß in der Zeit von 1971 bis 1975 die Zahl der statistisch erfaßten Insolvenzen in der Bundesrepublik, und zwar im Bereich der Unternehmen und der freien Berufe, um 134 Prozent gestiegen ist. Bei einer derartig hohen Konkurszahl — so das Institut — muß die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Auslesemechanismus in Frage gestellt werden, zumal in der Folgewirkung sehr oft größere Betriebe die Marktanteile der ausscheidenden, vielfach kleineren Betriebe aufsaugen und somit der von (C) uns nicht gewollten Konzentration Vorschub leisten.

(Beifall bei der CDU)

Unser Gesetzentwurf, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, den ich im folgenden kurz erläutere, ist insbesondere auf die dargestellten Konkursgründe abgestellt.

Ein Gesetz zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der freien Berufe muß alle Möglichkeiten der Förderung einschließen, die einmal systemkonform und zum anderen im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeiten des Landes Bremen vertretbar sind. Ein Mittelstandsförderungsgesetz, wie wir es verstehen, kann nicht eine Bevölkerungsgruppe beziehungsweise einen Unternehmensbereich permanent auf Kosten der Allgemeinheit einseitig begünstigen oder subventionieren.

Mittelstandsförderung als Teil der sektoralen Strukturpolitik kann nur dazu dienen, bestehende Wettbewerbsnachteile der kleinen und mittleren Unternehmen zu beseitigen, und zwar durch Förderung der Selbsthilfe der mittelständischen Wirtschaft. Diesen Grundsatz haben wir in Paragraph 4 unseres Entwurfs konkretisiert.

Wie bereits ausgeführt, wurde auch bisher schon im Land Bremen Mittelstandsförderung betrieben. Dies jedoch nur in einem Umfang, der die bestehenden Wettbewerbsnachteile der kleinen und mittleren Unternehmen nicht ausgleichen kann. Hier muß in Zukunft mehr getan werden als bisher, wobei ein (D) Mehr nicht gleich ein Mehr an Ausgaben, wie noch darzustellen sein wird, bedeuten muß.

Paragraph 1 des Gesetzes bezieht sich auf die Förderung der Leistungskraft kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie der in der Wirtschaft tätigen freien Berufe und schließt ausdrücklich die Sicherung der vorhandenen Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie die Schaffung neuer mit ein. Nur so kann vor dem Hintergrund der uns alle bedrückenden Arbeitslosenzahlen Mittelstandsförderung im Land Bremen verstanden werden.

Paragraph 3 des Entwurfs bezieht sich auf die in der Wirtschaft tätigen freien Berufe. Dazu zählen — nur das zur Verdeutlichung — unter anderem Anwälte, Steuerberater, Architekten, Unternehmensberater, Übersetzer, Werbefachleute, öffentliche Sachverständige, um nur einige zu nennen.

Die Entwicklung unserer Gesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft wird die Bedeutung und die Vielfalt der freien Berufe noch verstärken, und insofern ist es zukunftsweisend, wenn wir in unserem Gesetzentwurf die in der Wirtschaft tätigen freien Berufe voll berücksichtigt haben.

Auf die Förderungsmaßnahmen in Paragraph 4 wurde bereits verwiesen. Die Maßnahmen nach diesem Gesetz sollen lediglich die Eigeninitiative anregen und die Selbsthilfe unterstützen. Eine permanente Abhängigkeit vom Staat durch Subventionen

(A) oder sonstige Hilfsmaßnahmen lehnen wir eindeutig ab.

In Paragraph 8 wird die Weiterbildung auch der Unternehmer selbst erfaßt. Unzureichende Unternehmerqualifikation, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ist einer der bereits genannten Konkursgründe, und insbesondere hier muß die Mittelstandsförderung ansetzen.

Die anwendungsorientierte Forschung sowie deren Umsetzung in die betriebliche Praxis von kleinen und mittleren Betrieben wird in Paragraph 13 unseres Entwurfs behandelt. Das auf diesem Gebiet vorhandene Defizit begründet einen wesentlichen Wettbewerbsnachteil für die kleinen und mittleren Betriebe im Vergleich mit Großunternehmen.

Die in Paragraph 17 des Entwurfs genannte Förderung zur Erschließung ausländischer Märkte hat insbesondere für das Land Bremen mit seinen Häfen und seiner Abhängigkeit vom internationalen Handel und Warenverkehr große Bedeutung. Der mittelständischen Wirtschaft den Auslandsmarkt erschließen zu helfen, verbessert die Wirtschaftsstruktur und die Arbeitsplatzsituation im Land Bremen.

Eine besondere Bedeutung für die Stärkung der mittelständischen Wirtschaft kommt der Beteiligung mittelständischer Betriebe an öffentlichen Aufträgen zu. Diese Regelung ist umfassend in Paragraph 18 unseres Entwurfes behandelt.

(B) Darüber hinaus behandeln wir in Paragraph 18 auch das vieldiskutierte Problem der Privatisierung öffentlicher Aufgaben.

Schließlich und letztlich sei noch darauf hingewiesen, daß in Paragraph 19 Kreditmöglichkeiten für die kleinen und mittleren Betriebe angesprochen werden, die bisher bestehende Lücken schließen können.

Nun noch ein Wort zu den Kosten des Mittelstandsförderungsgesetzes! Soweit nach diesem Gesetz Förderungen durch die politisch Verantwortlichen beschlossen werden, können diese gemäß Paragraph 6 nur nach den Möglichkeiten des jeweiligen Haushalts erfolgen.

Auf der anderen Seite ist es natürlich möglich, Haushaltsansätze — und das hoffen wir, Herr Senator Tiedemann — aus dem Bereich Wirtschaft und Außenhandel umzuwidmen und dem Vollzug dieses Gesetzes zu unterstellen.

Sollten schließlich durch die eine oder andere Förderung höhere Ausgaben als bisher für den Bereich Wirtschaftsförderung anfallen, ist zu erwarten, daß diese Mittel so eingesetzt werden, daß dadurch bestehende Arbeitsplätze sicher beziehungsweise neue geschaffen werden und damit Mehrausgaben auch zu rechtfertigen sind.

Insgesamt, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, muß davon ausgegangen werden, daß Ausgaben für die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen zu einem Mehr auf der Einnahmenseite führen.

Nach Erkundigungen in den Ländern Baden-Württemberg und Bayern haben sich nach Inkrafttreten der Mittelstandsförderungsgesetze in diesen Ländern keine zusätzlichen Durchführungskosten in Gestalt von zusätzlichen Personalkosten ergeben. Der Vollzug des Gesetzes konnte mit dem gleichen Mitarbeiterkreis der betroffenen Ministerien beziehungsweise Verwaltungen erfolgen. Damit dürfte auch das Argument, daß ein Mittelstandsförderungsgesetz aus Kostengründen für das Land Bremen nicht tragbar sei, entfallen. (C)

Abschließend bleibt noch festzuhalten, daß selbstverständlich neben den Maßnahmen nach einem bremischen Mittelstandsförderungsgesetz die Bundesregierung dafür sorgen muß, daß die Verankerung des Mittelstands in der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung des Bundes vorrangig erfolgt und damit auch auf Bundesebene das geschieht, was auf Landesebene mit einem bremischen Mittelstandsförderungsgesetz erreicht werden soll.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die Bewältigung der Zukunft setzt Vertrauen in die Zukunft voraus. Ein Mittelstandsförderungsgesetz bedeutet eine verbindliche und dauerhafte Regelung aller Maßnahmen zur Förderung der kleinen und mittleren Betriebe. Dies bewirkt zunächst einmal eine Verbesserung des Wirtschaftsklimas. Dies bedeutet aber insbesondere mehr Sicherheit für die in die Zukunft gerichteten Entscheidungen der mittelständischen Wirtschaft und verbessert letztlich die Investitionsbereitschaft der Unternehmer, die bisher aus allgemeiner Sicht und nach Auffassung aller Parteien nicht in ausreichendem Umfang vorhanden ist. (D)

Meine Damen und Herren, ich darf bei dieser Gelegenheit einmal feststellen, daß ich bedauere, daß gerade die Damen und Herren von der SPD-Fraktion nur ein sehr geringes Interesse an diesem Gesetz bekunden.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe die Anwesenden ausgeschlossen, ich darf jedoch feststellen, daß von Ihnen ungefähr nur zwanzig Abgeordnete im Saal sind.

(Abg. Kähler [SPD]: Bei Ihnen meistens nicht anders!)

Herr Kähler, wir haben heute ein sehr wichtiges Gesetz, das Mittelstandsförderungsgesetz, so sehen wir es jedenfalls, und deshalb gestatten Sie mir, daß ich auch einmal eine solche Bemerkung an dieser Stelle anbringe!

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

(Zurufe von der SPD — Abg. Kähler [SPD]: Wie viele fehlen bei Ihnen denn?)

Es sind einige mehr da!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hofft, daß der vorliegende Gesetz-

(A) entwurf von allen Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft getragen und unterstützt wird. Damit könnte ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung und Stabilisierung der Wirtschaftsstruktur im Land Bremen geleistet werden.

Schließlich, und ich weiß nicht, ob Ihnen allen das bekannt ist, erfüllen wir damit einen Auftrag der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen. In Artikel 40 Absatz 1 heißt es: „Selbständige Klein -und Mittelbetriebe in Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Handel und Schiffahrt sind durch Gesetzgebung und Verwaltung zu schützen und zu fördern." Lassen Sie uns diesem Auftrag unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten nachkommen!

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion geht davon aus, daß der von ihr eingebrachte Entwurf eines Mittelstandsförderungsgesetzes umfassend, ausgewogen und realitätsbezogen ist. Damit könnte über den Entwurf heute abgestimmt werden. Wir haben jedoch dafür Verständnis, wenn SPD-Fraktion und FDP-Fraktion sich mit unserem Entwurf noch eingehender beschäftigen wollen. In diesem Sinne würden wir einer Überweisung unseres Entwurfs an die Deputation für Wirtschaft und Außenhandel zustimmen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bugla: Das Wort hat der Abgeordnete Ostendorff.

(B) Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir haben heute den 13. Februar 1975.

(Heiterkeit — Zurufe: Nein!)

Falsch! Ich habe mein Konzept falsch gelesen!

(Heiterkeit — Abg. Neumann [CDU]: Haben Sie das Konzept von 1975?)

Ich dachte, wir wären in Fortführung der Debatte vom 13. Februar 1975. Wir haben heute fast auf den Tag genau zwei Jahre später. Wir haben es auch fast auf den Tag einen Monat später, als wir ein ähnliches Problem hier in diesem Haus behandelten. Eine besondere Note kann heute in die Debatte eigentlich nur dadurch kommen, daß bei der vorigen Debatte der Kollege Kunick fehlte. Ich nehme an, daß, lediglich um ihm die Chance zu geben, Herr Hockemeyer dieses Gesetz auf die Tagesordnung heute gebracht hat.

(Heiterkeit)

Es ist unvermeidlich, trotz der Beschränktheit, die mir vom Präsidium zugemutet wird,

(Heiterkeit)

das eine oder andere, was ich hier vor zwei Jahren oder vor einem Monat gesagt habe, zu wiederholen, weil ohne diesen Vorspann der Standpunkt der Liberalen einfach nicht klargelegt werden kann.

Liberale Mittelstandspolitik ist Strukturpolitik mit (C) dem Ziel, ein gesamtwirtschaftlich ausgewogenes Verhältnis zwischen Klein-, Mittel- und Großunternehmen herzustellen. Wichtigste Aufgabe muß es dabei sein, Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen. Die Zukunft und — ich möchte einfügen — der Erhalt des Mittelstands sind durch Herstellung der Chancengleichheit und durch Hilfe zur Selbsthilfe — ich darf wiederholen: durch Hilfe zur Selbsthilfe — zu sichern. Mittelstandspolitik kann im eigenen Interesse des Mittelstands nicht eine Politik der Ausklammerung aus dem Wettbewerb und der Verhinderung der notwendigen Anpassung durch Erhaltungssubventionen sein.

Ich sagte Ihnen bei den beiden vorigen Debatten und auch schon an früherer Stelle, es kann nicht das Ziel der liberalen Fraktion dieses Hauses sein, eine Mittelstandsoase, ein Reservat zu schaffen, unser Ziel kann nur sein, die Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern und wettbewerbsverzerrende Maßnahmen auszuschalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kollege Hockemeyer, der sich durch eine ausgesprochene Sachlichkeit auszeichnet, wofür ich mich auch heute bedanken möchte,

(Beifall bei der CDU)

hat in der Aufführung seines Katalogs eines vergessen: Der damalige FDP-Antrag für ein Mittelstandsgesetz war zugegebenermaßen etwas abgeschrieben von Hessen. Ihr damaliger Entwurf war (D) — auch von Ihnen zugegeben — etwas abgeschrieben von Bayern. Ich kombiniere messerscharf, daß infolge scharfen Nachdenkens in der CDU-Fraktion die Bremer CDU nun diesmal nicht mehr so gern von Bayern abgeschrieben hat, sondern von Baden-Württemberg. Ob der Genuß von „Kreuther"-Likör dabei Einfluß gehabt hat, weiß ich nicht.

(Abg. Jackisch [CDU]: Was würdet Ihr wohl sagen, wenn es kein Kreuth mehr gäbe! — Abg. Domscheit [CDU]: Dann wäret Ihr arbeitslos! — Abg. Kunick [SPD]: Der Stachel sitzt tief!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe es doch wirklich so liebenswürdig gesagt, wie ich es nur konnte. Ihre eigenen Parteifreunde sprechen zu Ihnen doch in einem ganz anderen Ton.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP-Fraktion hat sich immer in besonderer Weise für die Belange des Mittelstands eingesetzt. Ich muß es sehr summarisch machen. Wir haben mehrere Große Anfragen zu Verbrauchermärkten, wir haben den Entwurf eines Landesplanungsgesetzes, den wir nach wie vor für sehr gut und dringend behandlungsbedürftig halten, vorgelegt. Wir haben Dringlichkeitsanträge eingebracht, wir haben letzten Endes das schon erwähnte Mittelstandsförderungsgesetz eingebracht und haben nicht zuletzt auch vor vier Wochen den Antrag der SPD, die

(A) Zusammenfassung der Förderungsmaßnahmen, mitgetragen, haben unsere Anregungen dazu gegeben und haben den Senator aufgefordert, durch ein kleines Deckblatt das Begriffsvermögen dieser Schrift, die Ihnen allen bekannt ist, auf den jeweiligen Tagesstand zu bringen.

Wir sehen die Notwendigkeit eines Mittelstandsförderungsgesetzes, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht allein darin, der nur schwer zu übersehenden Zahl von Förderungsmaßnahmen — ich glaube, es sind allein in Bremen 14 Förderungsmaßnahmen, die man in Anspruch nehmen kann — eine einheitliche gesetzliche Grundlage zu geben, das hätten wir durch den Antrag der SPD-Fraktion von vor vier Wochen allein erreichen können, sondern wir sehen, daß die Probleme der mittelständischen bremischen Wirtschaft mit dem bisherigen Instrumentarium nicht hinreichend gelöst werden können.

Ich zitiere gern Schriften, bei denen ich sicher bin, daß sie nicht der FDP in die Schuhe geschoben werden können. Insofern darf ich mich auf den Bericht der Wirtschaftskammer Bremen für das Jahr 1976 beziehen, der ausweist, daß bei einem Bundesdurchschnitt von neun Prozent in Bremen im Handwerk nur sechs Prozent Umsatzsteigerung erreicht werden konnten. Im selben Bericht ist zum Einzelhandel ausgeführt, daß die Expansion der Verbrauchermärkte zu einem derart ruinösen Wettbewerb geführt hat, daß zum Beispiel im Lebensmitteleinzelhandel die Zahl der Betriebe beträchtlich abgenommen hat. (B)

(Glocke)

Herr Präsident, Ihre Uhr geht falsch!

Vizepräsident Bugla: Sie haben noch drei Minuten Redezeit!

Abg. **Ostendorff** (FDP): Das kann nicht sein!

Der vorliegende neue CDU-Entwurf bezieht sich in sehr vielen Punkten auf Informations- und Finanzierungshilfen. In der Sache bringt er gegenüber den beiden früheren Gesetzen — sowohl Ihrem von vor zwei Jahren als auch unserem von vor zwei Jahren — nicht allzuviel Neues.

(Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Abgeordneter Ostendorff, Sie haben noch sieben Minuten Redezeit!

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, ich bedanke mich, daß Sie meiner Uhr Glauben geschenkt haben!

Die Tatsache, die ich vorhin schon erwähnte, daß Sie sich jetzt mehr an Baden-Württemberg angelehnt haben, bringt einige andere Worte ins Gesetz. So sind jetzt die Worte soziale Marktwirtschaft zweimal zu finden, die im vorherigen Entwurf nicht waren. Wie meinen also und sind wirklich sehr gespannt, was nach dem Verlauf der Debatte von vor vier Wochen die Fraktion der SPD nun heute zu diesem erneut vorgelegten Gesetzentwurf sagen wird. (C)

(Beifall bei der CDU)

Es kann eigentlich gar nicht anders sein, als daß sie nun, nachdem sie nach 23 Monaten es immerhin geschafft hat, die gleichen Gedanken, daß nämlich die Maßnahmen zusammengefaßt werden sollen, in einem eigenen Antrag zu bringen — was wir ihr vor 23 Monaten vorgeschlagen hatten —, nach 24 Monaten auch dem Gesetzentwurf der CDU folgen müßte. Das ist eigentlich zwingend logisch.

Einen Einwand muß ich allerdings noch für die Senatsbank bringen. Es ist in der Debatte vor zwei Jahren mir vom damaligen Senator für Wirtschaft und Außenhandel, dem jetzigen Finanzsenator, entgegengehalten worden, daß ein solches Mittelstandsgesetz für Flächenländer sehr viel wichtiger wäre. Ich habe dem zugestimmt. Ich habe gesagt, selbstverständlich ist ein solches Mittelstandsgesetz für Flächenländer noch wichtiger als für einen so überschaubaren Raum, wie es unser Zwei-Städte-Staat ist. Aber notwendig ist es auch bei uns.

Ich möchte nun heute den inzwischen auch nicht mehr ganz neuen Senator für Wirtschaft und Außenhandel — aber gegenüber 1975 ist er noch neu — doch herzlich bitten, das, was in seinen Broschüren und Bekanntmachungen — Sie kennen sie alle, ich kann sie Ihnen aber noch einmal zeigen — unverbindlich zusammengefaßt ist, nun in eine gesetzliche Grundlage zu gießen. Anregungen hat der Senat nicht nur von den Fraktionen der FDP und CDU, sondern auch von der SPD-Fraktion zumindest in den letzten Beiträgen in den Haushaltsberatungen und in der Mittelstandsdebatte im Januar genügend bekommen. (D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist von Herrn Hockemeyer auf die Bedeutung des Mittelstands hingewiesen worden. Die Freien Demokraten können diese erste Passage voll unterstreichen. Wir wollen dieses Gesetz. Wir wollen die Zusammenfassung der Maßnahmen. Wir wollen durch gesetzliche Maßnahmen erreichen, daß nicht erneut — wie neulich in der „Deutschen Zeitung" — auch auf Bremen bezogen ein Zeitungsartikel zu lesen ist, der die Überschrift hat: „Auf Fleiß und Leistung stehen harte Strafen." Wir wollen, daß gerade im Mittelstand Fleiß und Leistung anerkannt werden, aber die Möglichkeit dazu auch gesetzlich gesichert wird.

Jetzt, Herr Präsident, ist meine Zeit um!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bugla: Herr Kollege Ostendorff, Sie haben fast vier Minuten eingespart. Schönen Dank!

(Beifall)

Das Wort hat der Abgeordnete Kunick.

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Ostendorff, Sie wollten

(A) sicherlich mit Ihren letzten Worten nicht sagen, daß in Bremen auf Fleiß und Leistung harte Strafen stünden und daß dies der Inhalt bisheriger Mittelstandspolitik in diesem Land sei!

(Abg. Ostendorff [FDP]: Das habe ich nicht gesagt!)

Sonst könnte ich nämlich auch die weitgehende Übereinstimmung in der Wirtschaftsdeputation nicht mehr erklären.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Das habe ich auch nicht gesagt, Herr Kunick!)

Dann habe ich Sie mißverstanden und bitte um Nachsicht!

Ich darf vielleicht zunächst Ihr Wissensbedürfnis befriedigen! Sie fragten, wo denn die nunmehr auf Nordlichterorientierung hin programmierte CDU diesmal die Gedanken geschöpft hat. Wenn Sie auch auf die Drucksache 8/1561 der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg gestoßen wären, hätten Sie weitgehend in wortwörtlicher Übernahme bis hin zur Numerierung den heute hier zur Beratung anstehenden Gesetzestext gefunden. Mit einem Unterschied allerdings, nämlich daß der „Informationsbeirat und Beratungsbeirat für mittelständische Unternehmen", den die Bürgerschaft in der letzten Sitzung beschlossen hat, der im Hamburger Entwurf der CDU ähnlich enthalten ist, in diesem Bremer Entwurf fortgelassen wurde! Warum, kann (B) ich nicht klären.

(Abg. Stichweh [SPD]: Fehler beim Abschreiben!)

Zur Qualität dieses Gesetzes möchte ich nicht polemisch werden. Ich verweise nur darauf, daß dies sicherlich nicht die beste und letzte Möglichkeit ist, ein Gesetz im Land Bremen zu fassen. Allein die Tatsache, daß weitestgehend in Kann-Bestimmungen Möglichkeiten aufgeführt werden, die im Land Bremen schon längst vorhanden sind, zwingt dazu, in der Deputation noch einmal darüber nachzudenken, ob dies das Nonplusultra ist, denn zu dem Gesetzentwurf, wie er heute vorgelegt wird, kann man wirklich sagen, es handelt sich um eine Fenstererklärung.

Nun, Fenstererklärungen müssen im Hinblick auf eine Wirtschaftsgruppe, von der immer wieder gesagt wird, sie sei nicht genügend informiert über die Möglichkeiten staatlicher Förderungen, nicht verkehrt sein. Für eine solche Wirtschaftsgruppe sind laute öffentliche Erklärungen sicherlich notwendig, um eine stärkere Inanspruchnahme staatlicher Förderungen zu erreichen.

Wir möchten aber in einer intensiven Beratung darüber hinaus feststellen, wie weit die bisherigen Förderungsmöglichkeiten ergänzt werden müssen. Der Katalog — ich komme noch darauf zurück — ist ja weitaus länger, als Kollege Hockemeyer vermutet, und weitaus vielfältiger, als daß er hier sagen kann, das sei Wirtschaftsförderung auf niedrigem Niveau. Wir möchten diesen Katalog insgesamt (C) einschließlich der Erfahrungen des Ressorts untersucht wissen, um aus den bremischen Erfahrungen ein bremisches Gesetz zu schaffen, das tatsächlich greift.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Wir möchten trotz möglicher Haushaltsprobleme nicht ein Gesetz schaffen, das nur dazu geeignet ist, es zu Propagandazwecken in irgendeiner Parteizeitung einmal abzudrucken. Hier ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, mit dem sich im Verhältnis zur Praxis herzlich wenig weiterentwickelt. Wir stimmen aber trotzdem der Überweisung dieses Gesetzentwurfes zu.

Ich darf aber im Hinblick darauf, daß Kollege Hockemeyer hier den Eindruck erweckt hat, als sei die Wirtschaftsförderung in diesem Land Wirtschaftsförderung auf niedrigem Niveau, doch einmal in aller Kürze etwas vortragen aus der Broschüre „Förderungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen", und Sie mögen das vergleichen mit den wenigen Paragraphen des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfs, ein Vergleich, der deutlich macht, daß der Gesetzentwurf weniger berücksichtigt, weniger detailliert ist als das, was im Land Bremen gegenwärtig tatsächlich geschieht. Wieweit das zusätzlich in Gesetzesform gefaßt werden kann, das kann jetzt in der Bürgerschaft nicht ohne Deputationsberatung erörtert werden. (D)

Ich darf also einmal aus dieser Broschüre zitieren. Das beginnt mit Betriebsbegehungen und Betriebsberatungen, auf die kleine und mittlere Unternehmen Anspruch haben und die der Senator für Wirtschaft und Außenhandel wie saures Bier anbietet. Wir Sozialdemokraten sind darüber nicht erfreut, daß diese Betriebsbegehungen und Betriebsberatungen, die die Möglichkeit bieten, tieferen Einblick in den eigenen Betrieb zu bekommen, bisher nicht stärker angenommen worden sind.

Wir haben weiter die spezielle Auftragsberatung — Beratung darüber, wie man öffentliche Aufträge bekommt — beim Senator ebenfalls angesiedelt, Broschüren stehen zur Verfügung. Bisher wurde dies nach unserer Auffassung auch noch zu wenig in Anspruch genommen.

Wir haben schließlich eine Fülle von Informations- und Fortbildungsveranstaltungen — darauf sei nur am Rande hingewiesen — auch gefördert, die den kleinen Unternehmern die Chance bieten sollen, sich in den Dingen der Betriebsführung zu vervollkommnen. Auch hier ist die Nachfrage bisher unzureichend.

Ich gehe über auf das Gebiet der Finanzierungshilfen. Es gibt eine Fülle von Finanzierungshilfen. Hier haben wir das Problem bei der Gesetzesformulierung, daß eine Fülle von Finanzierungshilfen aus dem ERP-Sektor kommt. Daher ist auf ein Gesetz hin kritisch zu fragen, das werbende Wirkung haben soll, weil man darin alles aufführen will, was ein

(A) mittelständischer Unternehmer beantragen kann: Ist es möglich, Maßnahmen, die nicht originär aus bremischen Mitteln finanziert werden, so zu fassen, daß auf dem gesetzlichen Weg Unternehmer detailliert informiert werden können?

Es gibt eine Reihe von ERP-Darlehen: Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen in regionalen Fördergebieten, Darlehen zur Errichtung von Betrieben in neuen Stadtteilen, Darlehen für Beteiligung an kleinen und mittleren Unternehmungen, Darlehen zur Förderung von Kooperationsmodellen, Darlehen zur Förderung von kleinen und mittleren Presseunternehmen, Darlehen zur Förderung von Produktionsumstellungen, Darlehen an deutsche Unternehmen in Entwicklungsländern. Das alles, meine Damen und Herren, ist heute für den Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen, auf die es zugeschnitten ist, möglich. Wir beklagen, daß dies alles nicht genügend in Anspruch genommen wird.

Es kommen hinzu die zahlreichen Möglichkeiten von Krediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau, es kommen hinzu zahlreiche Finanzierungshilfen des Bundes, Förderung von Erstinnovationen und hierzu erforderlicher Entwicklungen, Gesetz über Investitionszulagen. Es kommen hinzu Zuschüsse an Betriebe der Seefischerei zur Strukturverbesserung und Konsolidierung, Zinsverbilligungen für Darlehen zur Förderung vordringlich agrar- und ernährungswirtschaftlicher Maßnahmen. Es kommen hinzu die staatlichen Förderungen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". (B)

(Abg. Wilhelms [CDU]: Das sind aber keine bremischen!)

Ich habe wohl deutlich genug gesagt, Herr Kollege Wilhelms, daß ich den gesamten Förderungskatalog hier einmal darlege, um zu zeigen, was im Land Bremen aus welchen Finanzmitteln und aus welchen Töpfen auch immer an Wirtschaftsförderung heute möglich ist!

Ich zeige das deshalb auf, damit auch deutlich wird, welche Schwierigkeiten es macht, in einem bremischen Gesetz wirklich zu informieren, denn normalerweise können Sie in einem bremischen Gesetz nur informieren über die Maßnahmen, die originär aus Mitteln des Landes Bremen kommen. Das heißt, die große Information, von der immer behauptet wird, daß sie nur über ein Gesetz möglich sei, wird zum Teil sehr erschwert, weil ein solches Gesetz die anderen Mittel kaum nennen kann, es sei denn, Sie schreiben hinein, der Senator für Wirtschaft und Außenhandel wird verpflichtet, die Unternehmer auch auf die Bundes- und KfW-Mittel und Gemeinschaftsaufgabemittel hinzuweisen. Aber die Frage ist, welche Details man in ein Gesetz schreiben will und welchen Sinn ein Gesetz ohne konkrete Maßnahmen haben soll.

Es macht jedenfalls einen Unterschied zu sagen, hier wird nichts angeboten, oder anzuerkennen, daß aus verschiedenen Töpfen des Landes Bremen und des Bundes doch eine Fülle verschiedener Maßnahmen möglich sind. Ich nenne schließlich noch die Bürgschaften und Zinsbeihilfen, die in diesem Land auch wesentlich kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen. (C)

Diese Aufzählung war nicht erschöpfend, sie mag aber als Widerlegung dienen, daß wir auf niedrigem Niveau und unzureichend Wirtschaftsförderung betreiben würden.

Wir werden einer Überweisung dieses Hamburger Entwurfs der CDU, hier in Bremen abgeschrieben, an die Deputation für Wirtschaft und Außenhandel zustimmen. Wir halten das nicht für der Weisheit letzten Schluß, wir sehen andererseits auch nicht, warum man diesen Beitrag ohne weitere Debatte ablehnen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Tiedemann.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel Tiedemann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, mich ganz kurz zu fassen. In der letzten Debatte habe ich die Grundzüge der bremischen Mittelstandspolitik dargelegt, und ich möchte es mir ersparen, diese Ausführungen heute zu wiederholen.

Der Abgeordnete Kunick hat allerdings deutlich gemacht, daß die Förderungen, die in Bremen möglich sind und auch in Anspruch genommen werden, keineswegs zu niedrig angesetzt sind, sondern sehr wohl als ausreichend betrachtet werden können. Insofern weise ich Vorwürfe dieser Art zurück! (D)

Lassen Sie mich ganz wenige Bemerkungen machen zum Gesetzestext selbst! Es ist richtig, daß eine Übereinstimmung mit dem in der Hamburgischen Bürgerschaft eingebrachten Gesetzentwurf besteht, in vielen Passagen wörtlich, in der Gesamtaufteilung des Gesetzes eigentlich vollinhaltlich. Wenn nun gesagt wird, daß in diesem Gesetz alle Förderungsmaßnahmen des Bundes, des Landes und anderer Institutionen enthalten sein sollen, dann darf ich auf die Ausführungen des Abgeordneten Kunick verweisen: Dies wäre schlicht eine Information über ein Gesetz, und ich meine, das wäre eines Landesgesetzgebers nicht würdig. Dies wäre schon mehr die Aufgabe einer Informationsschrift.

Bedauerlicherweise werden wir nicht auf Broschüren zur Information verzichten können, meine Damen und Herren, vor allen Dingen deswegen nicht, weil dieses Gesetz aber auch nicht einen einzigen konkreten Hinweis auf Art und Höhe der Förderungsmaßnahmen enthält, sondern lediglich den Hinweis, daß all dies in Verwaltungsbestimmungen im einzelnen geregelt werden soll.

Ich kann Ihnen versichern, meine Damen und Herren, daß wir die Erfahrungen aller anderen Bundesländer, die ein solches Gesetz bereits haben oder die sich mit den Vorbereitungen für ein solches Gesetz befassen, auswerten und natürlich auch

(A) die Anregungen, die hier in der Bremischen Bürgerschaft gegeben worden sind, mit einbeziehen werden in die Überlegungen für einen neuen Gesetzentwurf.

Auf eines, meine Damen und Herren, muß ich Sie allerdings hinweisen, und das betrifft die finanziellen Konsequenzen eines solchen Gesetzes. Herr Hockemeyer, Sie haben zutreffend ausgeführt, daß dieses Gesetz eine Regelung enthält, wonach Förderungsmaßnahmen nur im Rahmen der im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel durchgeführt werden können. Dies ist zweifellos richtig.

Meine Damen und Herren, was den hier jetzt eingebrachten Gesetzentwurf betrifft, muß man insbesondere sehr gründliche Überlegungen anstellen in bezug auf die Kreditprogramme, in bezug auf die Exportgarantien und auch in bezug auf die Beteiligungsnotwendigkeiten, denn in diesen Bereichen liegen bei der Struktur insbesondere der bremischen Wirtschaft ganz erhebliche finanzielle Risiken.

Bei der Exportorientiertheit unserer Wirtschaft — dies haben Gespräche ergeben, die wir bereits vor längerer Zeit geführt haben — könnte hier ein Volumen auf uns zukommen, wenn dies im Gesetz nur pauschal geregelt würde, von dem wir uns vielleicht alle noch keine Vorstellungen machen können. Ich weiß nur, daß dies ganz erhebliche finanzielle Konsequenzen haben könnte.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich auf (B) diese Bemerkungen beschränken, denn ich meine, daß der Vorschlag des Sprechers der Deputation für Wirtschaft und Außenhandel, diesen Gesetzentwurf an die Deputation zu überweisen, richtig ist und daß wir dort alle anderen Überlegungen einbeziehen können.

Im übrigen möchte ich mich beim Parlament dafür bedanken, daß wir in der letzten Zeit zunehmend auch wirtschaftspolitische Themen hier behandelt haben. — Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Hockemeyer. Herr Hockemeyer, Sie haben noch zwei Minuten Redezeit!

Abg. **Hockemeyer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Nur zur Klärung, daß wir hier in Bremen keine Komplexe bekommen! Dieser Gesetzentwurf ist sicherlich kein in Hamburg abgeschriebener, auch kein in Baden-Württemberg abgeschriebener. Wenn Sie ihn, verehrter Herr Kunick, genau gelesen hätten, dann hätten Sie festgestellt, daß hier Teile aus Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und aus dem CDU-Bundesentwurf enthalten (C) sind. Das ist das erste!

(Beifall bei der CDU — Lachen bei der SPD)

Ja, lachen Sie ruhig! Ich finde das sehr erfreulich, daß wir in Bremen in der Lage sind, aus anderen Bundesländern die für Bremen passenden Mittelstandsförderungsmaßnahmen zu übernehmen!

(Beifall bei der CDU)

Zum anderen, wenn Sie kritisieren, Herr Senator Tiedemann, daß wir letztlich zu wenig in diesem Gesetzentwurf berücksichtigt hätten, daß darin erheblich mehr stehen müßte, so sind wir natürlich nicht von einem Wunschkatalog ausgegangen, sondern von dem, was machbar ist, und ich möchte noch einmal hier betonen, der Sinn dieses Gesetzes liegt in einer Verbesserung der Atmosphäre für den kleinen und mittleren Betrieb, der aus sich allein nicht in der Lage ist, die schwierigen Probleme, vor denen er heute steht, zu bewältigen. — Danke sehr!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen des Landes Bremen sowie der freien Berufe und zur Sicherung von Arbeits- (D) plätzen in der mittelständischen Wirtschaft in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Zurufe: Es ist Überweisung beantragt worden!)

Entschuldigung! Ist Überweisung beantragt worden?

(Zurufe: Ja!)

Ich bitte um Nachsicht, das ist hier untergegangen!

Ich korrigiere dann die Abstimmungsformel.

Wer der Überweisung an die Deputation für Wirtschaft und Außenhandel seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Überweisung einstimmig.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die uns gesetzte Zeit fast erreicht. Ich schließe die heutige Sitzung. Morgen setzen wir die Beratungen um 10.30 Uhr fort.

(Schluß der Sitzung 17.59 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen